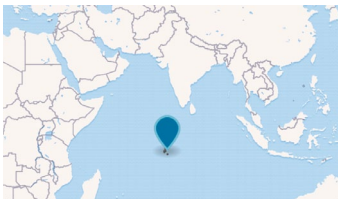
Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

In dieser Ausgabe

2| Die Arabische Friedensinitiative – Grundlage für eine Lösung?
3| Problematisches Compact-Verbot
3| Haushaltsentwurf verabschiedet, Koalition erstmal stabilisiert
4| Anzeige; rosalux.nyc Transatlantische linke Stimmen

5| Frankreich: Linke Neue Volksfront stärkste Fraktion in der Nationalversammlung
6 GB-Wahlen: Klare Verlierer, Gewinner mit Einschränkungen
7| Linke Fraktion im Europaparlament
9| Nach Zugewinnen: Drei nationalistische Fraktionen im EU-Parlament
9| 1.7. bis 31.12.2024 – Ungarns Vorsitz im Rat



10| Mauritius fordert von der Kolonialmacht Großbritannien die Souveränität über die Chagos-Inseln
11| Papua-Neuguinea: Erdrutschkatastrophe – örtlich – staatlich – international

12-13| Aktionen/Initiativen – Thema: Gleichwertigkeitsbericht kein Grund zur Freude
14| ... wir berichteten: Hagenbecks Tierpark noch ohne Tarifvertrag
14| Kommunalwahlen Stuttgart: Grüne nicht mehr auf Platz eins

15| Kommunalwahlen Rheinland-Pfalz: Starkes Ergebnis für Die Linke Mainz
16| Mannheim: Europa- und Kommunalwahl: Rückblick auf den Wahlsonntag mit Rechtsruck, Ergebnis der Gemeinderatswahl – es geht um die „Brandmauer“

18-19| Kommunale Initiativen in Sachen Kita-Förderung

20-22| IAO: Blick auf biologische Gefahren in der Arbeitswelt • Das Bündnis gegen Dauerbefristung- übergibt 64 000 Unterschriften an Bundestags-Ausschussvorsitzenden • Bau: Stärkung der unteren Lohngruppen – aber lange Laufzeit • Revision der Richtlinie zu EBRs • IG Metall: Kaufkraft stärken – Konjunktur stützen

22-23| Kalenderblatt 1971: Bundestag beschließt passives Wahlrecht für Ausländer zu den Betriebsräten • Fundstück: Der „Italienerstreik“ bei VW 1962 • DOMiD – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland

24| TERMIN: ArGe-Sommerschule: 8.8., 14 Uhr, bis 10.8., 16 Uhr, Erfurt. ArGe-MV: 10. 8., 14 Uhr

24| Zu Rückwirkungen der Europawahl auf das Parteiensystem der BRD

25-26| Juni/Juli 2024: Vielzahl internationaler Konferenzen verbunden mit Nato-, EU-, deutschen Strategieveränderungen • Die gerechtfertigte Verteidigung der Ukraine … und die verderbliche Tradition der „Vorwärtsverteidigung“

27| Demokratie verteidigen – Redaktionsnotizen: Vereine fordern Gemeinnützigkeitsreform – Die Initiative 19. Februar Hanau fordert Handlungskonsequenzen – Zehntausende gemeinsam gegen AfD-Parteitag in Essen – Einordnung von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Thüringen
28| Antiziganismus bekämpfen!
28| TikTok und die (extreme) Rechte
29| Wie die AfD die Gemeinderäte kapern will
30| Rechte Kräfte in der EU – Spanien – Tschechien – Slowakei – Italien

31-32| Solidarisches Europas: EU-Kinderrechtsstrategie. Wichtige Schritte in einem dunklen Bereich europäischer Lebenswirklichkeit • EGB-Generalsekretärin Esther Lynch zu EU-Wahlen: Mitspracherecht in der Arbeitswelt wirkt ge-

gen Rechtsextremismus • Umfrage des WSI in zehn EU-Ländern zu Arbeitsbedingungen und Demokratie

Nächste Ausgabe der Politischen Berichte Nr. 5: 10. Oktober 2024

Ausgabe Nr. 4 am 25. Juli 2024, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

online lesen – www.linkekritik.de

Die Arabische Friedensinitiative – Grundlage für eine Lösung?

Ulli Jäkel, Hamburg. In einem Artikel für die Zeitschrift „Foreign Affairs“ vom 4. Juli 2024 hat der Ende Februar zurückgetretene Ministerpräsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mohammed Schtajjeh (Fatah), vorgeschlagen, die Arabische Friedensinitiative (API) zur Grundlage einer Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern zu machen. Die API wurde 2002 auf er Konferenz der Arabischen Liga in Beirut auf Vorschlag des damaligen Kronprinzen Abdullah von Saudi-Arabien (heute König) verabschiedet (siehe Kasten).

Der Plan sei nicht verwirklicht worden, weil die israelische Regierung ihn nie ernsthaft in Erwägung gezogen habe und die USA keinen Druck in dieser Richtung ausgeübt habe.

Shtajjeh fordert, dass angesichts der gegenwärtigen Katastrophe in Gaza mit der Verzögerungstaktik Schluss ein müsse: „Die Arabische Friedensinitiative bietet die vielversprechendste Grundlage für die Beendigung des Krieges mit einem Plan, der von allen Seiten unterstützt werden kann. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Vereinigten Staaten den API-Rahmen annehmen und mit anderen Partnern zusammenarbeiten, um seine Umsetzung sicherzustellen. (...) Wenn Washington einen solchen Plan mit der starken Unterstützung führender arabischer Staaten und internationaler Verbündeter nachdrücklich unterstützt, wird es für Israel sehr schwierig sein, ihn von vornherein abzulehnen.“

Shtajjeh stellt fest, dass die Ausweitung der israelischen Siedlungen und Landenteignungen, die Einschränkung ihrer finanziellen Selbständigkeit und ihrer Bewegungsfreiheit, die täglichen militärischen Einfälle in ihre Siedlungen, die mangelnde Souveränität und der Ausschluss der Palästinenser Ostjerusalems von den Wahlen eine schwere Bürde für die wirtschaftliche Entwicklung und die Möglichkeiten der effektiven Verwaltung durch die PA darstellen. Nötig sei eine einheitliche Verwaltung von Gaza und des Westjordanlandes. Dies würde die PA jedoch nicht auf Geheiß Israels ausführen, sondern nur im Rahmen eines von der internationalen Gemeinschaft und den arabischen Ländern unterstützten Abkommens. Die Gewährleistung von Sicherheit und Frieden bedürfe ebenfalls der Hilfe internationaler und arabischer Partner. Das Konzept müsse auf Konsultationen mit allen palästinensischen Interessengruppen beruhen.

Der Internationale Strafgerichtshof müsse diejenigen vor Gericht bringen, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind. „Angesichts der Machtasymmetrie zwischen Israelis und Palästinensern wird der Aufbau eines lebensfähigen palästinensischen Staates die strenge Aufsicht eines kommandierenden, unparteiischen Vermittlers erfordern. Nur die Vereinten Nationen können diese Rolle mit der Unterstützung der großen Weltmächte erfüllen.“

Die PA erkenne an, dass sie Reformen durchführen müsse. Doch dringender seien die Beendigung des Krieges im Gazastreifen und der Übergriffe Israels im Westjordanland. Die Palästinensische Autonomiebehörde dürfe nicht als bloße Sicherheitsbehörde agieren, die der israelischen Regierung verpflichtet sei. Um einen Plan gemäß der Arabischen Friedensinitiative auf den Weg zu bringen, sei eine UN-Konferenz nötig, die über die Beendigung der israelischen Besatzung verhandle und die Grundlagen für eine neue Beziehung zwischen Israelis und Palästinensern auf der Grundlage der palästinensischen Souveränität schaffe.

Netanyahu sagte 2016, er werde niemals den originalen Plan der API als Basis für Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern akzeptieren.

Alon Liel, ehemaliger israelischer Diplomat, vertritt dagegen die Ansicht, dass die Kombination aus einer neuen Resolution des UN-Sicherheitsrats und einer Arabischen Friedensinitiative als Grundlage dienen sollte. „Der Staat Palästina sollte das Westjordanland und den Gazastreifen umfassen, mit Ost-Jerusalem als offizieller Hauptstadt. Die völkerrechtliche Anerkennung des Staates Palästina und seine Aufnahme als Vollmitglied der Vereinten Nationen sollten dem Friedensprozess vorgeschaltet werden und müssen vom Erfolg oder vom Misserfolg dieses Friedensprozesses abgekoppelt werden. Sonst könnte Israel in die Rolle des Veto-Players schlüpfen und jeden politischen Prozess, der zu einer Zweistaatenlösung führen würde, erfolgreich blockieren.“ Deutschland und Frankreich sollten nun die nächsten sein, die Palästina als Staat anerkennen.

Quellen: www.foreignaffairs.com/israel/best-way-endisraels-war-gaza, www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/mehr-als-symbolpolitik-7541/ www.haaretz.com/israel-news/2016-06-13/ty-article/pm-netanyahu-israel-cannot-agree-to-2002-arab-league-peace-plan/0000017f-dbbd-d856-a37f-fffd5b200000

Die Arabische Friedensinitiative von 2002

Die Initiative fordert von Israel:

„A. Vollständiger Rückzug aus den besetzten arabischen Gebieten, einschließlich der syrischen Golanhöhen, hinter die Linie vom 4. Juni 1967 sowie aus den noch besetzen Gebieten im Südlibanon.

B. Erreichen einer gerechten Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge; diese ist in Übereinstimmung mit Resolution 194 der VN-Generalversammlung zu vereinbaren.

C. Zustimmung zur Schaffung eines unabhängigen und souveränen palästinensischen Staates mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt in den palästinensischen Gebieten (Westjordanland und Gazastreifen), die seit Juni 1967 besetzt sind.“

Im Gegenzug bietet die Arabische Liga an, „den israelisch-arabischen Konflikt als beendet zu betrachten, einen Friedensvertrag mit Israel zu schließen und Frieden für alle Staaten in der Region zu verwirklichen“ sowie „normale Beziehungen zu Israel im Rahmen dieses umfassenden Friedens herzustellen“.

Politische Berichte
ZEITSCHRIFT FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT SECHSMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, E-Mail: info@linkekritik.de.

Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:
Titel: Alfred Küstler (verantw.), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Martin Fochler, fochlermuenchen@gmail.com.
Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Alfred Küstler (verantw.), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Christoph Cornides, Christoph.Cornides@t-online.de.
Europa: Rolf Gehring (rog, verantw.), rolf_gehring@outlook.de; Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de; Thilo Janssen
Globale Debatten – UN-Initiativen: Horst-Ullrich Jäckel (verantw.), ulli.jaeckel@hotmail.de.
Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales: Thorsten Jannoff (verantw.), t.jannoff@web.de; Jörg Detjen, joerg.detjen@koeln.de; Horst-Ullrich Jäckel, ulli.jaeckel@hotmail.de; Bruno Rocker; Johann Witte, johannfirst@web.de.
Kalenderblatt: Eva Detscher (evd, verantw.), eva.detscher@politische-berichte.de; Rolf Gehring, rolf_gehring@outlook.de;
Demokratie verteidigen: Rosemarie Steffens (verantw.), rosemarie.steffens@icloud.com; Christiane Schneider, chschneiderhh@posteo.de
Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation: Martin Fochler (verantw.), fochlermuenchen@gmail.com.
Solidarisches Europa: Michael Juretzek (verantw.), michael.juretzek@nord-com.net
Beilagenmanagement: Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, babburkhardt@gmx.de
Die Mitteilungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 €, Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 € (jeweils 10 € Portoanteil enthalten), Ausland: 51,20 € (22,20 € Portoanteil), Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, alfred.kuestler@politische-berichte.de

Problematisches Compact-Verbot

Christiane Schneider, Hamburg

Am 16. Juli verbot das Bundesministerium des Innern (BMI) die vom Kreis um Jürgen Elsässer getragene Compact-Magazin GmbH einschließlich ihrer Teilorganisation Conspect Film GmbH. Elsässer, einst Mitglied des Kommunistischen Bundes (KB), ist heute nach etlichen Häutungen eine der zentralen Figuren der extremen Rechten. Er ist gut vernetzt und verfügt dank des Compact-Magazins sowie zahlreicher Internet-Auftritte und Veranstaltungen über eine erhebliche Reichweite und damit über großen Einfluss. Die ausführliche Verbotsbegründung des Bundesinnenministeriums enthält zahlreiche Belege für das von Compact verfolgte „völkisch-nationalistische Gesellschaftskonzept", das die Menschenwürde großer Bevölkerungsgruppen angreift, für unerträgliche rassistische und antisemitische Hetze und auch für aggressiv-kämpferisches Agieren (Elsässer: „Wir wollen dieses Regime stürzen"). Ohne Zweifel geht von dem, laut Selbstbeschreibung, „mittlerweile (…) reichweitenstärkste(n) Medium der Opposition in Deutschland" eine Gefahr für erhebliche Teile der Gesellschaft und für die rechtsstaatlich verfasste Demokratie aus (alle Zitate aus der Verbotsbegründung).

Das Verbot wurde von links bis in die politische Mitte hinein begrüßt. Die „Junge Welt" allerdings, die sich als Beobachtungsobjekt des Geheimdienstes unter Druck sieht, schrieb: „Unrecht wird nicht Recht, nur weil es mal den Richtigen trifft." Tatsächlich wirft das Verbot Fragen auf. Vor allem Verfassungsrechtler äußern erhebliche Bedenken oder deutliche Kritik. Christoph Gusy, Professor für Öffentliches Recht, Staatslehre und Verfassungsgeschichte, mahnt in einer ersten Stellungnahme: „In der Auseinandersetzung mit den Gegnern der Verfassung beweist und bewährt sich der demokratische Rechtsstaat. Auch dort, wo der Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zweifelsfrei festgestellt ist, sind die Voraussetzungen und Grenzen des Grundgesetzes selbst und der Gesetze zum Schutz der Verfassung einzuhalten. Wenig kann den Verfassungsschutz stärker delegitimieren als administrative Maßnahmen, welche rechtswidrig ergehen und später von den Gerichten beanstandet werden." (1) Die Juristen, die sich bisher zu Wort gemeldet haben, haben ganz überwiegend Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verbots geäußert.

Denn das BMI hat den Weg über das Vereinsrecht gewählt: Es hat die beiden GmbHs als Verein verboten und nur als Folge dieses Verbots Compact und die anderen Produkte aus dem Verkehr gezogen. Es hat damit zu einem Trick gegriffen, denn der Bund hat keine Kompetenzen, in das Presserecht einzugreifen. Dies fällt ausschließlich in die Kompetenz der Länder. David Werdermann, Jurist bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF), kritisiert: „Das Vereinsrecht ist … verfassungskonform dahingehend auszulegen, dass Verbote nicht ausschließlich mit den Inhalten eines Presseerzeugnisses begründet werden können." (2) Auch Christoph Gusy äußerte gegenüber Legal Tribune Online Bedenken, „dass mangels Gesetzgebungskompetenz das Vereinsrecht ein solches Presseverbot nicht tragen könne". Paula Rhein-Fischer, Habilitantin an der Akademie für europäischen Menschenrechtsschutz der Uni Köln, schrieb im Verfassungsblog: „Ist eigentliches Ziel ein bestimmtes Presseerzeugnis, deren dahinterstehende Gruppierung nur als ‚Mittel zum Zweck' verboten wird, ist das Presserecht vorranging." (3) Dass es aber gerade um das „bestimmte Presseerzeugnis" ging, machte Faeser deutlich: „Ich habe heute das rechtsextremistische Compact-Magazin verboten", schrieb sie auf der Plattform X.

Man fragt sich nach der Lektüre der Verbotsbegründung mit ihren zahlreichen Zitaten, warum es der Staat viele Jahre lang versäumt hat, gegen das Compact-Magazin und andere Produkte der beiden GmbHs mit den einschlägigen Strafgesetzen, u.a. § 130 (Volksverhetzung), vorzugehen. Die konsequente Verfolgung von Pressedelikten hätte auch die Beschlagnahme von Ausgaben ermöglicht und insgesamt die Verantwortlichen zur Mäßigung oder gar Aufgabe zwingen können. Ein Verbot per Trick dagegen schafft eine doppelt gefährliche Situation: Wenn es vor Gericht, spätestens vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, keinen Bestand hat, gehen Elsässer und die gesamte extreme Rechte gestärkt aus dem Verbotsversuch hervor. Wenn es dagegen Bestand hat, dann ist nicht nur das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit beschädigt. Mit der Umgehung rechtsstaatlicher Normen lässt sich der Kampf gegen die extreme Rechte und autoritäre Entwicklungen nicht gewinnen.

https://verfassungsblog.de/verbotene-vereinsmedien/ (2) Legal Tribune Online (LTO), Ist das Compact-Verbot rechtswidrig? (3) https://verfassungsblog.de/compact-verbot/

Haushaltsentwurf verabschiedet, Koalition erstmal stabilisiert

Martin Fochler, München und Alfred Küstler, Stuttgart

Die von der Koalition aus SPD, Grünen und FDP getragene Bundesregierung hat einen Haushaltsentwurf beschlossen. Verabschiedet wird der Haushalt vom Bundestag, der zur Zeit in der Sommerpause ist. Die nächste Sitzungswoche ist auf den 7. Oktober terminiert, die optimistische Planung der Regierung geht vom November für die Endabstimmung aus. Am 1. September sind Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen, am 22. September in Brandenburg. Die jetzt bekannten Stellungnahmen von Verbänden und Parteigruppierungen zielen auf Veränderungen einzelner Posten. Auch die Union versucht – Stand heute – nicht, den Sturz der Regierung herbeizuführen, der eintreten müsste, wenn sie für ihren Haushalten keine Mehrheit fände.

Zur Lagebeurteilung hilft, dass sowohl der Unternehmerverband wie der DGB über die Stabilisierung der Regierung froh sind (siehe Dokumente folgende Seite). Die Regierung setzt darauf, durch Anregung wirtschaftlichen Wachstums die Einnahmeseite der Staatsfinanzen zu verbessern. Die „Wachstumsinitiative …" zielt vor allem auf die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft. Direkte staatliche Eingriffe werden nicht genannt. Das mag eine Reaktion auf den mißlichen Versuch sein, mit dem Heizungsgesetz die Investitionsentscheidungen der breiten Schicht der Wohnungseigentümer ziemlich direkt zu lenken. Lenkende Eingriff in die Wirtschaftstätigkeit fordert auch der DGB nicht. Er besteht vielmehr auf der Tarifhoheit der Gewerkschaften und positioniert sich gegen Kürzungen der Sozialleistungen. Die Hoffnung auf Wirtschaftswachstum, das ein günstiges Umfeld für Tarifverhandlungen aller Arten bildet, teilt der DGB. Steigende Löhne und Gehälter würden automatisch die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden entlasten.

Die Stabilisierung der Koalition, die sich – für viele durchaus unerwartet – als Stabilisierung der Regierung abzeichnet, hängt an den Chancen, die Verbände und Parteien, mit einem Wort die breite Öffentlichkeit dem Wachstumsprogramm der Regierung zutraut. Ein Spiegel dessen werden die Landtagswahlen am 1. und 22. September sein, bei denen es ja durchaus nicht nur um die „Abstrafung

der Ampel“ geht, sondern auch um das politische Gewicht der Union.

Neben der Kritik der sachlich-steuernden Eingriffe in das Investionsgeschehen (Heizungsgesetz, Agrarpolitik usw.) hatte namentlich die AfD auch die Entwicklungshilfeleistungen an den Pranger gestellt (Radwege in Peru). Diesem Druck der Öffentlichkeit hat die Bundesregierung in dem Entwurf nachgegeben. Das wird bei den zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen einen erheblichen Vertrauensverlust nach sich ziehen und die politisch-ideologische Bruchkante Nord/Süd vertiefen.

Alles in allem überwiegt in der öffentlichen Meinung die positive Bewertung der Stabilisierung. Dafür sind die Äußerungen des DGB wie der Wirtschaftsverbände typisch. Was ist der Hintergrund dessen? Es muss wohl die Hoffnung sein, dass die Konsolidierung der öffentliche Haushalte durch Wirtschaftswachstum gelingen kann und umgekehrt die Befürchtung, dass eine Destabilisierung, Sturz der Regierung, überstürzte Neuwahlen dazu nicht beitragen, sondern das Klima der Unsicherheit noch rauher machen würde.

DOK: Pressemitteilung Bundesfinanzminister Christian Lindner, 15.7.2024:

„Mit dem Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 und den Eckpunkten für eine Wachstumsinitiative beginnt der Einstieg in die Wirtschaftswende. Wir setzen Prioritäten neu und gehen maßvoll mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um. Gleichzeitig investieren wir auf Rekordniveau – in unsere Sicherheit, in Bildung, in Infrastruktur und Innovation sowie die Transformation unserer Wirtschaft. Dabei halten wir die Schuldenbremse ein, mit der wir ein Stabilitätsanker in Europa sind. Indem wir klare Schwerpunkte setzen, erhalten wir uns die nötigen Puffer für kommende Krisen. Neue Spielräume im Haushalt entstehen nur durch mehr wirtschaftliches Wachstum. Dafür müssen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und unsere Innovationskraft stärken. Mit unserer Wachstumsinitiative setzen wir wichtige wirtschaftspolitische Impulse, damit der Standort Deutschland attraktiver wird. Wir müssen das vorhandene Potenzial in unserem Land besser ausschöpfen, um unsere Zukunftsaussichten zu verbessern.“

	Soll	Entwurf	Finanzplan		
	2024	2025	2026	2027	2028
	in Mrd. €				
Ausgaben	**488,9**	**480,6**	**474,6**	**486,2**	**497,8**
Veränderung ggü. Vorjahr in %	+6,9	-1,7	-1,2	+2,4	+2,4
Einnahmen	**488,9**	**480,6**	**474,6**	**486,2**	**497,8**
Steuereinnahmen	374,4	388,2	399,9	413,9	427,7
Nettokreditaufnahme	**50,3**	**43,8**	**38,6**	**34,4**	**29,9**
nachrichtlich: Ausgaben für Investitionen (Titel der Hauptgruppe 7 und 8 des Gruppierungsplans)	70,8	78,0	77,5	75,5	71,4

DOK: Tanja Gönner, BDI-Hauptgeschäftsführerin, zum Haushaltentwurf 2025

„Es ist ein wichtiges Zeichen für den Wirtschaftsstandort Deutschland, dass es einen durchfinanzierten Haushalt gibt, der der Verfassung entspricht.

Jetzt gilt es, zügig die konkreten Maßnahmen für mehr Wirtschaftswachstum umzusetzen. Selbst wenn die vereinbarten Maßnahmen Bundestag sowie Bundesrat passieren und eins zu eins umgesetzt werden, erwarten wir nur marginale Wachstumseffekte.

Positiv zu bewerten ist die geplante Verlängerung der degressiven Abschreibung und Ausweitung der Forschungszulage. Der angekündigte steuerliche Bürokratieabbau ist von zentraler Bedeutung für die Wirtschaft.

Die Beschlüsse stärken vorrangig die Kaufkraft privater Haushalte. Einzelne Instrumente entlasten auch Unternehmen von Investitions- und Energiekosten. Das grundlegende Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft wird nur in sehr begrenztem Umfang gestärkt.

Es ist gut, dass die Bundesregierung auf Haushaltsdisziplin und Priorisierung besteht und die Schuldenbremse nicht aussetzt. Dass dennoch Spielraum für Kredite besteht, zeigt sich unter anderem an einer geplanten Neuverschuldung von insgesamt rund 94 Mrd. Euro in diesem und nächstem Jahr. Unabhängig davon ist eine Diskussion notwendig, wie der immense Bedarf an nachzuholenden und für Infrastruktur, Transformation und Resilienz notwendigen Investitionen in den nächsten zehn Jahren gedeckt werden kann.”

DOK: DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi macht sich für Nachbesserungen stark

„Es ist gut, dass eine politische Einigung gelungen ist. Das sorgt für Stabilität und gibt den Menschen Sicherheit. Der Kanzler hat Wort gehalten und die von der FDP immer wieder ins Spiel gebrachten Sozialkürzungen abgewendet. Das ist eine große Erleichterung für hunderttausende Haushalte in ganz Deutschland.

Positiv sind darüber hinaus die Vorschläge zur Begrenzung der Energiekosten sowie Sonderabschreibungen und gezielte steuerliche Förderungen von Investitionen und Forschung.

Zweifelhaft ist allerdings, ob die arbeitspolitischen Maßnahmen im Begleitbeschluss „Wachstumsinitiative“ überhaupt irgendwelche Wachstumsimpulse setzen. In jedem Fall schafft es neue Ungerechtigkeiten, wenn Einkommen künftig unterschiedlich besteuert werden sollen. Steuerfreie Zuschüsse für Mehrarbeit und hohe Steuerfreibeträge ausländischer Fachkräfte werden ein Strohfeuer bleiben.

Die aktuell anhaltenden Versuche der Politik, sich beim Thema Arbeitszeit in das Kerngeschäft von Tarif- und Betriebspolitik einzumischen, weisen wir aufs Schärfste zurück. Das Arbeitszeitgesetz ist ein Schutzgesetz auf der Basis arbeitsmedizinischer Erkenntnisse und darf nicht zum Spielball der Politik werden. Wer mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung will, soll mit uns Gewerkschaften faire Tarifverträge abschließen. Eine Politik für die Fleißigen erkennt als erstes ihre bereits bestehenden Belastungen an.

Wir werden die genaue Ausgestaltung im parlamentarischen Prozess eng begleiten. Es liegt noch einige Arbeit vor den Abgeordneten.“

Eine **transatlantische linke Stimme** will die sich im Aufbau befindliche Internetseite des New Yorker Büros der Rosa Luxemburg Stiftung sein. So gibt es aktuell eine ausführliche Analyse zur Außenpolitik der USA, die die Positionen sowohl der Republikaner als auch der Demokraten beleuchtet. **rosalux.nyc** ist eine Quelle für die Beobachtung der aktuellen Entwicklung rund um die Präsidentschaftswahlen in den USA.

Frankreich: Linke Neue Volksfront stärkste Fraktion in der Nationalversammlung

Matthias Paykowski. Karlsruhe

Mit der Auflösung der Nationalversammlung unmittelbar nach den Europawahlen und dem Ausschreiben von Neuwahlen innerhalb von zwei Wochen hat Macron das französische Parteiensystem einem harten Stresstest ausgesetzt. Die linken Parteien haben ihn bewältigt. Sie konnten sich auf eine inhaltliche Wahlplattform einigen, fanden sich zur Nouveau Front Populaire (NFP) – Neue Volksfront – zusammen, und gingen aus der Wahl als stärkste Fraktion hervor.

Erster Wahlgang: RN vorne

Le Pens RN, das bei den Europawahlen mit knapp 30 % abgeschnitten hatte und stärkste französische Fraktion im Europaparlament wurde, konnte auch im ersten Wahlgang zur Nationalversammlung seine Stellung ausbauen – außer in den großen Städten.

RN wurde mit 9,4 Millionen Stimmen stärkste Partei, gefolgt von NFP: 9 Millionen und Ensemble: 6,4 Millionen Die Wahlbeteiligung war hoch wie seit den 90er Jahren nicht mehr. 76 der 577 Deputierten standen nach dem ersten Wahlgang fest: 37 vom RN, 32 für NFP 32. Die Regierungspartei Macrons Ensemble hatte zwei Mandate sicher.

Stichwahl NFP stärkste Fraktion

In der Stichwahl trat der RN mit 448 Kandidaten an, NFP mit 418, Ensemble mit 317 und die Republikaner LR mit 101. Eine Abspaltung von LR um den Vorsitzenden Ciotti hatte sich schon vor dem ersten Wahlgang Le Pens RN angeschlossen. Um eine Mehrheit für den RN in der Stichwahl zu verhindern, wurde die in der Vergangenheit oft vereinbarte und erprobte republikanische Front praktiziert: 221 Kandidaten verzichteten auf ihre Kandidatur, 132 von NFP, 83 von der Regierungspartei Ensemble. So traten in 404 Wahlkreisen nur noch zwei und in 95 Kandidaten drei an. Im Ergebnis erhielt der RN zwar erneut die meisten Stimmen: 8,7 Millionen, NFP 7,0 Millionen ENS 6,3 Millionen, LR 1,5 Millionen. Bei der Sitzverteilung in der Nationalversammlung wird NFP stärkste Fraktion mit 182 Sitze, ENS 168, der RN wird nur drittstärkste Fraktion, wächst aber weiter von 89 Deputierten 2022 auf jetzt 148. LR hält sich mit 46 Abgeordneten trotz der Abspaltung hin zur RN. So stehen sich damit drei etwa gleich große Blöcke gegenüber. Und erstmals sind elf Fraktionen in der neuen Nationalversammlung.

NFP hat als stärkste Fraktion beansprucht, den Ministerpräsidenten zu stellen, konnte sich aber bis heute (20.07.) nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Der Anspruch ist auch umstrit-

Aus dem Wahlprogramm der Nouveau Front Populaire

Die linken Parteien und Kräfte, die sich in der Kürze der Zeit zur Neuen Volksfront – Nouveau Font Populaire (NFP) zusammenfanden, konnten auf die programmatischen Vorarbeiten von Nupes für die Wahlen zur vorherigen Nationalversammlung zurückgreifen. Das Wahlprogramm ist umfangreich: Was die teilnehmenden Parteien und Kräfte wünschten, wurde aufgenommen und weggelassen, was den Zusammenhalt hätte sprengen können. Das Programm wird als ein Programm des Umbruchs markiert: „Wir haben uns parteiübergreifend um ein Programm des Umbruchs vereint, das solide, kohärent und fair ist."

Sechs Punkte sind einleitend hervorgehoben:

1. Um die Kaufkraft und die Löhne zu verteidigen;
2. Für öffentliche Dienstleistungen überall, von den Überseegebieten über die ländlichen Gebiete bis hin zu den Arbeitervierteln;
3. Für alle Frauen, die Gleichberechtigung und ein Ende der Gewalt fordern;
4. Zur Verteidigung des Klimas und der Lebewesen;
5. Für alle, die unter Rassismus, Antisemitismus oder Islamophobie leiden;
6. Um die Republik gegen die extreme Rechte zu verteidigen.

Das Wahlprogramm kündigt eine „Zäsur" an: Zwanzig Maßnahmen, „um auf die soziale Notlage, die Klimaherausforderung, die Wiederherstellung der öffentlichen Dienstleistungen zu antworten und einen Weg zur Beruhigung Frankreichs und in der Welt einzuschlagen. Damit sich das Leben ab Sommer 2024 ändert".

Die zwei ersten sollen mit Dekreten umgesetzt werden:

- „Die Preise für lebensnotwendige Güter in den Bereichen Lebensmittel, Energie und Kraftstoffe per Dekret einfrieren und den Preis-Qualitäts-Schutzschild für die Überseegebiete verstärken.
- Sofortige Aufhebung der Dekrete zur Umsetzung der Reform von Emmanuel Macron zur Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre sowie der Reformen der Arbeitslosenversicherung."

„Erhöhung des beitragspflichtigen Minimums (Altersrente für eine vollständige Laufbahn) auf das Niveau des SMIC und des Altersminimums auf das Niveau der Armutsgrenze.

Erhöhung der Löhne und Gehälter durch Anhebung des Mindestlohns (SMIC) auf 1600 Euro netto, durch eine zehnprozentige Erhöhung des Indexpunktes für Beamte (die für die Gebietskörperschaften vollständig ausgeglichen wird), Erhöhung der Vergütungen für Praktikanten, der Gehälter für Auszubildende und dual Studierende … Die Sozialhilfe um zehn Prozent aufwerten."

Ein Paket von Maßnahmen soll in den ersten 15 Tagen umgesetzt werden, ein Augenmerk auf Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge beschrieben als das „Reparieren der öffentlichen Dienste".

„Eine Konferenz zur Rettung des öffentlichen Krankenhauses organisieren, um eine Überlastung während des

Sommers zu vermeiden, die Aufwertung der Nacht- und Wochenendarbeit für das Personal vorschlagen.

Der öffentlichen Schule ihr emanzipatorisches Ziel zurückgeben …

Erste Schritte zur vollständigen Kostenfreiheit in der Schule unternehmen: Schulkantine, Schulmaterial, Transport, außerschulische Aktivitäten.

Den PassSport auf 150 Euro erhöhen und seine Nutzung auf den Schulsport ausweiten, um den Schulanfang zu ermöglichen."

Quelle: https://www.nouveaufrontpopulaire.fr/programme

NFP: Zusätzliche öffentliche Ausgaben

Frankreich ist eines von sieben Ländern der EU, gegen das die EU-Kommission ein Defizitverfahren eröffnet hat. Die Neuverschuldung liegt aktuell in Frankreich bei 5,5 Prozent, die Grenze liegt bei 3 Prozent. In den vergangenen 15 Jahren hat Frankreich diese Grenze 14mal gerissen. Die Gesamtverschuldung Frankreichs liegt bei 111 Prozent des BIP, 60 Prozent sind die Vorgabe. Das Steuerniveau in Frankreich gehört zu den höchsten in der OECD und das Programm der NFP sieht zusätzliche öffentliche Ausgaben vor. Sie sollen aber klassisch finanziert werden über „Steuer auf hohe Vermögen ab fünf Millionen Euro, hohe Einkommen und multinationale Konzerne", durch eine Reform der Vermögenssteuer ISF (Solidaritätssteuer auf Vermögen) und der Erbschaftssteuer. Le Monde: „Insgesamt bedeutet dies die Einleitung eines Plans für zusätzliche öffentliche Ausgaben in Höhe von 100 Milliarden Euro bis Ende 2025 und 150 Milliarden Euro bis 2027, von denen zwei Drittel der Kaufkraft zugutekommen sollen. Um seine Ernsthaftigkeit in Zeiten knapper Kassen zu beweisen, führt das Programm einen Plan für zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 150 Milliarden ein, der massiv umverteilend wirken soll, da er auf sehr hohe Einkommen und große Unternehmen abzielt." (15.7.2024)

Le Monde warnt vor Fallstricken, „über die schon frühere sozialistische Regierungen gestolpert sind: Mobilität des Vermögens der Reichsten, das nicht mehr in französischen Immobilien steckt," Schwächung von Klein- und Mittelunternehmen (KMU) „und der Investitionen und damit letztlich eine Besteuerung, die hauptsächlich von den oberen zehn Prozent (Gehalt über 4200 Euro netto pro Monat) getragen wird".

Andere halten die Diskussion für erledigt, da NFP keine Mehrheit in der Nationalversammlung hat. „Die Frage ist nun, ob man sich ein Wirtschaftsprogramm vorstellen kann, das macronistische Elemente und Elemente des NFP-Programms aufnimmt und von einer Mehrheit der Abgeordneten akzeptiert wird. Dies scheint mir nicht unmöglich", stellt Olivier Blanchard, ehemaliger Chefökonom des IWF fest.

Rentenreform per Dekret aufheben

Das Programm der NFP will „einen Schlussstrich unter die ‚Durchführungsdekrete der Reform von Emmanuel Macron' ziehen, durch die das Alter für den Erwerb von Rentenansprüchen von 62 auf 64 Jahre angehoben wurde. Das zielt auf Artikel 10 des Gesetzes vom 14. April 2023 ab, mit dem die Regeln des umlagefinanzierten Systems grundlegend überarbeitet wurden." Die Kritik am Vorschlag der NFP bezweifelt, dass ein Dekret dafür reicht: „Da das gesetzliche Rentenalter gesetzlich festgelegt ist, bedarf es einer gesetzgeberischen Maßnahme, um es zu ändern – und nicht einer regulatorischen Maßnahme wie einem Dekret." Da aber das Renteneintrittsalter von 1985 bis 2010 im Verordnungsteil des Sozialversicherungsgesetzbuchs enthalten war, bevor es nach einer Reform unter Nicolas Sarkozy in den Gesetzestext eingefügt wurde, könnte der Verfassungsrat das Rentenalter zu „deklassieren, um ihm wieder einen regulatorischen Wert zu verleihen, wie vor 2010." (Le Monde 9.7.2024)

ten, denn NFP verfügt wie die anderen zwei Blöcke über keine Mehrheit in der Nationalversammlung, sondern müsste Mehrheiten suchen. Wie in dieser Zusammensetzung eine Regierungsbildung gelingen wird, ist ungewiss. Macron hat die Regierung Attal, die zurückgetreten war, damit betraut, die Geschäfte kommissarisch weiterzuführen, voraussichtlich bis sich die Nationalversammlung sortiert hat. Macron könnte die Nationalversammlung auch bereits in einem Jahr wieder auflösen oder prüfen, eine technische Regierung nach dem Vorbild Italiens einzusetzen.

Wenn die Wahl dazu geführt hat, dass die Legislative gegenüber der Exekutive und vor allem dem Staatspräsidenten an Gewicht gewonnen hat, so sind die Unsicherheiten erheblich, wie und ob die Nationalversammlung zu einer geordneten Tätigkeit findet. Wie es gehen kann, davon gibt die Wahl zur Präsidentin der Nationalversammlung am 20. Juli einen Eindruck. Frau Braun-Pivet von der Regierungsfraktion brauchte zwar drei Wahlgänge, konnte sich schließlich aber mit Unterstützung aus dem Rechten Fraktionen mit 220 zu 207 Stimmen gegen den Kandidaten von NFP, André Chassaigne von der Kommunistischen Partei (PCF), durchsetzen.

Quellen: Le Monde Ausgaben 7.-20.7.2024

Klare Verlierer, Gewinner mit Einschränkungen

Eva Detscher, Karlsruhe, Florian Weis, Berlin.

Der Sieg von Starmers Labour Party bei den Wahlen vom 4. Juli ist eindeutig, aber massiv überzeichnet.

Seit zweieinhalb Jahren lag die unter Keir Starmer in die politische Mitte gerückte Labour Party in den Meinungsumfragen deutlich vorne, so dass Ihr Wahlsieg am 4. Juli 2024 allgemein erwartet worden war. Der Labour-Sieg ist eindrucksvoll, wenn die schwere Niederlage im Dezember 2019 unter Jeremy Corbyn gegen die Konservativen unter Boris Johnson berücksichtigt wird: Ein Rückstand von über elf Prozentpunkten wurde in einen Vorsprung von zehn Prozentpunkten umgewandelt, die Zahl der Mandate verdoppelt. Einen vergleichbaren Umschwung von einer Wahl zur nächsten hat es zuletzt 1945 gegeben, als Labour mit Clement Attlee an die Regierung kam, unter freilich sehr spezifischen Umständen: Die letzten Wahlen lagen damals kriegsbedingt zehn Jahre zurück, und Labour hatte fünf Jahre lang erfolgreich in der Kriegsregierung mitgewirkt.

Wenn im Folgenden der Wahlsieg Labours relativiert wird, bedeutet dies nicht, ihn kleinzureden, wohl aber, die Volatilität der gesellschaftlichen Stimmungen und die verbreitete Apathie, den ausgeprägten politischen Zynismus zu realisieren, der ebenso nachvollziehbar ist wie er eine große Gefahr für die britische Demokratie darstellt. Der Sieg Labours ist in erster Linie eine Niederlage der Konservativen. Labour war wohl eine Alternative, die zumindest nicht abschreckt. Nicht mehr, aber auch nicht weniger verkörperte Labour bei dieser Wahl.

Klare Verlierer: Konservative, Schottische Nationalpartei und die Wahlbeteiligung

Die Konservativen haben ein historisch einzigartig schlechtes Ergebnis eingefahren. Nach 14 Jahren im Amt war diese Regierung nicht nur verschlissen, sondern hoffnungslos gescheitert und gespalten. Die verheerende Austeritätspolitik nach 2010 hat die Spaltungslinien im Land verstärkt, viele Menschen und ganze Regionen dauerhaft zurückgeworfen und den Brexit, ein weiteres Erbe dieser 14 Jahre, ermöglicht. Kulturkämpfe und

Sitzverteilung im Unterhaus[1]	Anzahl Sitze	Veränderung gegenüber 2019	Stimmenanteile in Prozent
Labour	412	(plus 211)	33,7 %
Conservatives	121	(minus 251)	23,7 %
Liberal Democrats	72	(plus 64)	12,2 %
Reform Party	5	(plus 5)	14,3 %
Green Party	4	(plus 3)	6,7 %
Scottish National Party	9	(minus 39)	2,5 %
Plaid Cymru	4	(plus 2)	0,7 %
Independents	6	(plus 6)	2 %
Sinn Féin	7	(gleich)	0,7 %
Democratic Unionist Party	5	(minus 3)	0,6 %
Ulster Unionist Party	1	(plus 1)	0,3 %
Traditional Unionist Voice	1	(plus 1)	0,2 %
Social Democratic and Labour Party	2	(gleich)	0,3 %
Alliance Party	1	(gleich)	0,4 %

Chaos wurden zu einem Markenzeichen einer Partei, die kaum noch als konservativ bezeichnet werden kann, sondern gefährlich viele Anleihen beim Trumpismus genommen hat.

Eindeutige Verliererin dieser Wahl ist auch die Scottish National Party, die nur noch neun statt vorher 48 der 57 schottischen Mandate errang. Labour unter Anas Sarwar, einem Starmer-Unterstützer und Corbyn-Gegner, errang 37 Mandate in Schottland (zuvor eines!). Er konnte dabei davon profitieren, dass Labour in Opposition zu beiden Langzeitregierungen (den Tories in London seit 2010 und der SNP in Edinburgh seit 2007) stand. Nur in Schottland konnte Labour real deutlich Stimmenanteile hinzugewinnen. Bei den Regionalwahlen 2025 könnte Labour dann zusätzlich zur nationalen und zur walisischen Regionalregierung auch die Regierungsmacht in Schottland übernehmen.

Verliererin dieser Wahl schließlich ist die Wahlbeteiligung, wenn eine niedrige Wahlbeteiligung als Ausdruck von geringer Akzeptanz für das Vertrauen in die die politische Funktionsfähigkeit gewertet wird. Je nach Quelle und Messmethode war die Beteiligung am 4. Juli entweder mit knapp 60 bzw. rund 52 %[1] die zweitniedrigste (untertroffen nur von 2001) oder bei weitem niedrigste Wahlbeteiligung überhaupt. Wahlbeteiligungen über 70 % gab es zuletzt 1997 sowie beim Brexit-Referendum 2016, das deshalb auch eine beträchtliche Legitimation bis heute beanspruchen kann, allen Lügen in der Kampagne zum Trotz.

Gewinner mit Makeln

Labour hat 412 von 650 Mandaten im Unterhaus gewonnen, mehr als 1945 und nur geringfügig weniger als 1997 und 2001 unter Tony Blair. Im britischen Wahlsystem des reinen Mehrheitswahlrechtes ist es dies, was zählt, und damit ist die Labour-Wahlstrategie voll aufgegangen. Gleichwohl ist ein Stimmenanteil von weniger als 34 % ungewöhnlich und auf längere Sicht ein erhebliches Warnzeichen für Labour: Seit über einem Jahrhundert hat keine Partei mit einem so niedrigen Stimmenanteil eine parlamentarische Mehrheit errungen, geschweige denn eine so große, wegen der diesmal besonders großen Überzeichnung durch das Mehrheitswahlrecht. Seit einem Jahrhundert nicht mehr haben Labour und Tories gemeinsam deutlich weniger als 60 % der Stimmen auf sich vereint. Die „Reform UK Party“ von Nigel Farage, die Grünen sowie unabhängige Kandidat:innen, darunter Jeremy Corbyn mit seinem großen Erfolg in Nordlondon, sind Gewinner der Wahl. Die Liberaldemokraten errangen Dank einer klugen Konzentration auf realistisch gewinnbare Wahlkreise und einem verbreiteten taktischen Wählen 72 statt zuvor acht Sitze, ihr bestes Ergebnis seit einem Jahrhundert, ohne ihren Stimmenanteil wesentlich zu steigern.

Drei zentrale Fragen für die nächsten Jahre

• Kann Labour trotz des übervorsichtigen Kurses in wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischer Hinsicht spürbare Verbesserungen im Gesundheitswesen, der öffentlichen Infrastruktur und einer grünen Energiewende erreichen und so dazu beitragen, das tiefe Misstrauen gegen das politische „System“ zu verringern? Der Start der Regierung ist dabei durchaus energisch und beachtlich.

• Wird Nigel Farage die Konservativen noch weiter nach rechts in Richtung der Trump-Republikaner in den USA treiben? Wird er sie spalten, gar übernehmen oder sie als Hauptgegner von Labour ersetzen? Von dieser Frage hängt viel für die demokratische Zukunft ab. Werden die Konservativen wieder zu einer Partei, die diesen Namen verdient?

• Werden die Liberaldemokraten als derzeit progressive Kraft etwas links der Mitte ihren Erfolg stabilisieren können, oder werden sie, je nach Erfolg oder Misserfolg der Regierung und der künftigen Ausrichtung der Konservativen, wieder Sitze verlieren? Können die Grünen sich als progressive Kraft links der Mitte dauerhaft neben Labour etablieren, möglicherweise durch einen Zuwachs von einigen Momentum-Aktiven? Wird sich schließlich die teilweise problematische temporäre Gaza-Allianz aus älteren Traditionslinken, jüngeren postkolonialen „Linken“ und Teilen der muslimischen Gemeinschaften (allerdings hat Labour unter muslimischen Wähler:innen immer noch deutlich mehr Stimmen bekommen als in der Gesamtbevölkerung!) langfristig zusammenfinden, oder wird sie wegen ihrer extrem unterschiedlichen Positionen in allgemeinpolitischen Fragen wieder verschwinden?

1 Siehe https://www.statista.com/statistics/1050929/voter-turnout-in-the-uk/ sowie https://www.theguardian.com/politics/article/2024/jul/12/lowest-turnout-in-uk-general-election-since-universal-suffrage-report-shows und https://www.bbc.com/news/ion/2024/uk/results

Linke Fraktion im Europaparlament

Cornelia Hildebrandt, Berlin

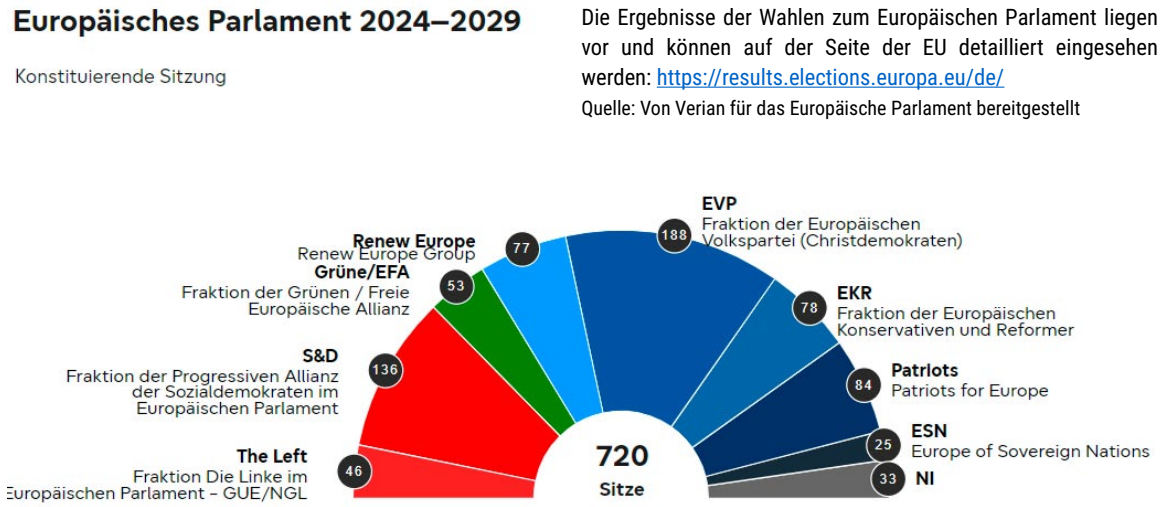
Der Prozess der Fraktionsbildung ist nunmehr abgeschlossen. Stärkste Kraft sind die Europäischen Konservativen (EPV) mit 188 Abgeordneten (MdEP/englisch: MEP). Die Sozialdemokraten/Sozialisten bleiben mit 136 MEPs leicht unter dem Niveau von 2019. Erstmals folgen diesen Fraktionen zwei Fraktionen der extremen Rechten. Die „Patriots for Europe“ (P4E) mit 84 Sitzen unter Führung von Le Pens Rassemblement National (RN) und Parteien wie Österreichs FPÖ, Salvinis Lega, Geert Wilders PVV, der portugiesischen Chega und spanischen Vox als drittstärkste Fraktion. Ihr folgt unter Führung von Giorgia Meloni die rechtsextremen Konservativen und Konservativen (ECR) mit 78 Sitzen. Erst danach platzieren sich die Liberalen mit 77 Sitzen und mit starken Verlusten der deutschen und französischen Grünen sind sie mit 53 Abgeordneten nunmehr eine kleine Fraktion.

Und die Linke?

Die Linksfraktion (The Left) ist mit dem Beitritt der acht MEPs der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) und insgesamt 46 MEPs nicht mehr die kleinste Fraktion im Europaparlament. Sie wird mit La France Insoumise (LFI, 9 MEPs) von einer Partei geführt, die in Frankeich bei den Parlamentswahlen im Juli 2023

mit der „Neuen Volksfront“ (engl. New Front Popular, NFP) inklusive Sozialisten, Grünen und Kommunisten stärkste Kraft wurde. Auch die skandinavischen Parteien waren gegen die Rechte erfolgreich, die finnische Linksallianz sogar mit 17,3 %. Erklären lassen sich diese Erfolge mit populären Führungspersönlichkeiten wie in Finnland Li Anderson mit einem scharfen Profil gegen den erweiterten Sparkurs der finnischen Mitte-Rechts-Regierung. In Schweden formierte sich der Protest entlang sozialökologischer Themen. In beiden Parteien wird mehrheitlich der Nato-Beitritt befürwortet. Zur Erklärung gehören aber auch neue Formen der Mobilisierung und Mitgliedergewinnung – also strategisch angelegte Organisationsentwicklungen, auf die auch die belgische Arbeiterpartei (PTB) setzt und knapp 10 % erreichte. Mit der linksgrünen Sinistra Italiana mit zwei MEPs ist endlich wieder eine linke italienische Stimme im Europaparlament präsent. In Griechenland wurde Syriza mit 14,9 % hinter den Konservativen zweitstärkste Kraft, die griechischen Kommunisten (KKE) erreichten fast 10 %; Mera25 und Nea Aristera scheiterten mit 2,54 bzw. 2,45 % an der Drei-Prozent-Hürde.

Schwache Ergebnisse unter 5 % erreichte die spanische Sumar, der portugiesische Bloco und die slowenische Levica. Ein Desaster ist das Ergebnis der Linken in Deutschland mit 2,7 %. Trotzdem hat die Linke noch drei Abgeordnete im Europaparlament. Alles in allem: Die Erfolge können die anhaltende Defensive der Linksparteien und die Existenzkrise einzelner Parteien nicht überdecken.



Die Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament liegen vor und können auf der Seite der EU detailliert eingesehen werden: https://results.elections.europa.eu/de/

Quelle: Von Verian für das Europäische Parlament bereitgestellt

Politische Mehrheiten in Europa

Die deutlichste Mehrheit besitzt noch immer die „große Koalition“ mit den führenden Konservativen und geschwächten Liberalen und Sozialdemokraten. Diese steht – so Ursula von der Leyen – für Wohlstand gesichert durch Wettbewerbsfähigkeit in einer Welt in der „alles umkämpft und zur Waffe gemacht wird“ – also für globale Wirtschaftsfähigkeit, Sicherheit und Migration, für europäische High-End-Verteidigungsfähigkeit, ein eigenes Luftverteidigungsregime, für die Verdreifachung des Personals für Frontex und für einen Clean Industrial Deal – als Reinterpretation des früheren Green Deals. Als Angebot für Sozialdemokraten und Linke gibt es einen neuen Kommissar für bezahlbaren Wohnen, deren Zuständigkeit bei den Nationalstaaten liegt. Damit sind die Prioritäten klar gesetzt. Ob der geschrumpfte rot-rot-grüne Block auf ein Drittel der Wähler angesichts einer neuen Welle autoritär abgesicherter Austeritätspolitik mit der Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen, mit Angriffen auf die Rechte von Lohnabhängigen, auf Arbeitsbedingungen, Arbeitslöhne und Arbeitszeiten, auf die Rechte der Gewerkschaften auf- und gegenhalten kann, wird sich zeigen. Ohne soziale Bewegungen und Gewerkschaften wird das nicht gehen.

Zu den europäischen Akteuren der Linken

Es gibt auf europäischer Ebene drei Akteure der Linken: Die Left-Group im Europaparlament (die Fraktion), die europäische Linkspartei (EL) und die Stiftung transform! Europe mit ihren 38 Organisationen, die über die EL hinaus eine breitere Linke repräsentieren. Zwischen ihnen gibt es keine strategische Kooperation zu den zentralen Herausforderungen linker Politik, wobei diese in Fraktion, EL und bei Transform gleichermaßen diskutiert werden.

Der konföderale Charakter der Fraktion – als Grundlage ihrer Formierung angesichts der Diversität der Linksparteien – erschwert zusätzlich die Entwicklung europäischer Strategien. Man einigt sich auf ein Grundsatzpapier und auf Essentials zu denen 2024 die Achtung des internationalen Rechts, eine humanistische Asylpolitik und die Ablehnung des EU-Asylpakts, Klimagerechtigkeit und Feminismus gehören. Der Versuch von Linksparteien, auch die Position zum Ukraine-Krieg zur Grundlage der Arbeit der Fraktion zu machen, fand keine Mehrheit und wurde ausgeklammert, zumal das Nato-kritische Lager mit M5S mehr Gewicht erhalten hat. Die Linksfraktion leitet künftig den Arbeits- und Sozialausschuss und stellt den Vorsitz im Ausschuss zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Das ist ein Erfolg und da sollte was gehen, zumal sie soziale und Steuergerechtigkeit zusammengehört.

Die Europäische Linkspartei (EL) setzte mit ihrer Wahlplattform 2024 die Friedensfrage zentral: „Unser Sieg ist Frieden.“ Sie positioniert sich gegen den neuen Rüstungswettlauf, gegen die Militarisierung der EU und für die Reduzierung der Militärausgaben, fordert den Waffenstillstand in der Ukraine, das Ende des Krieges gegen Gaza und hier die Zwei-Staaten-Lösung, den Abzug der US-amerikanischen und russischen Atomwaffen und die Umsetzung des Vertrags zum Verbot von Atomwaffen. Sie fordert den ökologischen und sozialen Wandel gegen den Klimanotstand: die EU-Klimaneutralität bis 2045, die Abkehr der Wirtschaft vom Kohlenstoffparadigma, 460 Milliarden Euro für einen europäischen Investitionsplan, außerdem Armutsbekämpfung und sozialen Schutz in den Bereichen Gesundheit, Rente, Arbeitslosigkeit, Energiearmut, das Recht auf angemessenen Wohnraum, nationale und europäische Investitionspläne für den sozialen Wohnungsbau, eine EU-Richtlinie über gesetzliche Mietobergrenzen, Freistellung des öffentlichen Wohnungsbaus von den EU-Binnenmarkt- und Wettbewerbsregeln. Sie widmet sich der Transformation der Arbeit, u.a. die EU-Mindesteinkommensrichtlinie, sie fordert eine feministische Perspektive in der Politik und globale Kooperation statt neokolonialer Entwicklungen. Sie steht für den Schutz der Demokratie und hier für die Überarbeitung der EU-Verträge und das Recht auf zivilen Ungehorsam und natürlich für den Kampf gegen rechts.

Allerdings hat die EL ein Präsentationsproblem. Während die Anzahl der MEP in der Linksfraktion im Europaparlament zunimmt, nimmt die Zahl der Abgeordneten der EL-Mitgliederparteien ab. Derzeit ist die EL nur noch mit drei Parteien in der Fraktion vertreten: Syriza

(4 MEP), Die Linke (3) und ein Vertreter der rot-grünen Linksallianz (RGA) Dänemarks. Hinzu kommt, dass nach den EP-Wahlen der Bloco und die finnische Linksallianz die EL verlassen haben. Sie begründeten ihren Schritt mit blockierenden Entscheidungsstrukturen und veralteten Organisations- und Arbeitsweisen der EL. Diese entsprächen nicht mehr den sich verändernden Kräfteverhältnissen innerhalb der Linksparteien. So sind die französischen Kommunisten in der EL, nicht aber La France Insoumise; Rifondazione Comunista, nicht aber Sinistra Italiana. Die EL braucht grundsätzliche Reformen. Diese aber sind nur umsetzbar, wenn sich die nationalen Parteien, darunter Die Linke, aktiv in diesen Prozess einbringen und dabei helfen, die Spaltung der Europäischen Linken zu verhindern. Eine Spaltung der Europäischen Linkspartei steht im Raum. Doch es wäre fatal, wenn die europäischen Linken angesichts der Rechtsverschiebungen in der EU, angesichts des neuen globalen Wettrüstens, einer drohenden nuklearen Katastrophe, des notwendigen Umsteuerns zur Verhinderung des Klimawandels und einer Politik der Abschottung und der inhumanen Asyl- und Flüchtlingspolitik die Zusammenarbeit aufkündigen, zumal die politischen Differenzen und Konfliktlinien zwischen den linken Parteien unabhängig von ihrer formalen Konstellation bestehen bleiben.

Nach Zugewinnen: Drei nationalistische Fraktionen im EU-Parlament

Michael Juretzek, Bremen

Trotz Zugewinnen haben die nationalistischen Kräfte ihr Wahlziel nicht erreicht. Die angestrebte Abwahl der Kommissionspräsidentin von der Leyen, symbolhaft stehend für den „New Green Deal“, den „Gender-Wahnsinn“ und eine „selbstmörderische Migrationspolitik“, liegt außerhalb ihrer Möglichkeiten. Gegenwärtig deutet sich an, dass von der Leyens EVP eher die Unterstützung der Grünen-Fraktion statt eines Kuschelkurses gegenüber Melonis EKR sucht.

Die Ergebnisse in den einzelnen Mitgliedstaaten ergeben ein differenziertes Bild: Starken Gewinnen in Österreich (+8,2 %), Frankreich (+8,1%), Tschechien (+23,8 %) und Portugal (+9,8) stehen Verluste in Polen (-9,2 %), Ungarn (-7,7 %) und Finnland (-6,2 %) entgegen. Auch die mit einem EU-Austritt angetretenen Schwedendemokraten verloren mit 13,2 % an Bindungskraft, besonders gegenüber ihrem Parlamentswahlergebnis 2023 von 23 %.

Patrioten für Europa (PfE)

In die vom Franzosen Bardella (Rassemblement National) geführte Fraktion ist die bisher fraktionslose ungarische Fidesz, die tschechische ANO 2011 (bisher Renew), die spanische Vox (bisher EKR) und die neu vertretene portugiesische Chega eingetreten.

In ihrem „Patriotischen Manifest“ schreibt PfE: „Die politische Bruchlinie verläuft heute zwischen Zentralisten, die einen neuen europäischen ‚Superstaat‘ einläuten, und Patrioten und Souveränisten, die für den Erhalt und die Stärkung des von uns geschätzten Europas der Nationen kämpfen, die ihre europäische Identität, ihre Traditionen und Bräuche, die Früchte ihres griechisch-römischen und jüdisch-christlichen Erbes, bewahrt und würdigt; sich gleichzeitig Ultimaten widersetzt, sich nach der Mode des Tages zu verändern.“ [1] On-online.de vom 8.7.24 fasst das Manifest zusammen: „Ablehnung von Migration und ‚Green Deal‘, keine Unterstützung der von Russland angegriffenen Ukraine sowie Rückbau der Integration in der EU zwecks Stärkung der Souveränität der Nationalstaaten.“

Europa der souveränen Nationen

Die AfD, bedroht von Fraktionslosigkeit, hat die aggressivsten nationalistischen Kräfte des Europäischen Parlaments um sich geschart. Die aus acht Staaten, davon sechs osteuropäischen, stammenden Abgeordneten treten zum Teil für den EU-Austritt, den Nato-Austritt, die Einführung der Todesstrafe ein. Roma werden als „Parasiten“ herabgewürdigt, Homosexuelle als Kranke und der Feminismus sei ein „Vernichtungskrieg gegen den weißen, heterosexuellen Mann“. Die Gründung einer neuen Fraktion sei „notwendig, um unsere Vision für ein starkes, vereintes und zukunftsorientiertes Europa der Vaterländer zu verwirklichen“ [2], so AfD-Delegationsleiter Rene Aust. Vor allem wohl, um an Fraktionszuschüsse, Redezeiten und Ausschusssitze zu kommen.

1 https://www.puls24.at/news/politik/das-patriotische-manifest-im-wortlaut/333016
2 euractiv.de 11.7.24

1.7. bis 31.12.2024 – Ungarns Vorsitz im Rat

Eva Detscher, Karlsruhe

Ministerpräsident Orbàn als der höchste Regierungsvertreter Ungarns ist somit das Gesicht dieser Ratspräsidentschaft. Orbàns Besuch in Kiew und das Gespräch mit Wolodymyr Selenskyj am 1.7., sein Besuch bei Putin am 5.7., dann am 8.7. die Aufwartung bei Xi Jinping, im Rahmen des Nato-Gipfels in Washington ein Treffen mit Erdoğan und zur Abrundung der Flug nach Florida zu Donald Trump am 12.7. – diese Visiten sind seither Thema auf EU-Ebene, weil Orbàn (zumindest in den sozialen Medien) diese Besuche mit der Funktion als Ratspräsident in Verbindung gebracht hat, was aber von keiner EU-Seite her autorisiert war. Als Regierungschef kann er reisen, wohin er will, solche erwartbaren Provokationen rufen nun erste Reaktionen hervor: in Ungarn finden – entgegen der üblichen Praxis – erst mal keine Sitzungen statt. Die Arbeit der Ratspräsidentschaft sollte durch Orbàns Alleingänge nicht wirklich irritiert werden können, dafür mehrere Gründe:

Erstens ist Ungarn in das 18-Monate-Programm des Dreiervorsitzes (aktuell: Spanien, Belgien, Ungarn) eingebunden, siehe dazu PB 1/24). Zweitens ist die Arbeit des Rats nicht der Willkür eines Vorsitzes ausgeliefert. „Der Rat der Europäischen Union hat keine festen Mitglieder. Er tritt in zehn verschiedenen Konfigurationen zusammen, je nach Politikbereich. Zu diesen Treffen sendet jedes Mitgliedsland den jeweils für das anstehende Thema zuständigen Minister.“ [1] Drittens: „Der Vorsitz erfüllt seine Aufgaben in enger Abstimmung mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik.“ [2]

János Bóka, ungarischer Minister für Angelegenheiten der Europäischen Union, stellte am 18.6.24 die politischen Prioritäten des ungarischen Ratsvorsitzes vor und sagte: „Europa steht vor den gemeinsamen Herausforderungen des Krieges in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, des globalen Wettbewerbs, einer fragilen Sicherheitslage, illegaler Migration, Naturkatastrophen, den Auswirkungen des Klimawandels und der demografischen Lage.“ Sieben Themenbereiche werden die nächsten sechs Monate im Mittelpunkt stehen:

Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigungspolitik der EU, kohärente und leistungsorientierte Erweiterungspolitik, Kohäsionspolitik, Förderung einer an den Landwirten ausgerichteten EU-Agrarpolitik, Bewältigung der demografischen Herausforderungen[2].

1 https://european-union.europa.eu/institutions-law-budget/institutions-and-bodies/search-all-eu-institutions-and-bodies/council-european-union_de

2 https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/presidency-council-eu/

Mauritius fordert von der Kolonialmacht Großbritannien die Souveränität über die Chagos-Inseln

Ulli Jäckel, Hamburg

In einem im Juni der UN vorgelegten Bericht über die Umsetzung des Pakts für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte stellt die Regierung von Mauritius fest: „3. Der Chagos-Archipel, einschließlich Diego Garcia, bildet einen integralen Bestandteil des Territoriums von Mauritius, wie der Internationale Gerichtshof (IGH) in seinem Gutachten vom 25. Februar 2019) zu den rechtlichen Folgen der Abtrennung des Chagos-Archipels von Mauritius im Jahr 1965 verbindlich feststellte. In seinem Gutachten stellte der IGH folgendes fest: (a) Der Entkolonialisierungsprozess von Mauritius war bei seiner Unabhängigkeit im Jahr 1968 angesichts der unrechtmäßigen Abtrennung des Chagos-Archipels von Mauritius nicht rechtmäßig abgeschlossen; (b) Das Vereinigte Königreich ist verpflichtet, seine Verwaltung des Chagos-Archipels so schnell wie möglich zu beenden; (...) 6. Die illegale Abtrennung des Chagos-Archipels beinhaltete auch die gewaltsame Vertreibung der zu dieser Zeit im Archipel ansässigen Mauritier („Chagossianer“) durch das Vereinigte Königreich unter völliger Missachtung ihrer Menschenrechte. Die meisten Chagossianer wurden nach Mauritius umgesiedelt.“

Mauritius war von 1638 an holländische Kolonie – der Namensgeber war Prinz Mauritz von Nassau. Seit 1715 war es als „Ile de France“ in französischem Besitz, und die Chagos-Inseln, auf denen Copra- und Kokosölplantagen mit Sklaven aus Afrika betrieben wurde, wurden von Mauritius aus verwaltet. 1814 kamen die Inseln durch den Pariser Friedensvertrag nach den Napoleonischen Kriegen an Großbritannien, das die Sklavenwirtschaft bis 1835 weiterführte, auch nach der „Emanzipation“ arbeiteten die Inselbewohner unter quasifeudalen Verhältnissen bei den Plantagengesellschaften, die von Mauritius aus kontrolliert wurden.

Zu Beginn der sechziger Jahre verstärkte sich auch auf Mauritius das Streben nach Unabhängigkeit von der Kolonialherrschaft, u.a. unter Berufung auf die UN-Resolution 1514 (XV), die den Kolonialländern und Völkern das Recht auf Unabhängigkeit gewährt. 1965, während sie mit den Vertretern Mauritius verhandelte, erklärte die britische Regierung die Chagos-Inseln einseitig zum „British Indian Ocean Territory“ (BIOT), was in der UN-Vollversammlung und im Spezialausschuss für Dekolonisierung der Vollversammlung sogleich kritisiert wurde. Die Vertreter von Mauritius wurden von der britischen Regierung erpresst: Sie sollten der Abtrennung zustimmen, oder um die Zustimmung zur Unabhängigkeit fürchten müssen.

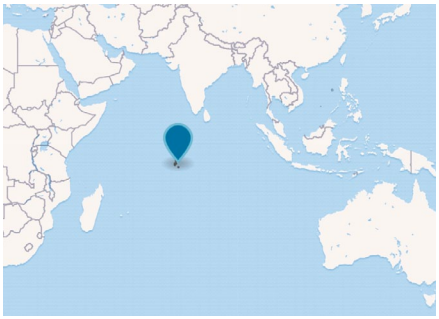
1966 verpachtete Großbritannien das größte der Atolle, Diego Garcia, für 50 Jahre an die USA (inzwischen bis 2036 verlängert), die darauf einen Militärstützpunkt errichteten.

Um dies zu ermöglichen, wurden die Bewohner der Inseln zwangsumgesiedelt nach Mauritius und den Seychellen, wo sie in Armut und diskriminiert leben, ein Teil von ihnen zog in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach Großbritannien, wo sie bis heute um das Rückkehrrecht und angemessene Entschädigung kämpfen. Die kolonialistische Arroganz der Briten wird in dem ICJ vorgelegten Dokumenten deutlich: „Wir müssen hier mit Sicherheit sehr hart vorgehen. Ziel der Aktion war es, einige Felsen zu bekommen, die uns gehören werden; es wird keine einheimische Bevölkerung geben, außer Möwen, für die es noch keinen Ausschuss gibt (der Ausschuss für den Status der Frau befasst sich nicht mit den Rechten von Vögeln).“ In einer handschriftlichen Notiz des ständigen Staatssekretärs im britischen Außenministerium heißt es: „Unglücklicherweise gehen mit den Vögeln auch ein paar Tarzans oder Freitagsmenschen verloren, deren Herkunft unklar ist und die man hoffnungsvoll nach Mauritius etc. weiterwünscht.“

Von Diego Garcia aus starteten US-Flugzeuge seinerzeit zu Bombardements im Irak und in Afghanistan. In einem Gefängnis auf der Insel wurden 2002 und 2003 Terrorverdächtige inhaftiert und gefoltert, was nicht nur der USA, sondern auch Großbritannien internationale Kritik einbrachte, weil sich herausstellte, dass es Mitbetreiber der Einrichtung war. Großbritannien und die USA weigern sich außerdem, das Gebiet in den Geltungsbereich des Vertrages von Pelindaba (der afrikanischen atomwaffenfreien Zone) einzubeziehen, zu der es völkerrechtlich aufgrund der Zugehörigkeit Mauritius zur Afrikanischen Union gehören würde.

Die deutsche Fregatte „Bayern“ legte 2021 auf ihrer Reise in den Indopazifik einen Bunkerstopp auf Diego Garcia ein, was zu einer Kleinen Anfrage der Linksfraktion im Bundestag führte.

Seit den 1980er Jahren versucht das seit 1968 unabhängige Mauritius die Souveränität über den Chagos-Archipel wieder zu erlangen. In einem Gutachten stufte der Internationale Gerichtshof (IGH) 2019 den Anspruch Londons auf den



Karte: https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Chagos_Archipelago?uselang=de#/map/0/9/-6.2962/72.0016

Archipel als völkerrechtswidrig ein und rief die UN-Mitgliedstaaten dazu auf, an der Dekolonisierung mitzuwirken. Eine mit großer Mehrheit verabschiedete Resolution der UN-Generalversammlung forderte daraufhin den Rückzug der „kolonialen Verwaltung“. Die meisten europäischen Staaten enthielten sich ihrer Stimme, darunter auch Deutschland. Das Gutachten und die Resolution sind zwar rechtlich nicht bindend. Sie haben jedoch auf normativer Ebene durchaus Signalwirkung. 2021 schloss sich der Internationale Seegerichtshof (ISGH) in Hamburg in einem Urteil der Einschätzung des IGH an.

Unter dem Eindruck der andauernden Proteste der in England lebenden Ilois (Chagossianer) und der internationalen Kritik erklärte sich der britische Außenminister Cleverly 2022 bereit, mit Mauritius über die Übertragung der Souveränität über die Inseln und das Rückkehrrecht der Inselbewohner zu verhandeln. Bereits 2000 und 2006 hatte der britische Oberste Gerichtshof ihre Umsiedlung für illegal erklärt. Konservative Thinktanks und unter anderem Boris Johnson feuerten daraufhin aus allen Rohren gegen die Rückgabe der Souveränität und das Rückkehrrecht mit der Begründung, dies könne zu einer Übergabe der Inseln als Stützpunkt für China führen. Der Nachfolger Cleverlys, Lord Cameron, ruderte daraufhin zu Beginn des Jahres zurück. Er erklärte vor dem Auswärtigen Ausschuss, dass die Rückführung der Ilois nicht möglich sei, und dass Diego Garcia „ein wichtiges nationales Gut (sei), das wir mit den Amerikanern teilen. Bei allen Verhandlungen, die wir mit den Mauritiern führen, müssen die Sicherheit und Nutzbarkeit dieser Basis die wichtigste Frage sein.“

Es wird spannend sein, wie sich die Labour-Regierung in dieser Frage verhalten wird. Der damalige Labour-Vorsitzende Corbyn hatte 2019 erklärt, es sei wichtig, die Inseln zurückzugeben lkerrecht verhalten wollen“. Er fügte hinzu: „Ich freue mich darauf, in der Regierung zu sein, um eines der Unrechte der Geschichte wiedergutzumachen.“

Papua-Neuguinea: Erdrutschkatastrophe – örtlich – staatlich – international

Vor wenigen Wochen – am 23. Mai 2024 – ereignete sich in Papua-Neuguinea (PNG) in der Provinz Enga in und um Yambali in sechs Dörfern ein Erdrutsch mit schwersten Auswirkungen. Bis zu acht Meter Schutt und Erde begruben Menschen, Häuser und Ackerland, beschädigten eine wichtige Zugangsstraße und brachten eine naheliegende Brücke zum Einsturz. In PNG mit einem der feuchtesten Klimas der Welt, hatte seit mehreren Wochen die beginnende äquatoriale Regenzeit durch heftige Regenfälle Sand und Gestein völlig aufgeweicht. Auch Vulkanausbrüche und Erdbeben, Wirbelstürme und Dürreperioden machen dieses im westlichen Südpazifik auf dem sogenannten pazifischen Feuerring gelegene Land zu einem „bevorzugten" Ort für Klima- und Naturkatastrophen. Es steht daher auf der Weltrangliste der klimagefährdeten Länder auf Platz zehn.

Edda Lechner, Norderstedt

Am 28. Mai, fünf Tage nach dem Erdrutsch, als so gut wie niemand mehr mit Überlebenden unter den Schutthalden rechnen konnte, schätzte das „Nationale Katastrophenzentrum" die Verluste auf 2 000 Menschen und auf 150 zerstörte Häuser ein. Die Vereinten Nationen sprachen von einer Zahl von 7.840 Menschen, die insgesamt in diesem Gebiet Schaden erlitten hatten, bzw. davor geflohen waren. Unter ihnen sollen sich eine besonders hohe Zahl von Kindern – etwa 3300 – befunden haben. 220 Menschen wurden auf Grund schwerer Verletzungen behandelt und nur elf Leichen konnten überhaupt von den Rettungskräften geborgen werden.

Eine genaue Schätzung und damit verbunden auch eine gezielte Hilfe konnte nur schwer erreicht werden. Das hat verschiedene Gründe. In PNG hat es seit 2000 keine glaubwürdige Volkszählung mehr gegeben. Bekannt ist nur, dass in diesem gefährdeten Gebiet nach Untersuchungen von 2022 ca. 90 % der Bevölkerung – wie auch sonst in Neuguinea – als Subsistenzbauern leben. Diese betreiben Landwirtschaft, halten Gemüsegärten und züchten Vieh. Nur ganz wenige BürgerInnen finden eine bezahlte Lohnarbeit, die dazu geeigneten wenigen Städte befinden sich fast ausschließlich in den entfernten Küstenregionen. Wir berichteten in den Politischen Berichten (6/2023) von den bewussten Versuchen der Regierung PNGs unter ihrem Präsidenten James Marape, sich in Zusammenarbeit mit der „Asiatischen Entwicklungsbank" (ADB) in den Häfen von Wewak und Vanino, eine neue wirtschaftliche Existenz und neue Arbeitsmöglichkeiten in Form einer „Freihandelszone" für den Export von Palmöl, Kakao, Fisch, Rinder und Reis aufzubauen. Eine neue lukrative Fischindustrie wurde mit den Philippinen, Indonesien und Südkorea abgesprochen. Aber natürlich bedürfen diese Vorhaben alle einer längeren Entwicklung.

Vielfältige Ursachen für den Erdrutsch in Enga

Die gegenwärtigen landwirtschaftlichen Flächen sind in Neuguinea zu 97 % in privater Hand sie gehören kleinen Bauern und ihren Stämmen. Dem Staat unterstehen für eine geordnete Kontrolle – so z.B. auch für entsprechende klimatische Schutzmaßnahmen – und vor allem für gezielte Investitionen in den Anbau neuer Pflanzen nur 3 % der landwirtschaftlichen Produktion. Diese Form der Privatwirtschaft führt nun vermehrt zu Konflikten untereinander. Denn die ländliche Produktion ist keineswegs in der Lage, die notwendige Ernährung der Bevölkerung sichern zu stellen. 40 % der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze, mit einem Brutto-Inland-Produkt pro Kopf von nur 3005 US-Dollar (vgl. Deutschland mit 50 795 Dollar). Und das ist neben den geo-ökologischen Ursachen ein weiterer Grund für das verwirrende Ausmaß der Katastrophe. 2024 lösten steuerbezogene Proteste in den Hochlandprovinzen heftige Gewaltaktionen aus, mit einer unbekannten Zahl von Toten und Verletzten. In der vom Erdrutsch betroffenen Provinz Enga fand drei Monate zuvor ein heftiger Konflikt in der Stadt Wabag statt, dem etwa 50 Menschen zum Opfer fielen. Dabei wurden sowohl landwirtschaftliche Flächen zerstört als auch zahlreiche Menschen vertrieben. Straftaten, Diebstähle und Vertreibungen von Personengruppen sind also an der Tagesordnung. Dabei spielen auch sexuelle und personenbezogene Angriffe gegen Frauen und Kinder eine große Rolle. Ähnliches wird auch immer wieder aus anderen Staaten des Pazifiks berichtet und ist sicher auf alte patriarchalische Stammesstrukturen zurückzuführen. Für Enga und die Umgebung von Yambali wird allein in letzter Zeit mit 20 000 Binnenvertriebenen gerechnet. Sie flüchten meistens zu ihren Verwandten, den Mitgliedern ihres Stammes oder in staatlich eingerichtete behelfsmäßige Unterkünfte. Sie alle waren – ungezählt, vertrieben und verfolgt – schwer identifizierbare und nicht auffindbare Opfer dieser Umwelt-Katastrophe.

Positiv verzeichnet werden kann die große internationale Unterstützung, die nach der Katastrophe stattfand. Durch diverse Organisationen der Vereinten Nationen, z.B. Organisation für Migration (IOM), Entwicklungsorgan (UNDP), Kinderhilfswerk(Unicef), UNWomen und das UN-Länderteam (UNCT), sowie verschiedene Hilfsorganisationen des Roten Kreuzes und des Roten Halbmond. Auch die bekannten Nichtregierungsorganisationen wie die Entwicklungszusammenarbeit CARE und Save The Children boten ihre Hilfe an. Ländergebundene amerikanische, französische und indische Regierungen entsandten Hilfskonvois mit Ingenieuren, Technikern und Ärzten. Aber auch Hubschrauber, z.B. von dem im Land stationierten amerikanischen Militär, waren im Einsatz. Sie alle sorgten für sauberes Wasser, das durch den Erdrutsch in der Umgebung total verschüttet wurde und lieferten notwendige Lebensmittel, Kleidung, Medikamente und Unterkünfte. Zuvor hatte das „Nationale Katastrophenzentrum" von PNG ganz offiziell bei der UN ein Ersuchen für internationale Hilfe eingereicht.

Von Australiens Präsidenten gab es das Angebot für einen schnellen Flugzeugeinsatz, was für diese Art von Umweltkatastrophe allerdings nur logistisch genutzt werden konnte. Den Verschütteten konnte nur geholfen werden, wenn sie – bekanntlich innerhalb von drei Tagen – vor Ort per Hand und Schaufel und per Ohr gefunden und ausgegraben wurden. Aber für die zahlreichen aus dem Gebiet vertriebenen und geflohenen Menschen und für PNG insgesamt waren sie eine große Hilfe. Der zuständige Außenminister Tkatchenko bedankte sich abschließend besonders bei der Regierung Australiens für die geleistete Hilfe und die zur Verfügung gestellte Summe in Höhe von 2,5 Millionen US-Dollar. Die Stärke der guten Beziehungen zwischen den beiden geografisch besonders nahegelegenen Ländern beruhe vor allem darauf, so der australische Premierminister Marles, dass PNG dieses Land zwei Jahre zuvor beim dortigen Waldbrand ebenfalls vorbildlich unterstützt hatte.

Der bisherige Eindruck, dass die Länder des Pazifiks, wie sie stets auf den weltweit stattfindenden Klimakonferenzen betonen, die Katastrophen ausbaden müssen, die die westliche Welt durch ihre hohen CO_2-Emissionen verursacht hat, muss im Blick auf diese Erdrutsch-Katastrophe revidiert werden. Denn überall auf der Erde gibt es eine ganze Reihe von vielfältigen – auch selbst verschuldeten – Ursachen für solche Umwelt-Katastrophen. Ob im Ahrtal oder in der Provinz Enga. Und gegen die müssen überall auf der Welt in allen Ländern notwendigerweise dringende eigene Maßnahmen ergriffen und gegenseitige Unterstützung geleistet werden.

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen. Anfang Juli hat die Bundesregierung den Gleichwertigkeitsbericht 2024 vorgelegt, der den Sachstand und die Fortschritte zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse transparent machen soll. Demnach soll es Fortschritte bei der Annäherung der Lebensverhältnisse in verschiedenen Bereichen geben, wie der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Arbeitslosenquote, der Lebenserwartung sowie der medizinischen Versorgung und Ganztagsbetreuung. Trotzdem bestehen weiterhin deutliche regionale Unterschiede, was sich in einem weiter steigenden Bevölkerungsrückgang in strukturschwächeren Räumen ausdrückt. Mit einem sog. „Gleichwertigkeits-Check" sollen demnächst die Auswirkungen neuer Gesetze auf die Lebensverhältnisse in verschiedenen Regionen geprüft werden. Wir dokumentieren aus den spärlichen Stellungnahmen dazu und aus weiteren Stellungnahmen, die darauf hindeuten, dass die regionalen Ungleichheiten eher zunehmen könnten. So erwarten die Kommunen riesige Defizite in den nächsten Jahren, was die durch Strukturwandel jetzt schon überschuldeten Kommunen ungleich härter treffen wird. Insofern ist es nicht nachvollziehbar, dass die Finanzsituation der Kommunen in dem Bericht nur indirekt vorkommt.

Da auch die Krise der sozialen Infrastruktur weiter zunimmt (s. dazu auch die Seiten 18 und 19), ist zu befürchten, dass nicht nur die Ungleichheiten zunehmen werden, sondern das Niveau insgesamt sinken wird.

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände

Deutscher Städtetag · Deutscher Landkreistag · DStGB Deutscher Städte- und Gemeindebund

Kommunalfinanzen 2022 bis 2027 in den Flächenländern

Einnahmen/Ausgaben	*2022*	*2023*	*2024*	*2025*	*2026*	*2027*
	in Milliarden Euro					
	Änderungen zum Vorjahr in %					
Einnahmen [2]	306,55	327,10	339,7	351,7	362,0	373,0
	6,1	*6,7*	*3,9*	*3,5*	*2,9*	*3,0*
Ausgaben [2]	304,40	333,25	352,9	365,5	376,3	385,1
	6,4	*9,5*	*5,9*	*3,5*	*3,0*	*2,3*
darunter: Finanzierungssaldo	2,15	-6,15	-13,2	-13,8	-14,4	-12,1

1) Für die Jahre 2024 bis 2027 Schätzung auf Basis einer gemeinsamen Umfrage der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und der Steuerschätzung von Mai 2024 sowie Daten aus dem Arbeitskreis Stabilitätsrat. Differenzen in den Summen durch Rundungen möglich.

2) Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (insbesondere Schuldenaufnahmen u. -tilgungen, Rücklagenentnahmen u. -zuführungen, Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren), ohne kommunale Krankenhäuser.

Prognose der kommunalen Spitzenverbände und eigene Zusammenstellung und Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

*TABELLE GEKÜRZT

*** Tabelle gekürzt.** Vollständig (mit Ausgabe-/Einnahmearten) bei: **www.landkreistag.de/images/stories/themen/Kreisfinanzen/240702_Prognose_2024_Tabelle.pdf**

Kommunalen Haushalten droht Rekorddefizit

staedtetag.de Die finanzielle Lage der Kommunen verschlechtert sich rapide und läuft auf eine bislang nicht gekannte Defizithöhe zu. Im vergangenen Jahr mussten die kommunalen Haushalte bereits eine Verschlechterung ihrer Finanzlage um 8 Milliarden Euro und ein Defizit von 6,2 Milliarden Euro hinnehmen. Im laufenden Jahr verdoppelt sich das Defizit voraussichtlich auf eine Rekordhöhe von 13,2 Milliarden Euro. Auch in den Folgejahren wird das Defizit auf einem ähnlichen Niveau verharren. Das geht aus der aktuellen Prognose des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für die Kommunalfinanzen bis zum Jahr 2027 hervor.

Zu den heute veröffentlichten Prognosedaten zur kommunalen Finanzlage sagten die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände Oberbürgermeister Markus Lewe (Deutscher Städtetag), Reinhard Sager (Deutscher Landkreistag) und Dr. Uwe Brandl (Deutscher Städte- und Gemeindebund): „Die Kommunalfinanzen sind in einer dauerhaften Schieflage. Wir brauchen dringend einen größeren Anteil an den Gemeinschaftssteuern. Außerdem muss endlich Schluss damit sein, dass Bund und Länder die Aufgaben der Kommunen immer mehr ausweiten, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen." Neue Investitionen können unter diesen Vorzeichen praktisch nicht mehr beschlossen werden. Vielmehr ist ab dem Jahr 2025 mit einem immer stärkeren Rückgang der kommunalen Investitionen zu rechnen. Es ist offensichtlich, dass die Kommunen in den kommenden Jahren bei weitem nicht so in Klimaschutz, Klimaanpassung, Energie- oder Verkehrswende investieren können, wie es notwendig wäre. Und auch die bestehende Infrastruktur werden die Kommunen unter diesen Vorzeichen kaum instand halten können. Der heute schon besorgniserregende kommunale Investitionsrückstand von 186 Milliarden Euro wird weiter anwachsen. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zunehmend. Die Prognose zeigt: Die Ausgabenseite wächst, ohne dass die Kommunen darauf einen wesentlichen Einfluss haben. Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände machten deutlich: „Die immer weiter steigenden Ausgaben der Kommunen sind nicht allein der Inflation geschuldet. Gerade im Sozialbereich führen steigende Fallzahlen sowie neue von Bund und Ländern beschlossene Rechtsansprüche zu wachsenden Ausgaben. Wir sehen zudem mit großer Sorge, dass Bund und Länder ihre Haushalte entlasten, indem sie die Kommunen faktisch zwingen, als Ausfallbürgen einzuspringen. Beispiele sind die unzureichende Krankenhausfinanzierung, das unterfinanzierte Deutschland-Ticket oder die langfristig ungeklärte Finanzierung der Wärmewende." Wenn sich nichts ändert, sind die Zeiten weitgehend ausgeglichener Kommunalhaushalte vorbei. Defizite, Nothaushalte und harte Konsolidierungsdiskussionen sind vielerorts die neue Realität in den Rathäusern und Landratsämtern. Die Defizite steigen so rasant, weil viele einzelne Ursachen zusammentreffen: eine Inflation, die sich stärker auswirkt als erwartet, steigende Fallzahlen im Sozialbereich, steigende Kosten im Sozialbereich (zum Beispiel Kosten der Unterkunft aufgrund der Wohnungsmarktkrise) oder Unterstützungsleistungen für kommunale Unternehmen (zum Beispiel aufgrund der unzureichenden Krankenhausfinanzierung). Hinzu kommt der historisch höchste Tarifabschluss auf kommunaler Ebene aus dem vergangenen Jahr.

www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2024/kommunen-droht-rekorddefizit-bund-und-laender-muessen-in-der-oeffentlichen-finanzpolitik-umsteuern

Gleichwertigkeit ohne ÖPNV Illusion

verdi.de „Im Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung, der seit heute vorliegt, ist die Krise des ÖPNV unübersehbar", kritisiert Christine Behle, stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi). Nur die Hälfte der Bevölkerung hält laut dem Bericht das ÖPNV-Angebot vor Ort für ausreichend. „Von einem attraktiven ÖPNV sind die meisten Menschen in diesem Land in vielen Regionen abgeschnitten", so Behle. Schon heute sei der kommunale ÖPNV nicht ausreichend finanziert. Weil zudem Geld für attraktive Arbeitsbedingungen fehle, fänden die Unternehmen nicht genügend Personal und müssten Verkehre reduzieren.

„Außerdem wird auch der zur Bekämpfung des Klimawandels notwendige ÖPNV-Ausbau auf die lange Bank geschoben, weil das Geld fehlt“, so Behle weiter. Bund und Länder hätten im Jahr 2021 einen Ausbau- und Modernisierungspakt zugesagt, um die ÖPNV-Finanzierung sicherzustellen. Wie wenig die Bundesregierung noch auf den ÖPNV setze, zeige sich auch dran, dass er im Bericht sonst keine Rolle spiele. Überall, wo es im Bericht um die Erreichbarkeit von Möglichkeiten zum Einkaufen, zur Bildung, zur medizinischen Versorgung gehe, werde nur auf die Entfernung zum Wohnort in Autominuten abgestellt. „Das Auto ist für die Bundesregierung der Maßstab für die Teilhabe an unserer Gesellschaft, obwohl mehr als ein Drittel der Menschen gar keinen Führerschein besitzt, geschweige denn ein Auto. Wenn es um gleichwertige Lebensverhältnisse geht, ignoriert die Bundesregierung jeden dritten Menschen in diesem Land“, so Behle. Dabei sei klar: „Gleichwertigkeit ohne ÖPNV wird eine Illusion bleiben.“

www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++8e8ff9d0-3956-11ef-899d-734232793aba

Genossenschaften fördern den ländlichen Raum

www.raiffeisen.de Anlässlich der gestrigen Veröffentlichung des ersten Gleichwertigkeitsberichts der Bundesregierung betont DRV-Hauptgeschäftsführer Jörg Migende klar die Rolle der Genossenschaften im ländlichen Raum: „Der ländliche Raum ist kein Wirtschaftsraum zweiter Klasse. Daher ist es zu begrüßen, dass das Wirtschaftsministerium mit seinem Gleichwertigkeitsbericht ein starkes Plädoyer zum ländlichen Raum abgibt. Damit es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt, muss die Infrastruktur dort gestärkt und nachhaltig ausgebaut werden.

Ein drängendes Problem für die strukturschwachen Regionen ist die zunehmende Abwanderung. Diese kann nur gestoppt werden mit attraktiven Arbeitsplätzen und Lebensverhältnissen. Unsere Genossenschaften sind der leistungsstarke Motor für den ländlichen Raum. Sie sorgen durch ihre tägliche Arbeit für ein wirtschaftlich wie gesellschaftlich stabiles Umfeld. Denn: Sie sind Energielieferant, Baustoffhändler, Lebensmittelproduzent sowie bedeutender Arbeitgeber und Ausbilder. Kurzum: Genossenschaften sind unverzichtbarer Teil der Wertschöpfungskette im ländlichen Raum.

Damit sie ihre Aufgabe bestmöglich erfüllen können, dürfen sie nicht mit unnötiger Bürokratie belastet werden. Die Politik darf den Unternehmen mehr vertrauen und sollte sie ihren Job machen lassen. Außerdem brauchen sie gute und verlässliche Rahmenbedingungen: Dazu gehören eine leistungsstarke digitale Infrastruktur in allen Regionen Deutschlands und bedarfsgerechte Mobilitätskonzepte. Wichtig für unsere Genossenschaften ist es, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturinvestitionen beschleunigt und wirksam verkürzt werden. Und nicht zuletzt müssen verschlissene Verkehrswege, baufällige Brücken und marode Schleusen endlich der Vergangenheit angehören.

www.raiffeisen.de/genossenschaften-foerdern-den-laendlichen-raum-politik-und-genossenschaften-sollten-hand-hand

Koalition geht in die Sommerpause und vergisst die Kinder!

volkssolidaritaet.de Bündnis aus 20 Verbänden und 13 Wissenschaftler*innen ist erschüttert, dass die Bundesregierung sich zu keiner echten Kindergrundsicherung für arme Kinder durchringen kann. Seit Monaten hängt der Gesetzentwurf zur Kindergrundsicherung im Bundestag fest. Dabei wurde die ursprüngliche Reformidee in der Koalition sowieso schon gemeinsam auf eine Schmalspurversion heruntergeköchelt. An ausreichenden Leistungshöhen für Kinder fehlt es im aktuellen Gesetzentwurf hingegen weiterhin gänzlich. Die Neuberechnung des sogenannten „kindlichen Existenzminimums“ geht man weiterhin nicht an. Susanna Karawanskij, Präsidentin der Volkssolidarität, ergänzt: „Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Bundesregierung gezielt in Kinder, Jugendliche und deren Zukunft investiert. Eine armutsfeste Kindergrundsicherung ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der klugen ökonomischen Weitsicht. Wenn wir heute in unsere Kinder investieren und ihnen die gleichen Chancen ermöglichen, verhindern wir langfristig hohe Folgekosten, die durch Kinderarmut entstehen. Nur so können wir eine gesunde und produktive Gesellschaft sicherstellen, die allen gleichermaßen zugutekommt.“

www.volkssolidaritaet.de/pressemitteilungen/koalition-geht-in-die-sommerpause-und-vergisst-die-kinder/

Bündnis für Gute Pflege fordert Sicherung der Pflege

Anlässlich des heutigen Kabinettsbeschlusses über den Bericht der Bundesregierung für eine zukunftssichere Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung fordern die im Bündnis zusammengeschlossenen Organisationen Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Pflege an. Die Bundesregierung muss handeln. Der vorgelegte Bericht zeigt, dass es keinen Mangel an Ideen zur Finanzierung der Pflege gibt. Es mangelt an politischer Umsetzung. Genau wie schon ihre Vorgängerregierungen droht auch diese Bundesregierung die Entscheidung um die Pflegefinanzierung auf die nächste Legislatur zu verschieben. Das schafft kein Vertrauen in die Lösungsfähigkeit der Politik. Die Lage ist ernst. Das zeigt die aktuelle Finanzsituation der Pflegekassen, die rasant steigenden finanziellen Eigenanteile für pflegebedürftige Menschen und die wachsende Pflegetätigkeit von An- und Zugehörigen.

Die Regierung muss jetzt ins Handeln kommen. Um die Finanzsituation der Pflegeversicherung kurzfristig zu stabilisieren, muss die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag ausgehandelten Maßnahmen zügig umsetzen. Besonders wichtig sind die angekündigten Bundeszuschüsse zu versicherungsfremden Leistungen und gesamtgesellschaftlichen Aufgaben.

Zum Hintergrund: Das Bündnis für Gute Pflege ist ein Zusammenschluss von 25 bundesweit aktiven Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Berufsverbänden sowie Selbsthilfeorganisationen mit über 14 Millionen Mitgliedern. Weitere Informationen finden Sie hier: www.buendnis-fuer-gute-pflege.de

https://www.volkssolidaritaet.de/pressemitteilungen/buendnis-fuer-gute-pflege-fordert-sofortmassnahmen-der-bundesregierung-zur-sicherung-der-pflege/

Gleichwertigkeitsbericht kein Grund zur Freude

dielinkebt.de „Allem Schönreden durch Minister Habeck und Ministerin Faeser zum Trotz: Der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung ist kein Grund zur Freude, sondern sollte die Alarmglocken schrillen lassen“, kommentiert Heidi Reichinnek, Vorsitzende der Gruppe Die Linke im Bundestag, die heutige Vorstellung des Gleichwertigkeitsberichts. Reichinnek weiter: „Dass sich die wirtschaftliche Situation in denjenigen Regionen mit höchstem Förderbedarf minimal positiver entwickelt hat, als im Rest der Republik ist nahezu die einzige gute Nachricht, die Robert Habeck und Nancy Faeser heute präsentieren. Doch lassen sie bei dieser Statistik bewusst die nominale Stärke der Wirtschaft außen vor und sprechen nur von relativem Wachstum. Und genau dieses Wachstum steht nun auf dem Spiel, denn es ist nur durch entsprechende Investitionen möglich. Nicht neu ist die Unzufriedenheit in allen möglichen Lebensbereichen. Probleme bei der Wohnungssuche werden von über 80 % der Menschen genannt. Mit der Situation des ÖPNV, der Schulen und Kitas sind jeweils rund 60 % unzufrieden und fast die Hälfte der Befragten hat das Gefühl, dass sich die Gesundheitsversorgung in den letzten fünf Jahren verschlechtert habe.“

www.dielinkebt.de/presse/pressemitteilungen/detail/gleichwertigkeitsbericht-kein-grund-zur-freude/

Hagenbecks Tierpark noch ohne Tarifvertrag

In Hamburgs privatem Tierpark Hagenbeck wurde im September 2023 vier Wochen für einen Rahmentarifvertrag gestreikt (s.a. www.linkekritik.de/fileadmin/pb2023/pb23-05-i.pdf). Ein Abschluss wurde noch nicht erreicht. Seit Jahren weigert sich die Geschäftsführung, mit der Gewerkschaft zu verhandeln, obwohl 90 der 160 Beschäftigten Mitglied der IG BAU sind.

Gaston Kirsche, Hamburg

„Der Streik ist unterbrochen", erläutert der Gewerkschaftssekretär Dirk Johne im Gespräch jetzt im Juli mit dem Autor. „Wir haben letztes Jahr vier Wochen durch- gestreikt, aber die Geschäftsführung hat sich überhaupt nicht bewegt", so der stellvertretende Regionalleiter Nord der IG BAU: „Die haben die Gehälter jetzt wohl ein bisschen angehoben, angeblich hat niemand weniger als 15 Euro die Stunde. Ob das wirklich so ist, weiß ich nicht, jeder hat ja seinen individuellen Arbeitsvertrag."

Ohne Tarifvertrag gibt es keinen festen Rahmen für die Gehälter – die gleiche Arbeit kann unterschiedlich bezahlt werden, Urlaubstage, Zulagen, Arbeitszeiten – alles individuell vereinbart. Und auch der Betriebsrat kann sich nicht darauf verlassen, seinen Aufgaben und Pflichten ohne Störungen nachkommen zu können. Bei einem Gütetermin vor dem Arbeitsgericht Hamburg am 11. April ging es um die erneute Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden Thomas Günther durch die Geschäftsleitung in Person von Dr. Dirk Albrecht, Geschäftsführer der „gemeinnützigen Tierpark GmbH". Der Tierpark Hagenbeck ist der einzige Großzoo Deutschlands, der in privater Hand ist und keinen Tarifvertrag hat. Und einen selbstbewussten Betriebsrat, der der Kündigung seines Vorsitzenden widersprochen hat, weshalb der Vorgang vor dem Arbeitsgericht gelandet ist. Die Richterin empfahl eine Mediation.

Sollte die keine Einigung bringen, wurde ein Kammertermin vor dem Arbeitsgericht für den 2. September festgesetzt. Der Anlass der Kündigung: „Mir wird vorgeworfen, dass ich als Mitarbeiter und Vorsitzender des Betriebsrats für mich und für den Betriebsrat gegen den Geschäftsführer Herrn Dr. Dirk Albrecht, wegen des Verdachts des Betruges gemäß Paragraf 263 StGB Anzeige erstattet haben soll", so Thomas Günther im Gespräch mit dem Autor. Dabei wurde die Strafanzeige wegen möglicher Fehler beim Corona-Kurzarbeitergeld 2022 durch den Betriebsrat gestellt und Thomas Günther erstattete die Anzeige in seiner Funktion als Betriebsratsvorsitzender. „Ich nehme meine Rolle als Betriebsrat sehr ernst, zu der es auch gehört, die Einhaltung der zugunsten der Arbeitnehmer geltenden Gesetze zu überwachen", so Thomas Günther: „Dabei kann es vorkommen, dass wir als Betriebsrat Entscheidungen treffen, die dem Arbeitgeber nicht zusagen." Der Betriebsratsvorsitzende wird von seinen Betriebsratskolleginnen und Kollegen „herausragend unterstützt", wie er betont: „Wir sind ein großartiges Team, das auch schon eine Menge für die Belegschaft erreicht hat."

Als im September 2023 die Staatsanwaltschaft Hamburg das aufgrund der Anzeige des Betriebsrates eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen den Geschäftsführer Dr. Albrecht einstellte, drohte dessen Strafverteidigers Otmar Kury öffentlich mit Konsequenzen – die Strafanzeige des Betriebsrats sei „mit falschen Verdächtigungen überladen" gewesen, erklärte er der Zeitung „Hamburger Abendblatt". Wenig später folgte die Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden.

Aber die Beschäftigten, die seit mehr als zwei Jahren für tarifvertragliche Regelungen kämpfen, und ihr Betriebsrat erfahren Unterstützung aus den Gewerkschaften. Am 1. Juli haben die DGB-Gewerkschaften aus Hamburg eine Solidaritätsaktion für die Beschäftigten gemacht. Unterstützung vor Ort gab es auch durch die Grünen, die Linke und die SPD.

Auch Hamburgs DGB-Vorsitzende war vor Ort und hielt eine kämpferische Rede. „Die Geschäftsführung von Hagenbecks Tierpark versucht, die Beschäftigten, die für einen Tarifvertrag kämpfen und für gute Arbeitsbedingungen einstehen, zu spalten", betont Tanja Chawla im Gespräch mit dem Autor.: „Wir haben am Samstag deutlich gemacht, dass das inakzeptabel ist und dass sich die Kolleg*innen auf die volle Solidarität der gesamten Gewerkschaftsfamilie verlassen können."

Gegenüber der „Hamburger Morgenpost" erklärte Andreas Kilian, Anwalt des Betriebsrates, im Juli, in seiner Kanzlei seien „alleine in diesem Jahr bereits 43 Aktenzeichen in Sachen Hagenbeck angelegt" worden: „es geht um Dienstpläne, die Arbeitszeit, Mitbestimmungsrechte, Urlaube, Kündigungen und die Arbeitsbedingungen insgesamt". Fast alle Konflikte der Geschäftsführung mit Beschäftigten gehen vor Gericht. Das Klima im Betrieb ist entsprechend.

Die Beschäftigten von Hagenbeck, ihr Betriebsrat, ihre Gewerkschaft – sie sind bei der Durchsetzung eines Rahmentarifvertrags auf Solidarität gegen das selbstherrliche Agieren der Geschäftsführung angewiesen.

Gleichzeitig mit der Europawahl fanden am 9. Juni auch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Kommunalwahlen statt.

Die Ergebnisse für Die Linke lagen im bundesweiten Trend, außer in Mainz. Dort gewann Die Linke dazu.

Im Folgenden drei Artikel zu den Wahlergebnissen aus Stuttgart, Mainz und Mannheim.

Stuttgart: Grüne nicht mehr auf Platz eins

Alfred Küstler, Stuttgart

Bei der Gemeinderatswahl in Stuttgart gewann die CDU im Vergleich zu 2019 vier Prozentpunkte dazu und wurde mit 23,4 % die Partei mit den meisten Stimmen und einem Plus von zwei Mandaten. Die CDU kam damit wieder vor die Grünen, die mit einem Minus von 3,4 Prozentpunkten auf 22,9 Prozent kamen und zwei Mandate verloren haben. Die SPD konnte die Zahl ihrer Mandate halten und erreichte 11,1 Prozent (minus 0,5). Alle anderen Listen kamen auf weniger als zehn Prozent der Stimmen, insgesamt sind 14 Listen im Gemeinderat vertreten. Neben CDU, Grünen und SPD haben die AfD mit fünf sowie FDP und Freie Wähler mit je vier Mandaten die Mindestzahl für eine Fraktion erreicht; die Linke hat drei, SöS (S21-Gegner) und Volt je zwei Mandate, alle anderen sind mit einem Einzelstadtrat vertreten (Die Partei, Klimaliste, Stuttgarter Liste, Stadtisten, Tierschutz).

Wie schon in den beiden vorigen Wahlperioden werden sich die Einzelstadträte anderen anschließen, um mit einer Fraktion in den Ausschüssen vertreten zu sein: Volt geht zur SPD, Linke und SöS werden wie schon seit 2009 zusammengehen, eventuell mit dem Tierschutz. Die frühere Linken-Fraktionsvorsitzende Laura Halding-Hoppenheit, die für die Stuttgarter Liste gewählt wurde, wechselt das Lager und geht zu den Freien Wählern, womit die ökosoziale Mehrheit von bisher 35 Mandaten auf 32 von 60 schrumpft. Wie sich die übrigen Einzelstadträte gruppieren werden, ist noch nicht bekannt.

Eine ähnliche Situation mit zahlreichen Einzelstadträten gibt es auch in anderen baden-württembergischen Kommunen. In Pforzheim sind in den 40-köpfigen Gemeinderat 17 Listen eingezogen, nur CDU, AfD und SPD haben Fraktionsgröße. Die „Stuttgarter Zeitung" hat sich die Mühe gemacht und für alle Gemeinden, für die Daten verfügbar sind, die Zahl der Listen im Vergleich ausgewertet. Danach

sind in 222 von 899 Gemeinden 2024 mehr Listen angetreten als 2019, die durchschnittliche Zahl der im Gemeinderat vertretenen Listen stiegt von 3,72 auf 3,84. In den großen kreisfreien Städten sind es im Durchschnitt 13 Listen. Der baden-württembergische Städtetag fordert eine Reform des Wahlrechts, weil die Arbeit in den Gemeinderäten sehr erschwert werde. Das ist die Sicht der Verwaltung. Für die Wähler problematischer: sie wählen Volt und erhalten SPD, oder sie wählen eine als Linke bekannte Einzelperson und erhalten Freie Wähler. Die Bündelung von Interessen, was nach der demokratischen Verfassung Aufgabe der Parteien ist, scheint immer weniger zu gelingen.

Ein weiteres Problem für die Stadtgesellschaft zeigt sich im stärkeren Auseinanderlaufen von Stadtkernen und Außenbereichen. Am Beispiel der Linken, Stuttgart: Sie verlor 0,8 Prozentpunkte und erhielt 4,5 Prozent. Damit blieb es bei drei Mandaten im Gemeinderat. Bei den Bezirksbeiräten, die nach dem Stimmergebnis der Stadtbezirke bestimmt werden, verlor die Linke aber von bisher 23 Mandaten acht und erreicht nur noch 15, vor allem in den mehr „ländlich" geprägten Außenbezirken ist die Linke damit nicht mehr vertreten.

Entsprechend fiel das landesweite Ergebnis der Linkspartei aus. Hatte 2019 die Partei landesweit bei den Gemeinderatswahlen 63 Mandate erhalten, waren es 2024 nur noch 44 Mandate (siehe Tabelle). Die Verluste gab es kaum in den Großstädten, sondern vor allem in den kleineren Orten. In Freiburg konnte die Linke Liste sogar um 0,8 Prozentpunkte zulegen und erhielt ein Mandat mehr.

Bei den Kreistagswahlen waren die Verluste noch höher: statt 77 385 Stimmen im Jahr 2019 nur noch 51 346 und statt 40 Mandaten nur noch 23.

Quelle für Tabelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (www.statistik-bw.de/Wahlen/Kommunal/)

Gemeinderatswahlen 2024

Vorläufiges Ergebnis der Gemeinderatswahlen 2024 mit Vergleichsangaben von 2019*)

Gewählte Mitglieder

Land Baden-Württemberg

1101 Gemeinden

Gegenstand der Nachweisung	2024			2019		
	insges.	darunter	Frauen	insges.	darunter	Frauen
	Anzahl		%	Anzahl		%
Gewählte Mitglieder insgesamt	18.541	5.081	27,4	18.674	5.008	26,8
Gewählte Mitglieder bei Mehrheitswahl[1)]	1.649	352	21,3	1.157	252	21,8
Gewählte Mitglieder bei Verhältniswahl[2)]	16.892	4.729	28,0	17.517	4.756	27,2
Parteien zusammen	7.937	2.333	29,4	7.915	2.264	28,6
davon						
CDU	4.061	882	21,7	4.083	823	20,2
GRÜNE	1.136	591	52,0	1.258	617	49,0
SPD	1.657	606	36,6	1.976	710	35,9
FDP	339	82	24,2	367	70	19,1
AfD	351	52	14,8	117	8	6,8
DIE LINKE	44	24	54,5	63	25	39,7
Andere Parteien	349	96	27,5	51	11	21,6
Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen	649	161	24,8	742	189	25,5
Wählervereinigungen	8.306	2.235	26,9	8.860	2.303	26,0

*) Ergebnisse der Gemeinderatswahl 2019 einschließlich der Neuwahl in der Stadt Tauberbischofsheim am 05.02.2023.
1) Mehrheitswahl findet statt, wenn kein oder nur ein Wahlvorschlag eingereicht wurde.
2) Verhältniswahl findet statt, wenn mehrere Wahlvorschläge eingereicht wurden.

Kommunalwahlen Rheinland-Pfalz: Starkes Ergebnis für Die Linke Mainz

Stefan Hemschemeier, Mainz

Zeitgleich mit der Europawahl fanden am 9.6. die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz statt. In Mainz wurden neben dem Stadtrat (60 Sitze) auch in den Stadtteilen die Ortsbeiräte sowie in Direktwahl die Ortsvorsteher gewählt.

Die Ampelkoalition im Stadtrat erlitt durchgängig nur leichte Verluste, hat aber mit jetzt insgesamt 30 Sitzen keine Mehrheit mehr. Allerdings sind die Grünen mit 24,8 % nach wie vor stärkste Kraft. Die CDU blieb stabil bei 23,6%, die AfD legte leicht von 5,4% auf 6,0% der Stimmen zu, hat aber einen zusätzlichen Sitz gewonnen. Volt bemerkenswert mit 5,2% / 3 Sitzen.

Die Linke hat mit 6,9% (nach 5,9% 2019) ein starkes Ergebnis erreicht – leider aber den zusätzlichen fünften Sitz im Stadtrat knapp verpasst. In 13 der 15 Stadtteile hat die Linke ihr historisch bestes Ergebnis erzielt. In 7 Stadtteilen wurden Listen für die Ortsbeiräte aufgestellt und 7 Mandate

gewonnen. Gute Ergebnisse in den Stadtteilen Hartenberg/Münchfeld mit 10,3% und Altstadt mit 11,1%. Im mit 30 000 Einwohnern größten Mainzer Stadtteil Neustadt erzielte die Linke 15,8% bei den Wahlen zum Ortsbeirat und mit Martin Malcherek als Direktkandidaten für den Ortsvorsteher 18,8% – jeweils hinter Grünen und SPD aber deutlich vor der CDU.

Beim Wahlergebnis fällt auf, dass die Linke mehr als ein Viertel ihrer Stimmen auf panaschierten oder kumulierten Wahlzetteln erhalten hat. Das ist so erstmalig der Fall. D.h. diese Wählenden haben ihr Kreuz nicht pauschal bei den Linken gemacht, sondern gezielt einzelne Personen auf der Liste gewählt bzw. stärker gewichtet. Offenbar hat sich die personelle und inhaltliche Kontinuität seit der letzten Wahl 2019 positiv ausgewirkt. Alle linken Stadträte haben die gesamte abgelaufene Wahlperiode durchgehalten, praktisch die komplette Mannschaft (Stadträte und Mandatsträger in den Ortsbeiräten) ist in diesem Jahr wieder angetreten. Die Personen sind also bekannt und ebenso die Positionen, für die sie stehen; speziell in der Wohnungs-, Sozial- und Kulturpolitik.

Ein interessanter Gesichtspunkt findet sich in einer Analyse des SWR über das Wahlverhalten bei den Stadtratswahlen Mainz: bei den Jungwählern (18 bis 24 Jahre) erzielte die Linke 15% der Stimmen; hinter den Grünen (32%), fast gleichauf mit der SPD (17%) aber klar vor CDU (10%) und allen anderen.

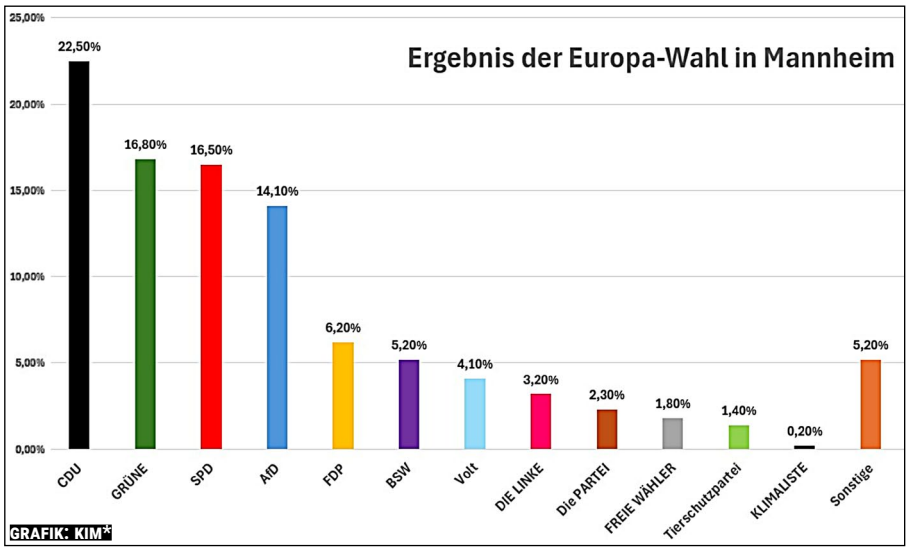
Bei Redaktionsschluss dieses Heftes waren die Verhandlungen über eine neue Koalition im Stadtrat noch nicht abgeschlossen. Es dürfte spannend werden, ob sich die bestehende Koalition für ein Weiter so entscheidet und z.B. Volt als Partner hinzunimmt, oder ob sich Grüne und SPD sozialen Themen stärker öffnen wollen und auf die Linke zugehen.

Ergänzend: Bei den Europawahlen erzielte die Linke in Mainz 4,8% – etwas mehr als vor 5 Jahren (4,5%), aber doch deutlich unter dem Kommunalwahl-Ergebnis.

Mannheim: Europa- und Kommunalwahl:

Rückblick auf den Wahlsonntag mit Rechtsruck

Thomas Trüper, Mannheim, 16. Juni*



Die Wahl zum Europa-Parlament und in einigen Bundesländern, so auch in Baden-Württemberg, die Kommunalwahlen, liegen nun schon über eine Woche zurück. Zeit genug, sich vom Ergebnis und dem davor liegenden Wahlkampf zu erholen – sollte man meinen. Die rechten Kräfte haben einen Durchmarsch gemacht, wie schon befürchtet. Es wird noch viel zu analysieren und über Konsequenzen zu diskutieren sein. In diesem Artikel wird es eine nochmalige Zusammenfassung der Ergebnisse geben und einige Gesichtspunkte, die von Interesse sein könnten.

Zunächst das Ergebnis der Europawahl in Mannheim, das durchaus im Bundestrend liegt: Die Ampel ist abgestraft samt der Blockiererin FDP, obwohl es ja eigentlich um Europa ging. Die Merz-CDU ist tatsächlich über die 20%-Linie gehopst, aber 7,5% unter dem Bundesergebnis (30%). Die AfD hingegen liegt 1,8%-Punkte unter dem Bundesergebnis.

Aus linker Sicht ist das sehr schlechte Abschneiden der Die Linke bemerkenswert: 2,7%, drei Sitze (- 1). Das BSW hat mit 6,2% sechs Sitze aus dem Stand errungen. Man könnte sagen: Das eine Prozent, das das BSW in Mannheim weniger hat als im Bundesergebnis, ist in Mannheim bei der Linken geblieben. Sicherlich überschneiden sich die Wählerschichten der Linken, aber auch der Grünen mit denen von Volt, so dass sie in Konkurrenz liegen.

Ergebnis der Gemeinderatswahl – es geht um die „Brandmauer“

Der wesentliche Punkt aus linker Sicht ist das Ende der bisherigen grün-rot-roten Mehrheit, die zwar nicht die Welt aus den Angeln gehoben hatte, aber wesentliche Errungenschaften erzielte wie das Zwölf-Punkte-Programm für leistbares Wohnen oder – Jahre vorher schon – die Wiedereinführung des Sozialpasses und eines Sozialtickets. Die ohne Not durch die vormalige CDU-geführte rechte Mehrheit um das Jahr 2000 herbeigeführte Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes wurde wieder rückgängig gemacht. Zwischenzeitlich entstand der Stadt Mannheim ein Vermögensschaden von ca. 60 Millionen Euro. Auch auf ökologischem Gebiet hatte die progressive Mehrheit einiges für Mannheim und seine Menschen erreicht. Nun verfügt diese Parteienkonstellation nur noch über 22 von 48 Sitzen. Die Linke (- 1 Sitz) hat sich mit den Einzelstadträt:innen der Tierschutzpartei und neuerdings der Klimaliste zu der Viererfraktion LTK zusammengeschlossen.

Vollkommen unberechenbar sind die zwei Einzelvertreter der Partei Die Partei, die ihr Wahlversprechen „Satire“ während ihrer ersten Amtszeit sträflich gebrochen hat, und der Wählergemeinschaft „Die Mannheimer“, Julien Ferrat. Der war 2014 über die Liste der Linken in den Gemeinderat gekommen, obwohl sich die Linke schon vor der Wahl von Ferrat getrennt hatte, da er der Wahlmanipulation bei der AStA-Wahl an der Uni beschuldigt wurde. Ferrat schloss sich dann der Familienpartei an in der Hoffnung, das einzige Mandat dieser Partei im Europaparlamente zu ergattern, wozu er sich erfolglos für den Bundesvorstand bewarb. Nach Querelen bei der Familienpartei gründete er seine „Mannheimer Volkspartei MVP“, mit der er allerdings den Wiedereinzug in den Gemeinderat nicht schaffte. Ob Thomas Bischoff von der Partei sich der Methode des Parteigründers im Europa-Parlament anschließt, sinnfrei wechselweise bei den Abstimmungen Pro und Contra zu stimmen, oder ob er sich zu einigermaßen seriöser Gemeinderatsarbeit durchringen kann, ist ungewiss. Auf jeden Fall sind beide Einzelstadträte keine Basis für eine verlässliche Zusammenarbeit von 24 Stadträt:innen. Auch deswegen nicht, weil der OB eine eigene Stimme hat und bei einem 24:24-Patt mit der rechten Seite des Hauses stimmen würde.

Nun würde die eben genannte Patt-Konstellation jedoch bedeuten, dass CDU / ML / FDP / MfM (zusammen 17 Stimmen) die Unterstützung der AfD-Fraktion in Anspruch nehmen müssten, um auf die 24+1 Stimmen zu kommen. Im OB-Wahlkampf hatte ja Christian Specht diese Unterstützung kommentarlos gerne in Anspruch genommen – es war ja selbst so schon knapp genug.

Wäre dies Spechts Konzept für die Zukunft Mannheims, wäre dies ein Vergehen an der immer wieder beschworenen „DNA von Mannheim“: Das friedliche Zusammenleben der „Einheimischen“ mit den Zugewanderten aus 160 Nationen. Mannheim – die Einwanderungsstadt seit 1607. Es wäre die Kooperation mit einer sich immer weiter radikalisierenden rechtsradikalen Partei, vom Verfassungsschutz beobachtet, von den Neofaschisten im Europaparlament nicht für die eigene Gruppe zugelassen wegen allzu offener Verherrlichung des NS-Staates. In Mannheim haben deren Vertreter Kreide gefressen, um sich für eine Zusammenarbeit mit den anderen rechten, aber demokratischen Parteien anzubiedern.

Wie ihr letzter großer Wahlkampfauftritt mit drei Landesvorsitzenden aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen zeigte, den sie eine Woche nach der Ermordung des Polizisten Rouven Laur schamlos als Gedenkveranstaltung für ihn bezeichneten, haben sie für alle Probleme nur eine Antwort: Ob es um Müll geht, um „Messermänner“, Morde, Muslime, Mangelverwaltung von Kitas, Schulen und Wohnungen und was auch immer – Vertreibung, als „Remigration“ verharmlosend bezeichnet, ist für sie die Lösung aller Probleme, hinter denen

* Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus kommunalinfo-mannheim.de/2024/06/20/europa-und-kommunalwahl-rueckblick-auf-den-wahlsonntag-mit-rechtsruck/, dort auch weiteres Karten u. Tabellenmaterial (siehe die zwei Hinweise in diesem Text S. 17)

immer Migranten, „islamistische“ Radikale stecken und im Zweifelsfall auch „Linksradikale“. Alle sollen raus.

Wenn sich also eine Zusammenarbeit mit dieser Partei verbietet, wird Specht eben nicht „durchregieren“ können, sondern er wird sich immer wieder einigen müssen mindestens mit Grünen und SPD. Für die neue LTK-Fraktion wird dies eine Herausforderung werden. Und die Brandmauer wird immer wieder verteidigt bzw. eingefordert werden müssen. Denn es gibt jenseits der rassistischen Hetze durchaus Überschneidungen des „kommunalpolitischen Programms“ der AfD und der CDU, z.B. in der Steuerpolitik, dem versuchten Sozialabbau und der „inneren Sicherheit“, die von der AfD immer wieder völkisch in Frage gestellt wird.

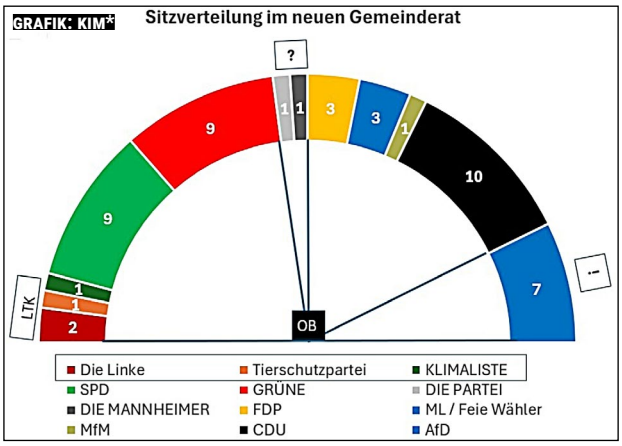
Im „Mannheimer Morgen“ vom 15.6. wird Claudius Kranz, CDU-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat, die Gretchenfrage zur AfD gestellt: Ob die CDU zur Überwindung des möglichen Patts im Gemeinderat „diese Mehrheit“ (inkl. OB-Stimme) nehmen würde. Er antwortet mit einer äußerst „cleveren“ Umgangsweise mit der Brandmauer zur AfD: „Ich habe damit überhaupt kein Problem, wie sich die Mehrheiten am Ende des Tages bilden, wenn ich nicht zur Mehrheitsbildung aktiv irgendwelche Koalitionen oder irgendwelche Absprachen treffe.“ So, wie bei der OB-Wahl? Sind solche Absprachen überhaupt notwendig, wenn man sich da und dort unausgesprochen allzu gut versteht? Absprachen mit dem Rest des Gemeinderats sind sicher schwieriger als einvernehmliche Nicht-Absprachen mit der AfD. Sie sind aber für Mannheim und seine Bevölkerung mit Sicherheit besser.

Öffnet das Wahlergebnis der AfD neue Erkenntnisse und letztlich Ansatzpunkte für eine Isolierung dieser Partei?

Eher ist es so, dass alte „Wahrheiten“ über die Anhänger- bzw. Wählerschaft der AfD überprüft werden müssen. Natürlich: ihren Gipfelpunkt an Zustimmung erhält die AfD auch bei dieser Kommunalwahl erneut auf der Schönau: Fast 45% im Wahllokal Johanna-Geissmar-Gymnasium bei einer Wahlbeteiligung von 19,16%. Also eine deutliche Korrelation zwischen ärmerer Bevölkerung, niedriger Wahlbeteiligung und hoher AfD-Zustimmung?

Die Schwierigkeiten beginnen schon beim Wahlgebäudebezirk: *(Karte in der Webfassung, siehe Hinweis S. 16)*

Westlich der Schule leben eher ärmere Menschen in sanierungsbedürftigen GBG-Wohnungen, östlich befinden sich bessere Wohnungen der 80er Jahre. Der Bezirk ist sozialräumlich gemischt.



Wenn sich so wenige Menschen an der Wahl beteiligen, welche sind es dann? Die immer wieder zitierten „Abgehängten“, ohne Perspektive, mit der Faust in der Tasche und Geschimpfe auf den Lippen? Oder sind es eher die Bessergestellten? Denen vielleicht „zu viele Ausländer“ auf den Geist gehen, obwohl sie vielleicht selbst einen Migrationshintergrund haben, die sich unsicher fühlen oder über die hohen Heizkosten klagen?

Apropos Wahlbeteiligung:

Wie viele Menschen sich in einem der 220 Wahlbezirke tatsächlich an der Wahl beteiligen, ist unbekannt bzw. geht nicht aus den veröffentlichten Zahlen hervor. Denn die Briefwahl-Stimmzettel werden sämtlich zentral in der IGMH gezählt und dort in größeren Einheiten (17 Stadtteile) zusammengefasst. Im Johanna-Geissmar-Gymnasium gibt es allein drei Wahlbezirke. Wie haben z.B. die Jungwähler:innen auf der Schönau abgestimmt? In welchem Wahlbezirk leben besonders viele? Der Sozialatlas gibt nur für ganze Stadtteile Auskunft.

Apropos Briefwahl und das Messerattentat auf einen Polizisten am 31.5.

Das Wahlverhalten ist innerhalb der Wählerschaft durchaus unterschiedlich. Von den Wähler:innen der AfD stammen 79,1% der Stimmen aus den Urnen, nur 20,9% aus der Briefwahl. Die Briefwahl wird meist deutlich vor dem Wahltag abgegeben. Aktuelle Ereignisse gehen da nicht ein. Der 17,6%-Stimmenteil der AfD an allen in Wahllokalen abgegebenen gültigen Stimmen kam demnach überwiegend eine Woche nach diesem Ereignis zustande, die Wählenden haben auf dieses reagiert. Von den per Briefwahl insgesamt abgegebenen Stimmen hat die AfD nur einen Anteil von 8,2%.

Bei den Grünen-Wähler:innen stammen nur 57,5% der für die Grünen abgegebenen Stimmen aus der Urnen-Wahl, und 42,5% aus der Briefwahl. Stadtweit stammen 36,2% aller abgegebenen Stimmen aus der Briefwahl.

Aus der folgenden Aufstellung kann sich der Leser, die Leserin ein Bild machen, in welchen Stadtteilen (hier mit der Postleitzahl beschrieben) die AfD-Ergebnisse von 30% und mehr herstammen, und aus welchen die Ergebnisse unter 8% kommen.

Die AfD ist sowohl im Mannheimer Norden stark: Schönau, Vogelstang, Käfertal, sowie im Süden Rheinau und Hochstätt, aber auch in der Neckarstadt-Ost im Herzogenried und Exerzierplatz-Siedlung. Das sind meist nicht die gutbürgerlichen Gebiete. Das gilt aber besonders auch für einige Gebiete, in denen die AfD verhältnismäßig schwach ist (unter 8%): Jungbusch und Neckarstadt-West sowie Quadrate der Unterstadt, alles Gebiete mit einem sehr hohen Migrationsanteil. Lindenhof, Neuostheim, Neuhermsheim, Feudenheim mit hohen Grünen-Anteilen gehören ebenfalls zu den eher schwächeren AfD-Gebieten. *(Tabelle in der Webfassung, siehe Hinweis S. 16)*

Korrelationen zwischen den AfD-Ergebnissen, der Wahlbeteiligung, der Sozialräumlichkeit inklusive Altersdurchschnitt sind letztendlich schwer zu ziehen. Das Wahllokal mit dem höchsten und dasjenige mit dem niedrigsten Stimmenanteil der AfD (Jungbuschhalle plus X) liegen beide in den als prekär definierten Sozialräumen 5. Der Jungbusch hat nach Gentrifizierung allerdings einen hohen studentischen Anteil.

Kontinuierliche politische Präsenz der demokratischen und linken Kräfte in den Quartieren mit hohem AfD-Anteil ist durch keine Analyse zu ersetzen.

Nachtrag vom 13.7.2024:

Das nach der Wahl übliche Werben und Abwerben von Fraktionen und Gruppierungen besonders gegenüber Einzelstadträt:innen hatte nun doch ein Ergebnis: Die Fraktion der Grünen vergrößerte sich um einen Sitz durch Beitritt von Thomas Bischoff (Die Partei). Nun ist das Sitzverhältnis in den großen beschlussfassenden 12er-Ausschüssen zwischen Rechts und Links 6:6 statt 7:5. Damit besteht dort wenigstens ein Patt, so dass gegebenenfalls Beschlussvorlagen und Anträge in das Gemeinderatsplenum „gehoben“ werden müssen. Dort jedoch ändert sich durch den Fang der Grünen nichts an den Mehrheitsverhältnissen. Dem verhaltenen Werben der LTK-Fraktion hatte Thomas Bischoff sich noch verweigert. Er werde sich höchstens Zählgemeinschaften anschließen und werde mit allen reden außer der AfD. Nun also ist er Fraktionsmitglied der Grünen. Er war ausgezogen, um „der Politik den Spiegel vorzuhalten“. Nun sieht er sich selber in dem Spiegel. Gekonnte Satire (?).

„Haben enormen Ausbaubedarf an Kita-Plätzen“: Düsseldorf. Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW, zur Investitionskostenförderung in der Kindertagesbetreuung: „Warum die Förderung aktuell eingestellt ist, wissen wir nicht genau. Klar ist aber: Ein neues Bundesprogramm ist derzeit nicht geplant, der Bund verweist auf die Zuständigkeit der Länder. Die Landesregierung müsste jetzt perspektivisch weiteres Geld zur Verfügung stellen, das scheint aktuell nicht der Fall zu sein. Jeder, der schon einmal einen Kitaplatz gesucht hat, weiß, dass wir einen enormen Ausbaubedarf an Plätzen in NRW haben. Wenn die Förderung tatsächlich nicht weiterfließt, würde das den Ausbau angesichts der Finanzlage der meisten Kommunen vielerorts ausbremsen oder gar zum Erliegen bringen. Deswegen hoffen wir darauf, dass wir bald positive Signale vom Land bekommen und die Förderung weiterläuft. Etwas anderes wäre auch den Eltern kaum zu vermitteln, die dringend auf zusätzliche Kitaplätze warten.“
www.staedtetag-nrw.de

Öffentliche Anhörung im Familienausschuss: Sorgen ernst nehmen! Hamburg. Auf Antrag der Linksfraktion führt der Familienausschuss heute eine öffentliche Anhörung zu Problemen im Kita-Bereich durch. Dazu Insa Tietjen, kitapolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft: „Es ist sehr wichtig, dass Beschäftigte, Eltern und Aktive heute im Ausschuss zu Wort kommen und dem Senat direkt über die aktuellen Zustände und Probleme berichten. Der Frust über Ausfälle, verkürzte Betreuungszeiten, Fachkräftemangel und die fehlende Refinanzierung von Tariflöhnen ist hoch. Insbesondere die Träger, die nach Tarif zahlen, dürfen nicht bestraft werden. Der Senat muss die Kitas im anstehenden Doppelhaushalt mit den nötigen Mitteln ausstatten und die Sorgen und Nöte aus der heutigen Anhörung ernst nehmen.“
www.linksfraktion-hamburg.de

Weiter Schneckentempo beim Kita-Ausbau: Bochum. Im Jugendhilfeausschuss wird in dieser Woche die Ki-Biz-Struktur für das kommende Kindergartenjahr 2024/25 beschlossen. Dass es deutlich mehr Kita-Plätze geben muss, ist seit vielen Jahren klar. In Bochum erhalten trotz Rechtsanspruch viel zu viele Kinder keinen Kita-Platz. Und der Ausbau-Turbo bei den Kitas will weiter nicht so richtig zünden. Eher ist Schneckentempo angesagt. So steigt die Versorgungsquote für Kinder unter drei Jahren erneut nur sehr langsam an – 49,2 statt 47,6 Prozent. Die neuen Plätze werden dabei nicht in Kitas angeboten, sondern über die Kindertagespflege bereitgestellt. 27 Plätze fallen hier sogar weg. Dabei ist die Anzahl der Kinder unter drei Jahren um fünf im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Wir bleiben dabei: Es muss jetzt endlich eine Offensive beim Kita-Ausbau in Bochum geben.
www.linksfraktionbochum.de

Thüringen Kindergarten-Gesetz: Riesiger Schritt für unsere Kinder! Erfurt. Den heutigen Beschluss zum neuen Thüringer Kindergarten-Gesetz begrüßt die Thüringer Linke als „riesigen und notwendigen Schritt“ hin zu besserer Bildung und Kinderbetreuung. Die Einigung der drei Regierungsfraktionen Die Linke, SPD und Grüne mit der CDU ist für Zehntausende Kinder in unserem Freistaat wichtig. Dazu sagt die Landesvorsitzende der Partei Die Linke Thüringen Ulrike Grosse-Röthig: „Mit der neuen Regelung werden wir einmal mehr unserem Anspruch, für guten Kindergärten zu sorgen, gerecht. Die Betreuung für unsere Kleinsten wird so noch einmal deutlich besser. Wir stärken damit gute Bildung und sichern zugleich weit über 1 000 Stellen in den Einrichtungen und entlasten die Beschäftigten. Für uns und unsere Landesregierung unter Bodo Ramelow steht gute Bildung und gute Arbeit im Mittelpunkt der Politik. Individuelle Förderung der Kinder wird künftig einfacher möglich sein. Dass die CDU weiterhin die Einführung des dritten beitragsfreien Kindergartenjahres blockiert, fällt vor allem Familien zur Last. Gerade Familien mit mittleren und kleinen Einkommen hätten damit wirksam entlastet werden können. In der kommenden Wahlperiode müssen die Kindergärten komplett beitragsfrei werden! Das wird eine weitere finanzielle Entlastung der Familien von bis zu 1800 Euro pro Jahr bedeuteten. Thüringen ist Kindergartenland, das haben wir mit dem Gesetz noch einmal unterstrichen.“
www.die-linke-thueringen.de

Die Leipziger Linke startet „Bürgerbegehren für ein kostenfreies Mittagessen an Kitas und Schulen“: Aktuell sammelt Die Linke in Leipzig Unterschriften für ein Bürgerbegehren „Kostenfreies Mittagessen“. Nach Auffassung der Partei hat jedes Kind in Leipzig das Recht, gesund und glücklich aufzuwachsen. Dazu gehört auch eine vollwertige Ernährung. Ein gesundes, nachhaltiges und kostenfreies Mittagessen für alle Kinder und Jugendlichen ist der Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit. Dies hat u.a. der durch die Bundesregierung einberufene Bürgerrat entsprechend erkannt und diese Forderung am höchsten priorisiert. Die Linke möchte diese Forderung in Leipzig umgesetzt wissen. Dazu erklärt die Vertrauensperson und Stadträtin Franziska Riekewald: „Wir sind überzeugt, dass durch ein kostenfreies Mittagessen soziale Ungerechtigkeiten abgebaut und die Bildungsgerechtigkeit sowie die Gesundheit aller Kinder und Jugendlichen langfristig erheblich gestärkt werden. Wir alle wissen, die Preise für Nahrungsmittel steigen und steigen, die Anbieter für das Kita- und Schulessen werden diese auch zukünftig an die Eltern weitergeben. Die Preise in Leipzig liegen nicht selten schon jetzt bei über fünf Euro pro Mittagessen. Das bedeutet für eine Familie mit zwei Kindern im Grundschulalter Kosten von 200 Euro pro Monat und mehr. Mit der Wiedereinführung des Mehrwertsteuersatzes von 19 % sind die Preise für das Schulessen seit Januar noch weiter gestiegen.“ Die stellvertretende Vertrauensperson, Stadträtin und Landtagsabgeordnete Juliane Nagel, ergänzt: „Das Nettohaushaltseinkommen in Leipzig liegt im Schnitt bei 2110 Euro. Familien tragen die höchste Inflationsbelastung. Ihre Einkommen reichen oft nicht mehr, um die gestiegenen Lebenskosten dauerhaft zu decken, Rücklagen fehlen.

• www.buergerbegehren-mittagessen.de • www.die-linke-in-leipzig.de

Mehr Qualität in der Kita: Schwerin. Mit der Unterzeichnung des Landesrahmenvertrags einigen sich erstmals die Akteurinnen und Akteure der Kindertagesförderung – die kommunalen Spitzenverbände, die öffentlichen und privaten Träger von Kindertageseinrichtungen sowie Verbände der freien Wohlfahrtspflege – auf gemeinsame Ziele und Vorgaben: Dazu gehören u. a. die Berechnung der Arbeitszeiten sowie ein einheitlicher Personal- und Leistungsschlüssel. Mit der Festlegung der Rahmbedingungen verbessern die Leistungsträger und Leistungserbringer die Qualität in der Kita. Der Einigung ist ein intensives Schlichtungsverfahren vorangegangen, das der unabhängige Schlichter Michael Mack, Vorsitzender Richter am Landgericht Rostock, geleitet hat. Er wurde durch das Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung eingesetzt.

Bildungsministerin Simone Oldenburg: „Die Unterzeichnung ist ein historisches Ereignis für Mecklenburg-Vorpommern. Zwölf Jahre lang sind die Verhandlungen gescheitert. Nun herrscht Einigung über einen Landesrahmenvertrag, der die Eckpunkte zwischen der kommunalen Familie und den Leistungserbringern regelt. Damit haben alle Seiten Rechtssicherheit für die Zukunft und der Weg für Qualitätsverbesserungen in der Kindertagesförderung ist frei. Diese zielführende Zusammenarbeit aller Beteiligten ist für mich ein Beispiel, wie miteinander Verbesserungen umgesetzt werden."

Landrat Heiko Kärger, Vorsitzender des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern: „Unsere Kinder benötigen starke Fachkräfte und gut ausgestattete Einrichtungen. Mit dem Landesrahmenvertrag gelingt es uns, derzeit noch vorhandene Niveauunterschiede anzugleichen und künftige Verbesserungen des Personalschlüssels und weiterer Qualitätsfaktoren von einer einheitlichen Basis aus anzugehen. Die Neueinführung von Sachkostenpauschalen sollte hierbei für alle Beteiligten in absehbarer Zeit auch das Verhandlungsgeschehen entlasten. Der Landesrahmenvertrag soll durch eine Begleitkommission fortlaufend evaluiert und weiterentwickelt werden. Wir haben nun eine gemeinsame Startlinie, von der aus wir unsere Kindertagesstätten in gemeinsamer Verantwortung von Land, Trägern und Kommunen fit für die Zukunft machen wollen."

Andreas Wellmann, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetages M-V: „Wir freuen uns, dass die Verhandlungen vor Ort durch absolut nachvollziehbare Berechnungsschemata und Pauschalen erleichtert werden und somit landesweit allen Beteiligten einen verlässlichen Rahmen bieten, ohne die kommunalen Selbstverwaltungsrechte zu beschneiden. Uns ist zudem eine auskömmlich finanzierte Mindestpersonalausstattung wichtig. Nun erhalten unsere Städte und Gemeinden mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit, auch für die Eltern und Mitarbeitenden. Hinter uns liegt ein langer Prozess, der klarere Rahmenbedingungen schafft. Aber es ist ein Kompromiss, der auch die Städte und Gemeinden wie auch das Land mehr kosten kann."

Ein Landesrahmenvertrag stellt die Verbindung zwischen den landesgesetzlichen Regelungen sowie den Einzelvereinbarungen vor Ort mit jeder Kindertageseinrichtung her und wirkt stark voneinander abweichenden Einzelvereinbarungen entgegen. Ziel des Landesrahmenvertrages ist es, landesweit einheitliche Rahmenbedingungen festzulegen und so die Qualität in Kindertagesstätten und Horten weiter zu steigern, unter anderem durch verbesserte Arbeitsbedingungen für Fachkräfte.
www.stgt-mv.de/

Verlässlich geöffnete Kitas: Kommunen fordern erfüllbare Standards und realistische Finanzhilfe. Hannover. Verlässlich geöffnete Kitas bleiben ein vorrangiges Ziel der niedersächsischen Kommunen. Das haben die kommunalen Spitzenverbände in der Anhörung zur Änderung des niedersächsischen Kita-Gesetzes am heutigen 31. Mai 2024 im Niedersächsischen Landtag deutlich gemacht. „Die Kommunen kämpfen an drei Fronten: zunehmende Anforderungen, steigende Kosten, fehlendes Personal. Auf allen drei Feldern brauchen wir die Unterstützung des Landes. Die bisherigen Vorschläge sind ein Anfang, werden der Dimension der Aufgabe aber nicht gerecht", erklärte der Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Landkreistages (NLT), Hubert Meyer.

Der eklatante Fachkräftemangel zwinge dazu, in der Personalplanung pragmatisch und flexibel zu werden, führte der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB), Marco Trips, aus: „Für mehr Verlässlichkeit benötigen wir flexible Regelungen für die Betreuung insbesondere in Randzeiten, aber auch zur Kernzeit. Der grundsätzliche Wille dazu ist in den Gesetzentwürfen erkennbar, wird aber durch eine vollkommen überzogene Komplexität zunichte gemacht." In der Anhörung trugen die kommunalen Spitzenverbände unter anderem zum Einsatz erfahrener Assistenzkräfte und weiterer geeigneter Personen sowie zum Verzicht auf unerfüllbare Fachkraftvorgaben und erweiterte Vertretungsregelungen vor.

Darüber hinaus müsse das Land seine finanzielle Verantwortung wahrnehmen. „Durch ausgeweitete Rechtsansprüche und Qualitätsverbesserungen sind die Kosten für die Kita-Betreuung massiv gestiegen. Sie entwickeln sich zum Sprengsatz für die kommunalen Haushalte", bekräftigte Meyer. Die Finanzhilfe des Landes decke nicht einmal die gesetzlich vorgegebene Höhe von 59 beziehungsweise 58 Prozent der Personalkosten für Krippen und Kindergärten. „Unsere Minimalforderung ist eine realistische jährliche Anpassung der Personalkostenerstattung des Landes, damit die Schere sich nicht immer weiter öffnet. Das wäre ein erster Schritt hin zur angestrebten Zweidrittelfinanzierung", so Meyer. www.nst.de

Ohne Erhöhung und Dynamisierung der Kita-Pauschale keine Einigung über kommunalen Finanzausgleich möglich. Dresden. Sächsischer Städte- und Gemeindetag: Das Präsidium des Sächsischen Städte- und Gemeindetages hat heute seine langjährige Forderung auf Erhöhung und Dynamisierung der Kita-Landespauschale bekräftigt und zur Bedingung eines erfolgreichen Abschlusses der anstehenden Finanzverhandlungen mit dem Freistaat gemacht. Der Präsident des Sächsischen Städte- und Gemeindetages, Oberbürgermeister Bert Wendsche, machte dies mehr als deutlich: „Vertrauen ist die härteste Währung in der Politik. Der Koalitionsvertrag ist eindeutig. Darüber hinaus steht die Regierungskoalition beim Präsidium des SSG seit zwei Jahren im Wort, dass man zu der Verabredung und Zusage an die kommunale Familie im Koalitionsvertrag steht, die Kita-Pauschale zu dynamisieren. Unsere Forderung ist mehr als berechtigt und unsere Geduld ist endlich!" Seit Jahrzehnten kämpfen die Kommunen immer wieder um eine angemessene Beteiligung des Freistaates an den Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen. Neben den Eltern und den Landkreisen als Jugendhilfeträgern beteiligt sich auch das Land an den Betriebskosten. Allerdings erhöht das Land seinen Anteil an den steigenden Betriebskosten nur unregelmäßig. Das geht zu Lasten der Kommunen. Durch die zahlreichen Standardsteigerungen bei der Kinderbetreuung sind die Kosten in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen und werden – weil der damit verbundene Kostenausgleich nur im Jahr nach der Standardsteigerung kostendeckend ist – zu einer immer größeren Belastung für die Haushalte der Kommunen. Der SSG fordert daher eine jährliche Anpassung der Landespauschale an die durch Tarifverträge und Inflation gestiegenen anteiligen Betriebskosten. www.ssg-sachsen.de

IAO: Blick auf biologische Gefahren in der Arbeitswelt

Matthias Paykowski, Karlsruhe. Vom 3. bis 14. Juni fand – erstmals seit 2019 wieder – die jährliche Arbeitskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation IAO in Genf statt. Von den 187 Mitgliedsstaaten der IAO waren 172 anwesend. 626 Delegierte – 319 Vertreter der Regierungen, 151 Vertreter von Unternehmerverbänden sowie 156 Gewerkschaftsvertreter – fassten Beschlüsse zu internationalen Arbeitsnormen und zur allgemeinen Politik der IAO. Erstmals wurden auf einer Jahrestagung vier internationale Arbeitsübereinkommen aufgehoben: z. B. (Nr. 45) „über Untertagearbeiten (Frauen)“ von 1935 und (Nr. 85) „über die Arbeitsaufsicht (außerhalb des Mutterlandes gelegene Gebiete)“ von 1947.

Drei der verabschiedeten Entschließungen setzen politische Schwerpunkte für die weitere Diskussion und Tätigkeiten: Entschließung IV gibt den Stand der „Grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“ (GPRA) wieder. Darin wird u.a. festgestellt: „Wir sind weit davon entfernt, die universelle Ratifizierung grundlegender Übereinkommen zu erreichen, und bei der Umsetzung gibt es noch erhebliche Lücken. Nach globalen Schätzungen der IAO ist die absolute Zahl der Kinder in Kinderarbeit auf 160 Millionen gestiegen, von denen 79 Millionen gefährliche Arbeiten verrichten. Währenddessen hat sich die Zahl der Zwangsarbeiter auf 27,6 Millionen erhöht. Zudem sterben jährlich 3 Millionen Beschäftigte infolge von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten.“ Die Entwicklung und Verbreitung der internationalen Normen hat unter der Pandemie, unter Krisen und Kriegen Rückschritte erfahren. Die IAO konstatiert aber auch „gewisse Fortschritte und neue Entwicklungen“ seit 2017.

Unterstützungsthemen:

„Die IAO sollte gezielt die nachstehenden vereinbarten Prioritäten zur Förderung der GPRA verfolgen, zu denen nun auch ein sicheres und gesundes Arbeitsumfeld gehört, um ihre dreigliedrigen Mitgliedsgruppen ausgehend von den innerstaatlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen zu unterstützen:

a) informelle Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung ländlicher Gebiete;
b) Unternehmen und Lieferketten;
c) Krisen- und fragile Situationen;
d) gerechter Übergang zu ökologisch nachhaltigen Volkswirtschaften und Gesellschaften für alle;
e) digitale Wirtschaft.“

Die Entschließung V über „menschenwürdige Arbeit und die Pflege- und Betreuungswirtschaft“ zielt auf Maßnahmen, um Pflege- und Betreuung zu verbessern und Entschließung III schlägt vor, auf der nächsten Tagung den Punkt „biologische Gefahren im Arbeitsumfeld“ zu behandeln, der in ein Übereinkommen und eine ergänzende Empfehlung, in ein internationales Normenwerk münden soll. Vorlage dazu ist Empfehlung (Nr. 3), die 1919 zur Verhütung des Milzbrandes beschlossen wurde. Sie wird überarbeitet und erweitert, um „die Lücke im Erfassungsbereich der internationalen Arbeitsnormen bezüglich anderer biologischer Gefahren im Arbeitsumfeld“ zu schließen.

Quellen und Hinweise: https://www.ilo.org/de/international-labour-conference-ilc/all-ilc-documents?field_ilo_local_classification_target_id=4526&field_topics_target_id=All&field_document_type_target_id_1=All

Beobachter der Friedrich-Ebert-Stiftung auf der 112. Tagung: https://www.fes.de/themenportal-gewerkschaften-und-gute-arbeit/artikelseite/stresstest-fuer-die-internationale-sozialpartnerschaft

Das Bündnis gegen Dauerbefristung in der Wissenschaft hat am 12. Juni 64 000 Unterschriften an den Bundestags-Ausschussvorsitzenden übergeben

Wir dokumentieren aus der Petition

Wir sind auf eine starke Wissenschaft angewiesen, zum Beispiel um die sozialen und technologischen Herausforderungen von Klimakrise oder Digitalisierung zu meistern. Das geht nur mit fairen Arbeitsbedingungen – doch viele Wissenschaftler*innen an Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen arbeiten in prekären Verhältnissen. Fast neun von zehn wissenschaftlichen Angestellten an Universitäten sind befristet beschäftigt, 42 Prozent der Arbeitsverträge haben eine Laufzeit von unter einem Jahr. Planbarkeit für Lebenswege oder anspruchsvolle Projekte gibt es so nicht. Das muss sich ändern.

Der vorliegende Entwurf zur Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes bleibt weit hinter den eigenen Versprechen der Ampel-Koalition zurück. Frau Ministerin Stark-Watzinger, die prekären Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft lassen sich so nicht bekämpfen. Wir fordern jetzt vom zuständigen Bundestagsausschuss für Bildung und Forschung: Überarbeiten Sie den Entwurf grundlegend und bringen Sie eine echte Reform auf den Weg!

Im Einzelnen fordern wir:

• Verträge für Promovierende, die den tatsächlichen Promotionszeiten entsprechen – also sechs, mindestens jedoch vier Jahre Regellaufzeit

• Dauerstellen für Daueraufgaben in Lehre und Forschung: Zeitverträge sind nur für die Qualifizierungsphase gerechtfertigt – diese ist mit der Promotion abgeschlossen

• Nach der Promotion entweder unbefristete Beschäftigung oder eine verbindliche Zusage zur Entfristung bei Erfüllung festgelegter Kriterien

• Die Streichung der Tarifsperre ohne Wenn und Aber: Gewerkschaften und Arbeitgeber müssen Verbesserungen für die Beschäftigten aushandeln dürfen – so wie in anderen Branchen auch

• Einen verbindlichen Nachteilsausgleich bei Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Behinderung und chronischer Erkrankung sowie bei Nachteilen aus der Coronapandemie

• Eine Regelvertragslaufzeit von mindestens zwei Jahren für studentische Beschäftigte

Warum ist das wichtig?

Immer mehr Wissenschaftlerinnen wechseln wegen der Dauerbefristung in andere Branchen oder ins Ausland. Das wollen wir stoppen. Der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung vorgelegte Entwurf ist hierfür nicht geeignet, insbesondere für promovierte Wissenschaftlerinnen drohen sogar Verschlechterungen. Deshalb brauchen wir mehr öffentlichen Druck (...)

Dem Petitionsbündnis gehören an: – Arbeitnehmerkammer Bremen – Arbeitskammer des Saarlandes – Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (bukof) – Bundesweites Netzwerk Studentischer Tarifvertragsinitiativen (TVStud) – Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) – Deutsche Gesellschaft Juniorprofessur e.V. (DGJ) – freier zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) – Gesamtbetriebsrat der Fraunhofer-Gesellschaft – Gesamtbetriebsrat der Max-Planck-Gesellschaft – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) – Network of Doctoral Researcher Networks (N²) – Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss) – Personal- und Betriebsräte der Helmholtz-Gemeinschaft (PBHGF) – Personal- und Betriebsräte der Leibniz-Gemeinschaft – Koordinierungsgruppe (PBL) – RespectScience – Thesis – interdisziplinäres Netzwerk für Promovierende und Promovierte e.V. – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) – Zusammenkunft aller Physikfachschaften (ZaPF)

Quelle: https://weact.campact.de/petitions/stoppt-die-dauerbefristung-in-der-wissenschaft

Bau: Stärkung der unteren Lohngruppen – aber lange Laufzeit

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen. Der Arbeitskampf im Bauhauptgewerbe ist seit Mitte Juni beendet. Die Bundestarifkommission der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und die beiden Bau-Arbeitgeberverbände haben dem Einigungsvorschlag zugestimmt. „Bei einer Laufzeit von drei Jahren ab dem 1. April 2024 sieht der Einigungsvorschlag eine dreistufige Lohn- und Gehaltserhöhung vor. Neben einem tabellenwirksamen Festbetrag von 230 Euro monatlich zum 1. Mai 2024 werden die Löhne und Gehälter vorab um 1,2 % im Westen und um 2,2 % im Osten angehoben. Die Lohngruppe 1 soll bundeseinheitlich um 2,2 % erhöht werden, auch hier gibt es den Festbetrag. Ab dem 1. April 2025 ist in der zweiten Stufe eine weitere prozentuale Steigerung der Löhne und Gehälter um 4,2 % im Westen und 5 % im Osten vorgesehen. In der 1. Lohngruppe erfolgt die Erhöhung bundeseinheitlich in Höhe von 5 %. Die dritte Stufe sieht ab dem 1. April 2026 eine Anhebung aller Lohn- und Gehaltsgruppen um 3,9 % im Westen und die Anhebung der Löhne und Gehälter im Osten auf das Niveau des Tarifgebietes West vor.“ Damit soll die Ost-West-Angleichung vollzogen werden und damit acht Monate früher als ursprünglich geplant.

Quelle: https://igbau.de/Tarifkommission-der-Baugewerkschaft-stimmt-Einigungsvorschlag-zu.html

Revision der Richtlinie zu EBRs

Rolf Gehring, Brüssel. Nach der Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens zur Änderung der Richtlinie für Europäische Betriebsräte durch die Kommission hatten das EP und nun auch der Rat ihre Positionierungen vorgelegt. Die Einigung im Rat war bereits (wie üblich) durch den Ausschuss der Ständigen Vertreter der EU-Länder (Coreper) relativ geräuschlos vorbereitet worden. Viele der mit dem Kommissionvorschlag vorgelegten Verbesserungen finden die Unterstützung des Rates.

Angestrebte Verbesserungen beziehen sich insbesondere auf ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in den EBRs, eine strengere Definition von vertraulichen Gegenständen (Geheimhaltungspflicht, den Zugang zu Rechtsmitteln und ihre Finanzierung, einen angemessenen Zeitraum für die Erarbeitung von Stellungnahmen des EBR. Die Vorschläge bezüglich Sanktionen und Geldstrafen sollen allerdings abgeschwächt werden. Geldstrafen sollten geringer ausfallen als bei der Datenschutz-Grundverordnung (bis zu 4% des weltweiten Umsatzes). Eine gegensätzliche Position hatte hier das EP eingenommen, das bei der Verletzung von Information- und Konsultationsrechten auch das Recht auf die Erwirkung einstweiliger Verfügungen zum Stopp von Maßnahmen vorschlägt. Bereits im März hatten sechs europäische Arbeitgeberverbände ein Positionspapier vorgelegt, in dem unter anderem eine starke Eingrenzung dessen, was unter Begriff „länderübergreifende Angelegenheiten“ zu verstehen sein soll, gefordert wird. Die Zuständigkeit des EBR solle nur bei sehr schwerwiegenden Fällen greifen. Freiwillig Vereinbarungen aus der Zeit von vor 1996 (die meist nur sehr eingeschränkte Rechte vorsehen) sollten ihre Gültigkeit behalten. Der Gegenstand der Vertraulichkeit solle nicht durch Gesetz, sondern durch die Betriebsparteien geregelt werden. Die Finanzierung von Rechtsstreitigkeiten sollten durch nationales Recht geregelt werden und, um Zeitverzögerungen bei Restrukturierungen zu vermeiden, sollten EBR-Klagen keine aufschiebende Wirkung auslösen. Eine eigene, deutlich weniger bremsende Stellungnahme wurde vom Chemiearbeitgeberverband vorgelegt.

EWC News — EWC Academy - Academy for European Works Councils and SE Works Councils

Newsletter

für Europäische Betriebsräte und angrenzende Themen
for European works councils and related subjects
pour comités d'entreprise européens et des sujets adjacents

Quelle: Informationen für Europäische Betriebsräte 2/2024, **www.ebr-news.de,** hier findet sich bis 2004 zurückreichend ein Download- u. Leseverzeichnis des Newsletter sowie zu einer Reihe einschlägiger Fachpublikationen

IG Metall: Kaufkraft stärken – Konjunktur stützen

Bruno Rocker, Berlin. Mitte September starten die Bezirke der IG Metall die Verhandlungen über neue Entgelt-Tarifverträge. Die aktuellen Verträge laufen zum 30. September aus, am 28 Oktober endet die Friedenspflicht. Danach werden Warnstreiks möglich. Die Erwartungen in der Mitgliedschaft bilden diesmal eine ungewöhnlich breite Spanne ab. So hatten in einer Umfrage etwa ein Drittel für Forderungen von höchstens 6 Prozent, ein weiteres Drittel allerdings auch für 8 Prozent und mehr plädiert. Nach den Beschlüssen der regionalen Tarifkommissionen ziehen nunmehr Christiane Benner und das neugewählte Führungsteam mit Forderungen nach 7 Prozent mehr Geld für Beschäftigte und 170 Euro mehr für Auszubildene in die Auseinandersetzung. Ergänzend fordert die IG Metall die Ausweitung der bestehenden Wahloptionen zwischen Zeit und Geld für Vollzeitbeschäftigte mit Schichtarbeit, Pflege- oder Erziehungsaufgaben auf mehr Personen und Themen.

Die Tarifbewegung betrifft knapp vier Millionen Beschäftigte in exportorientierten insgesamt krisenhaften Branchen. So ist die Ausfuhr der deutschen Industrie laut den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank rückläufig. Sie sank im Mai gegenüber dem Vorjahresmonat in die übrigen Länder der EU um 2,5 %, in die USA um 2,9 %, nach China um 10,2 % und nach Großbritannien um 11,7 %. Auch die Einfuhr ist im Mai gegenüber dem Vormonat um 6,6 Prozent zurückgegangen. Zugleich ist die Situation in den einzelnen Unternehmen durchaus unterschiedlich. Die Gewerkschaft pocht jetzt auf massive Investitionen und verlangt im Sinne der Stärkung der Binnennachfrage deutlich höhere Löhne für die Beschäftigten in den Schlüsselbranchen Automobil, Maschinenbau und Elektroindustrie. Insbesondere die Ausbildungsvergütungen sollen als Maßnahme gegen den Fachkräftemangel überproportional ansteigen.

Teilweise ist auf die Forderung der IG Metall auch verwundert mit der Aussage nur 7 Prozent? reagiert worden. Es gehört allerdings tatsächlich nicht zum Stil der IG Metall, lauthals hohe zweistellige Forderungen zu propagieren und am Ende einen Tarifvertrag mit langer Laufzeit, vielen Einzelschritten über lange Jahre, hinzunehmen.

10. November
1971
BRD

Bundestag beschließt passives Wahlrecht für Ausländer zu den Betriebsräten

Claus Seitz, San Sebastián. Paragraf 7 des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 definierte, „wählbar sind alle Wahlberechtigten, die … das Wahlrecht für den Deutschen Bundestag besitzen“, und schloss damit alle Arbeitsmigranten von der Kandidatur zur betrieblichen Interessenvertretung aus.

Die Freizügigkeitsverordnungen 38/1964 und 1612/1968 der EWG ermöglichten Arbeitnehmern aus EWG-Mitgliedsländern (damals vor allem aus Italien) abweichend vom Gesetz das passive Wahlrecht.

Im Rahmen der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes öffnete der Gesetzgeber am 10.11.1971 mit den Stimmen der Abgeordneten der Koalitionsparteien SPD und FDP und der Arbeitnehmergruppe der CDU das passive Wahlrecht für die damals über 2,2 Millionen Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik. CDU/CSU hatten lediglich angeboten, Vertrauensleute von Nicht-EU-Ausländern „mit beratender Stimme an Beratungen des Betriebsrats, die sich mit Fragen der ausländischen Arbeitnehmer befassen“, teilnehmen zu lassen. In einem der Hearings des Arbeitsausschusses des Bundestags äußerte Dr. Mertz (Personalleiter der Fa. Bosch, Stuttgart) Befürchtungen, dass „die nationalen Differenzen, die die ausländischen Mitarbeiter der verschiedenen Nationalitäten (‚Völkerpluralismus‘) untereinander haben“, sowie „die innenpolitischen Differenzen, die unter den Angehörigen des gleichen Staates bestehen“, die Betriebsratsarbeit behindern würden. Die Regierungsparteien argumentierten, dass es dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung widerspräche, wenn Arbeitnehmern aus Nicht-EWG-Ländern weiterhin die Wählbarkeit versagt würde (Bundestags-Drucksache 715/70, Seite 37).

Das Arbeitsrecht wurde so zum einzigen gesellschaftlichen Bereich, in dem Ausländer rechtlich völlig gleichgestellt sind. Ein „Ausländerarbeitsrecht“ als Sonderrecht existiert nicht.

Das passive Wahlrecht führte zur Öffnung der Kandidatenlisten der Gewerkschaften für Arbeitnehmer aus Nicht-EWG-Anwerbestaaten, wurde zum Ausgangspunkt für eine weitergehende Integration der Migranten und ihre berechtigte Teilnahme am gewerkschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben.[1]

1968 wurden 191 EWG-Ausländer zu Betriebsräten gewählt. Auf Basis des neuen Gesetzes stieg die Anzahl ausländischer Betriebsräte über 3824 im Jahr 1972 auf 8381 (darunter 3545 türkische) im Jahr 1990.[2]

Anwerbeabkommen: Rotation und Provisorium

Ende der fünfziger Jahre war die Arbeitslosenquote in Deutschland auf 1,3 Prozent gesunken, in vielen Branchen herrschte Arbeitskräftemangel.

Fundstück: Der „Italienerstreik“ bei VW 1962

Matthias Paykowski, Karlsruhe. Am 4. und 5. November 1962 legten 1800 italienische Arbeiter bei VW in Wolfsburg die Arbeit nieder. Anlass des „wilden Streiks“ war die Gesundheitsversorgung im so bezeichneten „Italienerdorf“. Dort wurden die Arbeiter kaserniert. Lino Carigi, 1962 Arbeiter bei VW, hat mit seinem Fotoapparat Eindrücke vom Streik, aber auch vom migrantischem Leben und Arbeiten bei VW und im „Italienerdorf“ festgehalten. Zu den Gründen des Streiks kommentierte er handschriftlich neben einem der Fotos: „November 1962. (Zum Sterben kalt) Der Tod unseres Freundes wegen Krankheit und fehlender Ambulanz. 10000 Italiener! 1 Doktor! …“ Der Streik war kurz, VW sagte die Einstellung eines weiteren Betriebsarztes zu.

In den 60er Jahren kam es immer wieder zu Streiks und Aktionen migrantischer Arbeiter und Arbeiterinnen – im Bergbau, in der Industrie, in der Landwirtschaft.

Die Beweggründe waren vielfältig: Löhne wurden nicht gezahlt wie vereinbart, das Arbeitstempo wurde immer weiter hochgeschraubt, die Arbeitsbedingungen waren Zumutungen. Oft auch die Wohnsituation: Kasernierung, in kleinen Zimmern zu mehreren zusammengepfercht, in der Nähe der Arbeitsstätten, ohne Kontakt zu städtischem Leben, keine Aussicht auf Familiengründung – VW stellte nur männliche Arbeiter aus Italien ein. Die Antwort von Unternehmen und Behörden auf die Streiks waren fast immer Polizeigewalt, Repression. Auf Verhaftung folgte Entlassung und Abschiebung!

„Im Nachgang des Streiks wurden 70 Italiener entlassen, die von der Werksleitung als ‚Rädelsführer‘ der Unruhen ausgemacht worden waren; 354 Migranten verließen den Betrieb und meist auch die Bundesrepublik freiwillig, weitere 243 wurden wegen Vertragsbrüchigkeit oder gesundheitlichen Gründen entlassen. In der Folge stellte die Volkswagenwerk AG für neu ankommende italienische Arbeiter nur noch Halbjahresverträge aus, verschärfte das Auswahlverfahren, ermöglichte aber Migranten, die sich aus Sicht des Unternehmens bewährt hatten, nach den ersten sechs Monaten auch eine unbefristete Beschäftigung.“[1]

VW hatte erst ein Jahr vor dem Streik mit dem Anwerben von italienischen Arbeitern begonnen. Der Zustrom von Arbeitskräften aus der DDR war gestoppt und mit italienischen Arbeitsmigranten hatte man Erfahrungen, sie waren schon in der Naziwirtschaft 1938 beim Bau des Wolfsburger Werkes eingesetzt worden.

Der Streik war aber auch der Türöffner für die Gewerkschaft in den VW-Konzern. Die bis dahin erfolgreiche Politik der Konzernspitze, die IG Metall aus dem Betrieb herauszuhalten, fand mit dem Streik ein Ende, und 1965 wurde der erste italienische Kollege in den VW-Betriebsrat gewählt!

Eine Ausstellung im Wolfsburger Rathaus 2022 war der Migration aus Italien in den 1960er-Jahren gewidmet.

Dazu ist ein Katalog erschienen, in dem „reich bebildert zwölf unterschiedliche Lebenswege erzählt“ werden.
Bernd Hüttner hat dazu auf den Online-Seiten der RLS rezensiert:

https://www.rosalux.de/news/id/50646

(1) DAS ARCHIV, Zeitung für Wolfsburger Stadtgeschichte #025 – hier findet sich eine lesenswerte Rückschau von Simon Goeke, der 60 Jahre nach dem Streik eine Würdigung vornimmt und Auswirkungen beschreibt. Er fördert eine Vielzahl interessanter und auch neuer Aspekte zu Tage. Dort sind auch Fotos von Lino Carigi dokumentiert.

https://www.wolfsburg.de/-/media/wolfsburg/statistik_daten_fakten/izs/das-archiv/dasarchiv25final.pdf

Die deshalb abgeschlossenen staatlichen Anwerbeabkommen – Italien (1955), Spanien (1960), Griechenland (1960), Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965), Jugoslawien (1968) – basierten auf dem Rotationsprinzip: Von 1955 bis zum Anwerbestopp am 23.11.1973 kamen rund 14 Millionen Migranten nach Deutschland, 11 Millionen kehrten wieder zurück.

Ein Schwerpunkt der Beschäftigung von Arbeitsimmigranten aus Süd- und Südosteuropa waren die Automobil- und Automobilzulieferindustrie. Mitte 1971 wurde bei VW Wolfsburg mit 9161 der Höchststand italienischer Arbeitnehmer erreicht. In den Kölner Ford-Werken arbeiteten 1973 fast 11 000 türkische Arbeitsmigranten. [3]

Schon Mitte der 1960er-Jahre zeichnete sich ab, dass für viele Zugewanderte Deutschland zum Lebenszentrum geworden war, der Nachzug von Familienangehörigen begann.

1972 lebten 38% der Migranten länger als acht Jahre hier.

Gegen Ende der 1960er-Jahre revidierte die Gewerkschaft IG Metall die Hypothese vom Provisorium, weil aus „arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Gründen“ die Ausländerbeschäftigung „für längere Jahre als neue gesellschaftliche Dauererscheinung“ zu betrachten sein werde. (2 – Seite 58 ff.)

Franz Woschech vom DGB-Bundesvorstand schrieb in der „Quelle“ vom Dezember 1971:

„Im Herbst 1971 befinden sich über 2,2 Millionen ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. 57 Prozent der Männer und 47 Prozent der Frauen sind bereits länger als vier Jahre in unserem Lande. Seit der Rezession im Jahre 1967 wissen wir, dass die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer nicht vorübergehend und von konjunkturellen Schwankungen abhängig ist.“

Die IG Metall wurde zur treibenden Kraft für die Verallgemeinerung des passiven Wahlrechts vor allem aufgrund des Engagements und der Kämpfe ihrer ausländischen Mitglieder. 1965 hatten sich von den 400 000 ausländischen Arbeitnehmern ca. 100 000 in der IG Metall organisiert, 1970 bereits 214 000. 1962 richtete die IG Metall ein Ausländer-Referat ein, begann mit fremdsprachlichen Publikationen und der Ausbildung ausländischer Vertrauensleute.

Foto: Vincent Dino Zimmer – Kollektiv Plus X

DOMiD – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland

Rolf Gehring, Brüssel. „Seit 1990 sammelt DOMiD in sozial-, kultur- und alltagsgeschichtliche Zeugnisse. Die Gründungsmitglieder waren selbst Migrant*innen. Die ersten Leihgaben stammten aus ihrem Bekannten- und Verwandtenkreis. Zudem kontaktierten sie Betriebe und Gewerkschaften für weitere Zeitzeugnisse, die Deutschlands Migrationsgeschichte dokumentieren. Inhaltlicher Schwerpunkt war damals die Zeit der sogenannten Gastarbeit aus der Türkei, später wurde der Blick geweitet auf alle Herkunftsregionen und Formen der Migration.

Im Gegensatz zu staatlichen Archiven ist die Sammlung „von unten“ gewachsen. Damit bewahrt DOMiD einen bundesweit einzigartigen Fundus an migrantischen Alltagszeugnissen, unter anderem Objekte, Dokumente und Fotos sowie AV-Medien. Zugleich war es von vornherein das Ziel, die Zeugnisse einem breiten Publikum zu präsentieren. Daher wurde die Sammlung wissenschaftlich so erschlossen, dass sie direkt für Ausstellungsprojekte nutzbar ist.“

„Um das historische Erbe der Einwander*innen zu bewahren, wurde ein Archiv (anfänglich in einer Garage in Essen) eingerichtet. Im Jahr 2000 erfolgte der Umzug von Essen nach Köln (Seit 2009 in Räumlichkeiten im Bezirksrathaus Köln-Ehrenfeld). Heute umfasst das Archiv eine bundesweit einzigartige Sammlung an sozial-, alltags- und kulturgeschichtlichen Zeugnissen zur Geschichte der Migration in Deutschland.“

2016 wurde eine Machbarkeitsstudie für ein bundesweites Migrationsmuseum durch das Land NRW und die NRW-Stiftung finanziert. Folgend spricht sich der Rat der Stadt Köln auf Antrag des Integrationsrates Köln für die Ansiedlung des Migrationsmuseums in Köln aus. Die weitere Planung sieht nun eine Bauphase (2027/28) und die voraussichtliche Eröffnung des Museums 2029.

Mitgliederversammlung während der Gründungszeit.
Bild: DOMiD-Archiv, Köln
v.l.n.r. Sevtap Sezer, Aytaç Eryılmaz, Muhittin Demiray, Ahmet Sezer und Gönül Göhler.
Gerne weitere Fotos über DOMiD https://domid.org/news/pressematerial/

(1) Einige Beispiele: **Hasan Özen,** ehemaliges BR-Mitglied bei HKM Duisburg„ 1994 – Bundesverdienstkreuz erstmals an Gastarbeiter verliehen.“ https://www.waz.de/staedte/duisburg/article227420509/vor-25-jahren-bundesverdienstkreuz-erstmals-an-gastarbeiter.html, https://de.wikipedia.org/wiki/Hasan_Özen – **Salih Güldiken,** Betriebsrat und Aufsichtsrat bei Ford, Köln, https://www.bpb.de/themen/migration-integration/anwerbeabkommen/43219/das-mit-dem-grossen-streik-war-nicht-meine-idee/ – **Yilmaz Karahasan,** 1992 – 1995 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, https://de.wikipedia.org/wiki/Yilmaz_Karahasan – **Annese Lorenzo,** Vita da Gastarbeiter, Von Apulien zu VW in Wolfsburg, Die Geschichte des ersten ausländischen Betriebsrats in Deutschland, Dietz Verlag, 2022

(2) Hans Puehretmayer: Das passive Wahlrecht zum Betriebsrat für Migranten und Migrantinnen in der Bundrepublik Deutschland und in Österreich. Ein Vergleich. (S. 77 ff.)

(3) Jörg Huwer: „Gastarbeiter“ im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973. Emition Domid, Migration im Fokus – Band 1. Seite 20 ff. Als E-Book kostenlos erhältlich bei domid.

Linken Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung (ArGe)

ArGe-Sommerschule: 8. August, 14 Uhr, bis 10. August, 16 Uhr, Erfurt. ArGe-Mitgliederversammlung: 10. August.

Donnerstag,
14 Uhr. Begrüßung, Tagesordnung, Diskussionsleitung, Protokoll.
14.30 bis 18 Uhr:
• EU-Wahlergebnis und das ArGe-Projekt „Solidarisches Europa“ (siehe Politische Berichte 1/2024 bis 4/2024). Bericht: Michael Juretzek.
• Partei Die Linke: Wahlergebnisse, innerparteiliche Debatte, EU-Fraktion The Left. Input: Marianne Esders, Dokument in den Kursunterlagen.
• Wahlergebnis aus Sicht der Zivilgesellschaft am Beispiel EGB, Input: Rolf Gehring, Dokument in den Kursunterlagen.
• Fraktionsbildung EU-Parlament, Schwerpunkt Rechte Kräfte – Sammlung um und Differenzen bei inhaltlichen Schwerpunkten. Input: Michael Juretzek, Dokumente in den Kursunterlagen – dieser Punkt kann nach Zeitlage auch Freitagvormittag fortgesetzt werden.

Freitag (9 Uhr bis 18 Uhr):
9 Uhr
• Nationalismus und der imperiale Blick auf die zwischenstaatlichen Beziehungen, Volksgemeinschaft in einer Welt von Feinden. Ideologiebildung am Beispiel Krah, Manifest. Einleitung: Martin Fochler, Dokumente im Kursmaterial.
14 Uhr
• Das Konzept der Regierung Putin zur politischen Strukturierung Europas. Vortrag zur Diskussion: Lutz Brangsch. Wir schließen an die Diskussion bei unserer Tagung am 20./21 April in Mannheim (in Kooperation mit dem Verein für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation) an, bei der wir uns anhand eines Vortrags von Lutz Brangsch mit Positionen der russländischen Opposition bekannt machen konnten. Bericht dazu im Kursmaterial.

Samstag:
9 bis 13 Uhr:
Der Israel-Palästina-Konflikt. Diskussion von Initiativen und Schritten zur Vollendung der Staatenbildung und die öffentliche Meinung in der BRD. Schlaglichter.
• Der aktueller Status Palästinas in der UNO. Einleitung und Dokumente Ulli Jäckel.
• Oslo I und II (Rechtslage der Palästinenser in Palästina). Einleitung und Dokumente Ulli Jäckel.
• Initiativen gegen Antisemitismus und Antiislamismus in der BRD. Rosemarie Steffens.

13 bis 14 Uhr Mittagspause

14 bis 16 Uhr: ArGe-MV
• Kenntnisnahme von Projektberichten (Demokratie verteidigen/ vormals Rechte Provokationen – Demokratische Antworten, Solidarisches Europa, Kalenderblatt, Beteiligung am Archiv linkekritik.de) und Beschluss über Fortsetzung
• Bericht vom Zoom-Meeting der Zusammenschlüsse bei der Linken im Januar 2024 und Wahl des Sprecherrates, kurzer Bericht: Michael Juretzek.
• Organisation der Berichterstattung, (ArGe-Rundbrief)

Achtung: Das Kursmaterial wird zum Kursbeginn in Kopie vorliegen. Einen Link zu einer PDF-Fassung kann zwecks Vorbereitung am Freitag, den 2. August, bestellt werden bei Michael Juretzek, michael.juretzek@nord-com.net.

Zu Rückwirkungen der Europawahl auf das Parteiensystem der BRD

Die Rückwirkungen der Ergebnisse der Wahlen zum Europaparlament auf die Europapolitik werden sich erst abschätzen lassen, wenn im Europaparlament der Prozess der Parteigruppenbildung abgeschlossen ist und Ziele dieser staatenübergreifenden Gruppen/Fraktionen/Parteifamilien erörtert werden können. Wirkungen auf das Parteiensystem in der BRD lassen sich jetzt schon erkennen.

Martin Fochler, München

Die latente Chance einer Mehrheit „Rot-Grün-Rot“, die über lange Jahre in der Luft lag und da und dort auch Realität wurde, ist in einigen Stadtstaaten und Gemeinden noch vorhanden, in der Breite aber dahin.

Die Zustimmungswerte für die AfD bewirken, dass niemand mehr lacht, wenn die Partei „stärkste Partei“ und „Regieren!“ als Ziel ausruft.

Die Zustimmungswerte für das BSW machen dessen Erfolge bei den kommenden Landtagswahlen und der Bundestagswahl wahrscheinlich. Das BSW spricht von Mitregieren in Bundesländern, die Union springt darauf an.

Die Zustimmungswerte für die Kandidatur der Linken waren so niedrig, dass die Partei mit einem Trend konfrontiert ist, den sie brechen muss, wenn sie Positionen in den Länderparlamenten und im Bundestag halten soll.

Ein weiteres, nicht unwichtiges Ergebnis der Europawahlen, dass Wähler mit Reformanliegen ihre Stimmen auf viele kleinere Parteien verteilten. Dieses Phänomen zeigte sich auch den letztvergangenen Kommunalwahlen in verschiedenen Bundesländern.

In sehr vielen Stadt- und Gemeinderäten bildet die Partei Die Linke mit anderen Gruppierungen feste Arbeitszusammenhänge, die bei der oppositionellen Aufgabe der Kontrolle von Verwaltungshandeln funktionieren und auch Möglichkeiten finden, aus der Minderheit heraus Reformprojekt anzustoßen bzw. durchzubringen.

Man spricht von pragmatischer, sachbezogener Zusammenarbeit. Sachbezogene Zusammenarbeit setzt aber vereinbare Absichten in der Sache voraus. Das wird die Frage auf, was diese Zusammenarbeit – wir sehen sie nicht nur in Vertretungskörperschaften, sondern auch im gesellschaftlichen Raum im Kampf um die öffentliche Meinung – trägt.

Wahrscheinlich wirken hier Momente der politischen Moral. Schlagworte wie „Solidarische Stadt“ oder „Xdorf ist bunt“ oder „Kein Mensch ist illegal“ (die Reihe lässt sich fortsetzen) setzen Rahmenbedingungen und wollen unterdrückerisches und ausbeuterisches Handeln ausschließen.

Nimmt man dieses Phänomen der verbandsübergreifenden Zusammenarbeit als Ausgangspunkt, wird deutlich, wie sich die Partei Die Linke nützlich machen kann. Als Partei mit langer Praxis repräsentiert sie politisches Handlungswissen, belastbare Verbindungen zu sozialen Bewegungen und zur Welt der Wissenschaft.

Sie kann aus analytischen und diskur-

siven Möglichkeiten in den Gemeinden, in den Bundesländern, in der Bundespolitik und in der Europapolitik einen politischen Zusammenhang pflegen und fördern, in dem sich dringende Anliegen emanzipativer und solidarischer Politik herausarbeiten lassen.

Die Linke kann ihre Fähigkeiten zur Zusammenarbeit ausbauen, dort, wo es die Lage hergibt, offene Listen bei der Aufstellung von Kandidaten anstreben, und dort, wo andere kleine Parteien auf Eigenständigkeit pochen, zu zuverlässiger Zusammenarbeit fähig sein.

Eine harte Nuss wäre dabei zeitlich als nächstes zu knacken. Wie schaut es mit einem Aktionsprogramm für die Arbeit der Europafraktion aus? Mit Blick auf Forderungen zivilgesellschaftlicher Initiativen und gewerkschaftlicher Organisationen sollten Schwerpunkte im Rahmen des Zielwerts „Emanzipation" formuliert werden können.

Ein großes Problem ist, dass die Tradition der internationalen Solidarität, die ihren Wert im Kampf gegen Rassismus und um universelle Menschenrechte bewiesen hat und immer noch zeigt, das Recht auf staatliche Unabhängigkeit in sicheren, international anerkannten Grenzen nicht als Grundwert linker Politik aufgegriffen hat. Die Frage, was Internationalismus heute heißen soll, steht im Raum und muss auf die Tagesordnung.

Bansky Ausstellung in München (2024), der sprichwörtlichen Elefant im Raum. Foto privat

Juni/Juli 2024: Vielzahl internationaler Konferenzen verbunden mit Nato-, EU-, deutschen Strategieveränderungen

Christoph Cornides, Mannheim

Wie in den Nachrichten zu verfolgen, waren Juni und Juli 2024 voll von internationalen Konferenzen der verschiedensten Arten und Formate, initiiert und organisiert von unterschiedlichen Institutionen und Staaten.

- 13. bis 15. Juni: G 7-Gipfel in Fasano, Italien, mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA sowie EU.
- 15./16. Juni: Gipfeltreffen zum Frieden in der Ukraine in der Schweiz, Nach dem Konferenzort auch „Bürgenstocktreffen". Delegationen von 100 Ländern und Organisationen nahmen teil. Russland war nicht eingeladen. Kurz vor Beginn der Konferenz forderte Putin als Vorbedingungen für eine Friedenskonferenz u.a. den völligen Abzug ukrainischer Truppen aus den Gebieten Cherson, Donezk, Luhansk und Saporischja.
- Nach den Wahlen zum Europaparlament und der Neubesetzung der Spitzenpositionen der EU: 27. Juni, Tagung des Europäischen Rats, Entscheidungsgremium der Vertretungen der EU-Regierungen.
- 3.-4. Juli 2024: Tagung der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (englisch Shanghai Cooperation Organisation (SCO)), in Astana, Kasachstan, unter Teilnahme u.a. von Vertretern von Mitgliedstaaten Xi Jinping, China, Putin, Russland, Mokhber, Iran. Anwesend als eingeladener Gast Erdogan, Türkei. UN-Generalsekretär Guterres besuchte die Konferenz.
- 9. bis 11. Juli: Nato-Gipfel New York.
- 18. Juli 2024: 4. Tagung der Europäischen politische Gemeinschaft (EPG) in England. Die EPG ist ein Treffen von Staats- und Regierungsvertreterinnen und -vertretern von derzeit 47 europäischen Ländern „Für den neuen britischen Premier Keir Starmer ist der Gipfel ein Neustart für die Beziehungen zwischen Großbritannien und Europa. ‚Wir wollen mit Ihnen allen zusammenarbeiten, um die Beziehungen wiederherzustellen, unsere gemeinsamen Interessen wiederzuentdecken.' " (Tagesschau vom 18.7.2024)

Bei allen Konferenzen – außer der der Shanghai-Organisation – war zentrales Thema die Unterstützung der Verteidigung und des Wiederaufbaus der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg

Dagegen protestierten mehrere Erklärungen der Shanghai-Organisation grundsätzlich gegen „externer Einmischung". Belarus wurde in die Shanghai-Organisation auf Drängen Russlands aufgenommen. Die Türkei, zugleich Nato-Mitglied, wurde als Gast eingeladen und scheint die Möglichkeiten einer Doppelrolle auszuloten.[1]

Das Schweizer Gipfeltreffen zum Frieden in der Ukraine stand in der Tradition früherer Beratertreffen um den Zehn-Punkte-Plan Selenskyj (siehe dazu auch die Berichterstattung in den Politischen Berichten 2/2024 und 3/2024). Es war insofern Teil des Sammlungsversuches von Staaten um USA, Nato und EU, um Druck auf Russland für spätere Spitzengespräche über Waffenruhe und Friedensverhandlungen auszuüben. Es „... wurde nicht über ein Ende des Krieges verhandelt. In der Abschlusserklärung wird Russland zudem nicht ausdrücklich für seinen Angriff verurteilt. Dennoch verweigerten einige Staaten ihre Unterschrift (darunter) Brasilien, Mexiko, Saudi-Arabien, Südafrika, Indien und Indonesien." (Deutschlandfunk vom 17.6.2024).

Der Tagung des Europäischen Rates vom 27. Juni in Brüssel hatte und hat aus Sicht der EU-Regierungen besondere strategische Bedeutung für die Ausrichtung der neuen Amtsperiode 2024 bis 2029 des Europäischen Rates. Sie verabschiedete ein 24seitiges Dokument „Tagung des Europäischen Rates (27. Juni 2024) – Schlussfolgerungen".[2]

Schwerpunkte sind für Europa: nach außen die Erweiterungen (Ukraine, Moldau), an inneren Reformen Maßnahmen zur stärkeren Eigenständigkeit auf militärischem Gebiet gegenüber der und in Kooperation mit der Nato. Das Dokument wird abgeschlossen mit einem Anhang, betitelt „Strategische Agenda 2024 – 2029". Die Schlussfolgerungen bestärken die Zielsetzungen des 2022 verabschiedeten Strategischen Kompass, vom deutschen Verteidigungsministerium damals betitelt mit: „Strategischer Kompass am Ziel: EU Europäische Union wird bei Verteidigung handlungsfähiger" und kommentiert mit: „Der strategische Kompass für Sicherheit und Verteidigung wurde durch die Außen- und Verteidigungsminister der EU-Mitgliedstaaten angenommen. Damit geht ein zweijähriger durch Deutschland initiierter Strategieprozess erfolgreich zu Ende."[3]

Initiiert wurden diese Vereinbarungen unter der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020. Wichtige Veränderungen, mit denen wir jetzt konfrontiert sind, wurden damals beschlossen. Auch das Gerede über die „Führungsrolle Deutschlands" innerhalb der EU-Militärorganisierung dürfte da seine Basis haben. „Mit dem strategischen Kompass wurde eine schnell verlegbare Eingreiffähigkeit EU Rapid Deployment Capacity (EU RdcEU RapidDeploymentCapacity)

beschlossen. Deutschland wird mit der Führung der EU-Battle-Group 2025 einen Kern der neuen EU RdcEU RapidDeploymentCapacity stellen. (siehe dazu auch nachfolgenden Artikel). Darüber hinaus wird Deutschland zum logistischen Zentrum nicht nur zur Unterstützung der Selbstverteidigung der Ukraine, sondern auch für eine neue Version der Vorwärtsverteidigung gegen Russland. Beim Nato-Gipfel am 9./11. Juli 2024 wurde in dem Zusammenhang dann auch nicht nur 75 Jahre Nato abgefeiert, sondern auch die Stationierung neuer US-Marschflugkörper, die bis nach Moskau reichen, vereinbart. Das deutsche Parlament wurde nicht informiert. Das sei so lange nicht nötig, wie keine Kosten für Deutschland entstehen, verteidigt sich die Regierung. Über die Stationierungskosten und deutsche Kostenanteile wird offensichtlich noch verhandelt.[4]

Internetquellen: (1) astanatimes.com/2024/07/heres-what-you-need-to-know-about-sco-summit-in-astana/ **(2)** www.consilium.europa.eu/media/xysmymhe/euco-conclusions-27062024-de.pdf **(3)** (www.bmvg.de/de/aktuelles/strategischer-kompass-entwicklung-strategischer-grundlagen-278176 **(4)** (Tagesschau vom 12.7.2024; www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/stationierung-us-waffen-100.html).

Die gerechtfertigte Verteidigung der Ukraine …

Martin Fochler, München. Im Juni/Juli verdichten sich die Berichte, dass die Ukraine die im Frühsommer zwecks Eroberung der vierzig Kilometer von der russischen Grenze gelegenen Stadt Charkiw gestartete Offensive der RF abwehren konnte. Ende Mai hatte nach den USA auch die BRD der Ukraine „erlaubt, einige Ziele auf russischem Boden mit den von ihnen gelieferten Langstreckenwaffen zu treffen[1]. Die Ballung großer Truppenverbände, für die Eroberung einer Metropole unabdingbar, wurde für die RF damit zu riskant. Die Fähigkeit, entlang der Front Stellungen und Siedlungen durch konzentrierte Angriffe zu ruinieren und nach Westen vorzurücken, hat die RF nicht eingebüßt. Die Ukraine musste mehrere Orte räumen und im Süden Stellungen am Ostufer des Dnjepr aufgeben.

Mit dem Luftangriff auf die zentrale Kinderklinik in Kiew demonstrierte die RF, wozu ihre Kriegführung technisch und moralisch im Stande ist. – In der militärtechnischen Diskussion wird darauf hingewiesen, dass die von der Ukraine so dringlich erbetene Ausstattung mit modernen Jagdflugzeugen den Schutz vor derartigen Angriffen verbessern würde.

Wie lange und in welchem Maßstab die RF den gerade für sie als Angreifer besonders verlustreichen Abnutzungskrieg durchhalten kann, ist umstritten. Die zunehmend harte Repression russischer Oppositioneller kann als Zeichen nachlassender Kriegsbereitschaft der Bevölkerung gewertet werden. Aktuell aber kann die Regierung Putin über ausreichend Material und Menschen verfügen.

Auf der Seite der Ukraine belegt der Beschluss, Wehrpflichtige schon ab 25 (vorher 27) Jahren einzuziehen und die verschärfte Durchsetzung der Wehrverfassung die Anspannung der Kräfte.

Eine verbesserte Verteidigung der Ukraine würde – zusammen mit der erfolgreichen Abwehr des Großangriffs auf Charkiw – die Entstehung einer Verhandlungssituation begünstigen. Integraler Teil solcher Verhandlungen müssten Rüstungsbegrenzungen und Kontrollen auch auf der Seite der Nato sein.

… und die verderbliche Tradition der „Vorwärtsverteidigung“ …

Die Westgrenze zur Russischen Föderation und ihrem eng verbündeten Nachbarn Weißrussland ist duch den Angriff auf die Ukraine zu einer Militärgrenze geworden. Kommt es zu Verhandlungen, wird die Frage von Sicherheitsgarantien in den Vordergrund rücken. Die Erfahrung der Ukraine war, dass die damals geltenden Bestimmungen die RF nicht hinderten, in unmittelbarer Nähe zur Grenze Angriffsverbände und Stoßarmeen zu formieren, die aus dem Stand angreifen konnten und dann – für viele undenkbar – auch tatsächlich angriffen. Aus diesem Kriegsbild ergibt sich, dass ein Waffenstillstands- oder gar Friedensvertrag mit der Installation einer ziemlich breiten Zone verbunden sein müsste, in der beide Seiten auf die Platzierung angriffsfähiger Formationen verzichten. Im Gegensatz dazu stehen Strategien der „Vorwärtsverteidigung“ und des „Präventivschlages“, die in der Zeit des kalten Krieges erdacht und durch entsprechende Truppenplatzierung unterstrichen wurden.

Der Nato-Beitritt von Finnland und Schweden ist vollzogen. Finnland hat seine Grenzsicherung verstärkt, Schweden erhöht seit 2022 seine Militärpräsenz und Kampfkraft auf der Insel Gotland, nach allem, was man weiß, ist Art und Umfang dieser Rüstungen in keiner Weise auf einen Präventivschlag gegen das Territorium der RF ausgerichtet. Wenn z.B. Schweden, wie aus Pressemeldungen hervorgeht, Panzerwaffen auf der (schwedischen) Insel Gotland stationiert, geht es um die Abwehr eines möglichen Landungsversuchs.

Anders verhält es sich mit der anlaufenden festen Stationierung einer offiziell so bezeichneten „schweren Kampfbrigade“ der Bundeswehr (Stärke der Garnison im Endausbau wird mit 5000 angegeben.[2] Es lohnt sich die Quelle ganz zu lesen, hier ein Auszug:

„(…) Ihre volle Einsatzfähigkeit soll die Brigade Litauen bis Ende 2027 erreichen. Als schwere Kampfbrigade ausgelegt, wird sie künftig von der Division 2025 des Heeres geführt. Drei Kampftruppenverbände gehören dazu:

- das Panzergrenadierbataillon 122 aus Oberviechtach in Bayern
- das Panzerbataillon 203 aus Augustdorf in Nordrhein-Westfalen
- die multinationale eFPenhanced Forward Presence-Battlegroup Litauen. Sie wird als dritter Kampftruppenverband in die Brigade der Bundeswehr in Litauen eingegliedert. (…)“

www.bing.com/maps

Bekanntlich ist der Oblast Kaliningrad internationale unbestritten Territorium der Russischen Föderation, eine Landverbindung besteht aber nicht. Die erwähnte „schwere Kampfbrigade“ wird in Reichweite der Grenze zum Oblast Kaliningrad stehen. Unklar ist, in welche Kommandostruktur diese Bundeswehr-Brigade eingebettet ist. Nach Lage der Geografie funktioniert definitiv nicht nur ein Mittel der Verteidigung der Landesgrenzen Litauens gegen einen durch Estland oder über Weißrussland vorgetragenen Angriff der RF, sie hat auch die Qualität eines Angriffsmittels gegen den Oblast Kaliningrad.

Abrüstungsverhandlungen setzen nicht auf guten Willen, sie gehen eher davon aus, dass politische Zielsetzungen und Normen veränderlich sind, weswegen es Sinn macht, das verfügbare Arsenal zu begrenzen.

Nach den Erfahrungen des Angriffs auf die Ukraine wäre es angebracht, nicht nur über Begrenzung von Waffen zu sprechen, sondern auch über unzulässige Mobilisierungen und Bereitstellungen, damit wird die Zeitspanne zwischen Aufmarsch und Angriff ausgedehnt, Raum für Verhandlungen und für die Mobilisierung von Kriegsgegnerschaft.

(1) Berlin lässt Ukraine „deutsche Waffen gegen Ziele in Russland einsetzen, nachdem auch die USA ihre Haltung lockern“ | AP-Nachrichten (apnews.com) https://apnews.com/article/russia-ukraine-war-kharkiv-biden-missiles-9da696ff36130fe8c7033f3960eff382 **(2)** Brigade Litauen: Dienen und leben im Baltikum (bundeswehr.de) https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/bundeswehr-litauen-grosse-schritte-deutsche-kampfbrigade

Demokratie verteidigen – Redaktionsnotizen Red. Rosemarie Steffens, Langen, Hessen

Vereine fordern Gemeinnützigkeitsreform

Christiane Schneider. Am 18. Juni schrieben 110 lokale Vereine vom Sportverein in Rostock über die Gewerkschaftsjugend aus Thüringen bis zum Anti-Rechtsextremismus-Bündnis aus München einen Brandbrief an die Bundesregierung: „Fehlende Gemeinnützigkeitsreform gefährdet unsere Existenz“. Eine Woche später forderten 54 überregionale Vereine in einem weiteren Brief ebenfalls „rechtsstaatliche Sicherheit“, konkret die Reform des veralteten Gemeinnützigkeitsrecht, wie es im aktuellen Koalitionsvertrag versprochen wurde. Hintergrund ist der Entzug der Gemeinnützigkeit für u.a. attac. „... wir alle werden in unserem Engagement durch das Gemeinnützigkeitsrecht behindert. Es gefährdet unsere Arbeit,“ heißt es im Schreiben der lokalen Vereine. Die Vereine fordern deshalb, dass der Einsatz für demokratische Werte, Menschenrechte, Antidiskriminierung und Rechtsstaatlichkeit endlich eindeutig als gemeinnützig anerkannt wird; dass Vereine, die sich politisch für ihre Satzungszwecke engagieren, Rechtssicherheit bekommen; und das Vereine, die gelegentlich tagespolitische Themen aufgreifen wie z.B. Sportvereine für eine Anti-Rechts-Demonstration, nicht um ihre Existenz fürchten müssen. Die letzte Chance, in dieser Legislaturperiode Rechtssicherheit zu schaffen, ist die für September anstehende Beratung des Jahressteuergesetzes II. Bisher ist keine öffentliche Reaktion der Koalition bekannt.

Die Initiative 19. Februar Hanau fordert Handlungskonsequenzen

Rosemarie Steffens. Nach über vier Jahren entschuldigt sich der neue hessische Innenminister Poseck bei den Betroffenen des rechtsterroristischen Anschlags in Hanau für die Fehler beim Polizeieinsatz. „Gut, dass das endlich passiert! Aber: Man kann kein Vertrauen zurückgewinnen, wenn man die zentralen Versäumnisse der Polizei und der dafür Verantwortlichen auch nach vier Jahren nicht beim Namen nennt! ... wenn man sagt, die Polizei habe trotz allem gut gearbeitet! Die Verantwortlichen sind befördert oder in den Ruhestand geschickt worden, dazu sagt der Innenminister kein Wort. ... R. Ullmann, am 19.2.20 Chef des Polizeipräsidiums Südosthessen, damit hauptverantwortlich, wurde fünf Monate nach der Tat von Innenminister Beuth zum Hessischen Polizeipräsidenten befördert. Er hat sogar im Untersuchungsausschuss zu Hanau seine Verantwortung zum nicht funktionierenden Notruf vertuscht. ...“ Çetin Gültekin: „Was passiert mit der Waffenbehörde Main-Kinzig-Kreis, die dafür verantwortlich ist, dass der rechtsextreme Täter legal Waffen besaß? Ich wünsche mir Konsequenzen für die Verantwortlichen, und dass die angekündigte Verschärfung des Waffenrechts in die Tat umgesetzt wird. Dann wären die Ankündigungen für mich glaubhaft.“

https://19feb-hanau.org/2024/06/29/eine-entschuldigung-ohne-konsequenzen/

Zehntausende gemeinsam gegen AfD-Parteitag in Essen

Wolfgang Freye, Thorsten Janoff. Mehrere zehntausend Menschen – die Veranstalter sprachen von insgesamt 70 000 – haben am Wochenende 28. bis 30. Juni mit vielfältigen Aktionen und Demonstrationen in Essen gegen den AfD-Bundesparteitag protestiert. Bereits Anfang 2023 hatte die AfD mit der Messe Essen einen Mietvertrag für die Grugahalle abgeschlossen. Im Mai 2024 wies der Rat der Stadt Essen die Geschäftsführung der Messe mit großer Mehrheit an, von der AfD nachträglich eine schriftliche, mit 500 000 Euro bewehrte Selbstverpflichtung zu verlangen, dass strafbare Äußerungen wie die SA-Parole „Alles für Deutschland“ und Ähnliches verhindert bzw. unterbunden werden. Da die AfD diese nicht unterschrieben hat, wurde der Mietvertrag gekündigt. Diese Kündigung wurde vom Verwaltungsgericht Gelsenkirchen jedoch gekippt.

Umso wichtiger war es, dass es zu großen, breit getragenen Aktionen gegen den Parteitag kam. Mehrere Bündnisse hatten sie monatelang vorbereitet: Das von Essen stellt sich quer und Aufstehen gegen Rassismus initiierte Bündnis „Gemeinsam laut“ organisierte eine Rave-Demo am Freitag Abend, eine Demonstration am Samstag, an der allein bis zu 50 000 Menschen teilnahmen, und anschließend gemeinsam mit der Allianz für Weltoffenheit eine Kundgebung mit Konzert gegen Rechts. Die Allianz vertritt ein eher bürgerliches Spektrum mit der Stadtspitze und den Kirchen als wichtigen Trägern. Des Weiteren bildete sich das Bündnis „Widersetzen“, das das Ziel verfolgte, den Parteitag durch Blockaden und zivilen Ungehorsam zu verhindern. Es wurde von autonomen und antirassistischen Gruppen aus der ganzen Bundesrepublik, aber auch der Gewerkschaft Verdi getragen. Immerhin führten die Aktionen dazu, dass der Parteitag eine halbe Stunde später als geplant anfing und etliche Delegierte zu spät kamen. Dass es den unterschiedlichen Akteuren gelungen ist, die Proteste gemeinsam oder zumindest friedlich nebeneinander zu entwickeln, ist vielleicht der wichtigste Erfolg der Aktionen. Dabei hatten die Medien insbesondere der Funke-Gruppe im Vorfeld zum Teil massiv Stimmung gemacht und vor „Chaos“ und „Gewalt“ gewarnt. Etliche Geschäftsleute in Essen-Rüttenscheid hatten ihre Läden und Kneipen geschlossen und zum Teil verrammelt und stellten hinterher fest: Es gab keinen Grund dafür. Die Polizei spricht von 28 bei Blockadeaktionen verletzten Beamten, einer davon schwer, 143 Anzeigen sowie 22 Festnahmen und lässt selbst durchblicken, dass das alles in allem nicht viel ist. „Widersetzen“ und das Legal-Team von Rechtsanwälten hat mehrere völlig überflüssige Stopps von Bussen und 80 Fälle von Polizeigewalt dokumentiert. Die Festgenommenen wurden teilweise bis Sonntag festgehalten, der Zugang zu anwaltlicher Vertretung und Beratung wurde teilweise nicht gewährt. Dem wird nachgegangen, Anfragen z.B. für den Polizeiausschuss sind angekündigt.

Einordnung von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Thüringen

Rosemarie Steffens. Nach den Kommunalwahlen und vor der Landtagswahl 2024 erschienen zum vierten Mal die „Thüringer Zustände“, von den Beratungs- und Forschungsstellen ezra, MOBIT, KomRex und IDZ herausgegeben von der Landesregierung gefördert mit einem Grußwort von Dr. Jens-Christian Wagner, Direktors der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Auf 77 Seiten werden Phänomene der Demokratiegefährdung, Abwertung, des Rechtsextremismus, Rassismus faktenbasiert dargestellt und auch unter zivilgesellschaftlicher Betroffenenperspektiven kritisch eingeordnet. Damit wird eine solide Informations- und Dokumentationsgrundlage für Verantwortliche in Behörden und zivilgesellschaftliche Akteure bereitgestellt.

https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/IDZ-ThuerZustaende24-Broschur-170x240mm-D-gesamt-web-Doppelseiten.pdf

Antiziganismus bekämpfen!

Christiane Schneider, Hamburg. Mitte Juni erschien der bisher zweite Jahresbericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA). Er listet für 2023 1.233 antiziganistische Vorfälle auf, gegenüber 621 im Jahr 2022. Zwei Wochen vor Erscheinen des Berichts zerstörten in Flensburg unbekannte Täter Teile eines im erst 2023 errichteten Mahnmals für Sinti und Roma, einige Tage später beschmierten Unbekannte das Haus einer Sinti-Familie in Trier, in dem auch ein Überlebender des Holocaust wohnt, mit Hakenkreuzen und rechten Parolen. Antiziganistische Vorfälle sind Alltag in Deutschland.

Das Projekt MIA ist jung. Zunächst vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma aufgebaut, ist MIA inzwischen eigenständig. Zu den zunächst drei regionalen Meldestellen in Berlin, Rheinland-Pfalz und Sachsen sind inzwischen zwei weitere in Bayern und Hessen dazugekommen. Darauf und auf den zunehmenden Bekanntheitsgrad von MIA dürfte die Steigerung gemeldeter antiziganistischer Vorfälle im Jahr 2023 zumindest teilweise zurückzuführen sein. Aber klar ist auch, dass die von Betroffenen oder Zeugen gemeldeten Vorfälle das tatsächliche Ausmaß antiziganistischer Diskriminierung und Gewalt kaum annähernd widerspiegeln, weil die meisten Vorfälle bisher eher nicht gemeldet werden.

So können Betroffene und Zeug_innen antiziganistische Vorfälle bei *MIA* melden:

- *Über unser Online-Meldeformular:* **www.antiziganismus-melden.de**
- *Per Anruf, Nachricht und Sprachnachricht unter der Nummer:* **+49 179 663 29 54**
- *Via Social Media:* **mia_bund**, **MIA**, **MIA_Bund**

MIA – Melde- und Informationsstelle Antiziganismus

Von den 1.233 antiziganistischen Vorfällen sind zehn Fälle extremer Gewalt, 40 Angriffe, 502 Diskriminierungen, 27 Sachbeschädigungen, 46 Bedrohungen und 600 verbale Stereotypisierungen; in acht Fällen war die Art des Vorfalls unklar. Auch wenn das Dunkelfeld groß ist, vermittelt der Bericht einen niederschmetternden Eindruck: wie präsent Antiziganismus in der Gesellschaft ist; wie vielfältig seine Facetten sind und wie umfassend er das alltägliche Leben von Sinti und Roma belastet: auf dem Arbeitsmarkt und im Kontext Wohnen, bei öffentlichen Veranstaltungen, im Gesundheitsbereich, in Jobcentern, Jugendämtern, Ausländerbehörden, in kommunalen Verwaltungen und nicht zuletzt in Schulen. Tatsächlich hat MIA die meisten antiziganistischen Vorfälle (212) in Bildungseinrichtungen dokumentiert. Schulen seien, stellt der Bericht fest, in den aufgeführten Fällen „keine geschützten Räume für junge, von Antiziganismus betroffene Menschen". Neben Mobbing durch Lehrkräfte und Mitschüler erführen Roma und Sinti institutionellen Antiziganismus durch Segregation im Bildungssystem. Besonders betroffen seien geflüchtete Roma und Kinder von EU-Bürgern, die oft als Roma gelesen würden: Sie werden oft über einen langen Zeitraum gar nicht beschult. Auch die Schulämter spielen dabei nicht selten eine üble Rolle.

In 83 der gemeldeten Fälle von Antiziganismus, auch in Fällen von schwerer Gewalt, war Polizei beteiligt. Deshalb und weil die Polizei „historisch, über vier deutsche Staaten hinweg, und bis in die Gegenwart eine der zentralen gesellschaftlichen Instanzen des Antiziganismus in Deutschland" ist (S. 38), legt der Bericht einen Schwerpunkt auf Antiziganismus in der Polizei. Seit dem 18. Jahrhundert verortet Polizei Sinti und Roma als Problem der Sicherheits- und Ordnungspolitik. Sie organisierte ihre Überwachung. Ihre seit Ende des 19. Jahrhunderte praktizierte Sondererfassung und ihre Datensammlungen über Sinti und Roma wurden im Faschismus Grundlage für Deportation und Völkermord. Auch nach 1945 wurde diese Praxis fortgesetzt, intensiv bis in die 1980er Jahre und bis heute nicht vollständig beendet. Zum einen ist häufig die „antiziganistische Annahme einer Kriminalitätsneigung von Sinti* und Roma*" anzutreffen. Zum anderen werden Opfer von Diskriminierung und Kriminalität von der Polizei oft nicht ernst genommen. So wurde ein Vater, der eine Anzeige wegen extrem rechter Parolen auf dem Schulhof seines Sohnes aufgeben wollte, von der Polizei abgewiesen mit der Drohung: „Soll ich mal bei dir schauen, was du ggf. alles auf dem Kerbholz hast".

Es gibt auch Ansätze in Polizeien, für Antiziganismus zu sensibilisieren, doch sie sind ungenügend. MIA empfiehlt deshalb u.a. die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen und die Überprüfung polizeilicher Datenbanken durch die Datenschutzbeauftragten.

www.antiziganismus-melden.de/wp-content/uploads/2024/06/MIA-JB-2023-Internet.pdf

TikTok und die (extreme) Rechte

Olaf Argens. Schmitten/Hessen. Die Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main beschäftigt sich schon länger mit Medienpädagogik, Trends, Strategien und Ästhetik in der Social Media-Kommunikation. Nachdem sich spätestens mit der Studie „Jugend in Deutschland 2024" gezeigt hat, dass ein erheblicher Anteil der Erstwähler:innen mit der AfD sympathisiert, und die Zustimmungswerte auch mit der Präsenz rechtsextremer Akteure auf Social-Media, insbesondere auch der AfD, in Zusammenhang gebracht werden, hat die Bildungsstätte jetzt eine Untersuchung über die unter Jugendlichen aktuell beliebteste Kurzvideo-Plattform TikTok veröffentlicht .
(www.bs-anne-frank.de)

Den Autoren:innen geht es darum zu verstehen, wie der Konsum von Inhalten der Plattform zur Bildung und Festigung rechtsradikaler Meinungen beiträgt. Dabei wird vorausgesetzt, dass es hier keinen linearen Zusammenhang gibt. Vielmehr geht es um eine Gemengelage aus unzureichendem historisch-politischen Wissen, Aufmerksamkeitsökonomie, Social Media Logiken und der Komplexität von Krisen und Konflikten. TikTok fungiert als Suchmaschine, Nachrichtenquelle, Hausaufgabenhilfe, Kontaktplattform, Messengerdienst und Unterhaltungsplattform. Sie ist stark algorithmisch getrieben, KI generiert und unterscheidet sich insofern von Instagram, wo Followerschaft und Netzwerk maßgeblich bestimmen, was beim Nutzer ankommt.

Dazu drei Beispiele: (1) Als Test wird das Suchwort „Gaza" eingegeben. Mit wenigen Klicks gelangt man von Israel bezogenem Antisemitismus zur AfD. (2) Die rassistische Textzeile, die einem Sylter Club auf die Melodie „L'amour toujours" gesungen wurde, ist seit längerem ein Erkennungszeichen rechter Gruppen auf der Plattform. Originalinhalte können durch Re-Uploads massenhaft verbreitet werden, ggf. mit Musik und neuen Untertiteln. Auf diese Weise ist ist es leicht möglich, die Vorgaben der Plattform zu umgehen. (3) Maximilian Krah inszeniert sich auf der Plattform als Kümmerer, rechte Vaterfigur und Welterklärer (Originalton: echte Männer sind rechts; unsere Vorfahren waren keine Verbrecher.)

Ungeachtet der rechten Dominanz plädiert die Bildungseinrichtung dafür, die Plattform nicht einseitig als Gefahr oder Leitmedium der Zukunft zu betrachten. In der Medienpädagogik geht es darum, die Bedeutung von Emotionen, Ästhetik und indirekter Kommunikation zu durchschauen. Demokratische Inhalte sollten verstärkt in die Netzwerke getragen werden und dort präsent sein.

Wie die AfD die Gemeinderäte kapern will

Cem R. Sey, Öhningen*

Öhningen ist mit knapp 4000 Bewohner*innen eine kleine Gemeinde im Landkreis Konstanz. Das vom Zwiebelturm eines mächtigen alten Klostergebäudes überragte Dorf liegt am Bodensee. Genauer gesagt, auf der idyllischen Halbinsel Höri am Untersee, wo der Rhein aus dem Bodensee herausfließt und einst Kulturgrößen wie Otto Dix und Herman Hesse im „Exil" Frieden vor den Nachstellungen der Nazi-Diktatur fanden. Ein Grenzdorf. Die Schweizer Stadt Stein am Rhein, ein touristisches Juwel, ist nur einen Steinwurf entfernt.

Doch die jüngsten Wahlkampagnen für die Europa-, vor allem aber die Gemeinderatswahlen, haben auch gezeigt, dass die konservativ-beschauliche Idylle trügt. Klammheimlich und sehr strategisch hat die AfD im letzten Jahr Fuß gefasst, wo seit Jahrzehnten christlich-konservative Handwerker, lokale Würdenträger und die Gründergeneration der Grünen miteinander um Streuobstwiesen, Froschzäune oder Baugrundstücke ringen.

Um die neue Taktik der AfD zu erläutern, wird hier aus dem kleinen Dorf am Bodensee berichtet. Ihr Vorgehen ist dabei alles andere als offen. Geschickt inszeniert und befeuert sie lokale Streitthemen und schürt Zweifel und Unzufriedenheit. Später nutzt sie den Glaubwürdigkeitsbonus der lokalen Bürgerinitiativen als basisdemokratische Stimme. Nur wer genauer hinschaut, erkennt die dezente Steuerung durch die „Alternative". So offenbarte erst der lauter werdende Wahlkampf, wie erfolgreich die Blauen inzwischen Bewohner und Bürgerinnen angesprochen und aufgemischt hatte. Kurioserweise, ohne dass die meisten von ihnen sich im Klaren darüber waren, mit wem sie es zu tun haben.

Bürgerinitiativen als „trojanische" Pferde

Als rund um den Hausberg „Schienerberg" der Gemeinde Öhningen, 2023 bekannt wurde, dass das Land Baden-Württemberg zusammen mit der Gemeinde auf dessen Kuppe mehrere Windkrafträder und Solarparks plant, formiert sich unter den Anwohnenden schnell Widerstand. Die Gemeinde Öhningen selbst ist nur für ein einziges Windrad verantwortlich, welches vom Land finanziell gefördert werden soll – Extraeinnahmen, die der Gemeindehaushalt gut gebrauchen kann.

Alles fängt mit einem Waldspaziergang im Oktober 2023 an. Zu diesem hatte der lokal ansässige AfD-Aktivist Thorsten Otterbach eingeladen. Während des Spaziergangs zum geplanten Standort eines der Windräder wurde die vermeintlichen Gefahren aufgeklärt, die von Windkraftanlagen ausgehen sollen. Otterbach, der im Jahr 2021 im Landkreis Konstanz erfolglos für den Landtag kandidierte, wurde dabei unterstützt von einem „Experten": Walter Schwäbsch, ein Diplomgeograf, Unternehmensberater, seit 35 Jahren Reserveoffizier und Beisitzer im Kreisvorstand der AfD in Konstanz. Angeblich sei beim Spaziergang spontan die Idee entstanden, eine Liste für die Gemeinderatswahlen im Juni 2024 zusammenzustellen.

Kurz vor Weihnachten folgt der nächste Schritt: Diesmal lädt Otterbach zu einer Versammlung am 11. Januar 2024 nach Öhningen ein. Dort, in den „Fischerstuben", sollen Taten folgen. „Wir haben jetzt die Möglichkeit über eine eigene parteiunabhängige Liste in die Gemeinde- und Ortschaftsräte einzuziehen und unsere Ideen einzubringen und umzusetzen", jubelt Otterbach. Zielgruppe: Erklärte Windkraft-Gegner die mit dem von Otterbach ausgemachten „Megathema Windräder" nun Politik machen wollen. Ach ja, um Grundsteuer, lokale Finanzen und Bushaltestellen soll es auch noch gehen. Man sei gegen den nun anstehenden „versehrtengerechten " Ausbau der wenigen Haltestellen der Höri. War da was mit behinderten Menschen und der NSDAP?

Die Inszenierung der vermeintlich „parteiunabhängigen Liste" setzt sich im März in einem kostenlosen Anzeigenblatt mit redaktionellem Teil fort, in dem der AfD-Vertreter gerne und regelmäßig Artikel über seine Initiativen absetzt. Dort werben nun zwei Mitglieder der inzwischen gegründeten Bürgerinitiative „Freunde der Höri e.V." um Mitstreitende gegen Windkraft. Der Name Thorsten Otterbach oder ein AfD-Bezug wird nicht genannt. Dafür aber verdrehte Fakten über die Arbeit eines angeblich windkraftlobbyhörigen Öhninger Gemeinderats. Die lokale Bürgerinitiative, „Freunde der Höri e.V." gibt sich zunächst aufklärerisch, veranstaltet zahlreiche Bürgerdiskussionen, gibt dort aber nur Windkraftgegnern das Wort. Es fällt kaum auf, wie sehr Kritik und Gegenargumente rund um Windkraft aus der Mottenkiste des AfD-Grundsatzprogramms (Atomkraft ist die Lösung etc.) entlehnt werden.

Otterbach taucht wenig später wieder auf. Diesmal als offizieller Kandidat auf Platz vier der von ihm initiierten Liste „Initiative Gegenwind". Vor ihm auf Platz drei: Seine Teenager-Tochter, die als die jüngste Kandidatin der Höri-Gemeinde vorgestellt wird. Mit dem Ziel „Ökologie- und Naturschutzaspekten bei Windrädern mehr Gehör zu verschaffen".

Die Liste erregt auch deshalb Aufsehen, weil es ihr gelungen ist für den ersten Platz den Bauunternehmer Justus Wolf zu gewinnen, ein Mitglied der von Nazis verfolgten lokalen jüdischen Arztfamilie Wolf. Auf Nachfragen der Tageszeitung „Südkurier" gibt ein Listenmitglied, Karin Glasze-Kolitzus, an, dass sie und Justus Wolf seit 2011 „eine gute Nachbarschaft" mit Otterbach „pflegen". Wolfs jüdische Vorfahren starben in Konzentrationslagern, sein Großvater Nathan Wolf war in Dachau, wie im digitalen Familienarchiv belegt ist. In der Online-Sammlung zur Familiengeschichte informieren die Historiker Anne Overlack und Uli Braun zudem über die Hilfe von Justus Wolfs Vater Gert bei der Tätersuche nach der Verwüstung des jüdischen Friedhofs in Wangen im Jahr 1992. Dieser war auch der Grabstein des Großvaters zum Opfer gefallen. AfD-Mitglied Otterbach wohnt direkt hinter dem Familienhaus der Wolfs.

Erst die genauere Lektüre der Hochglanz-Anti-Windkraft-Prospekte, die plötzlich in allen Briefkästen der Höri-Gemeinden landen, offenbart, dass die Aktivist_innen ihre Fakten von Vernunftkraft beziehen. Einer Bundesinitiative für vernünftige Energiepolitik. Diese gilt allerdings als der führende Windkraftgegner-Lobbyverband und fungiert als Dachverband von ca 920 Bürgerinitiativen in Deutschland. Der Erste Vorsitzende, Nikolai Ziegler, ist laut Greenpeace ein Zweifler am wissenschaftlichen Konsens zum Klimawandel.

Bis sich schließlich einige besorgte De-

4. Mai 2024: Mehr als 300 Menschen folgten dem Aufruf des Bündnisses „Höri, Gemeinsam für Demokratie" und demonstrierten vor dem Rathaus hningen gegen Rechtsextreme.

Die Linke – Kreisverband Konstanz unterstützte die Aktion.

* Siehe auch: www.links-bewegt.de/de/article/856.wie-die-afd-die-gemeinder%C3%A4te-kapern-will.Foto: Axel Weißenberger

mokrat_innen aller Parteifarben für ein Bündnis „Höri, Gemeinsam für Demokratie“ zusammenfinden, ist es fast schon zu spät. Anlass ist die Befürchtung, dass die AfD die Gemeinderatswahlen mit Listen sogenannter Windkraftgegner_innen kapert, um endlich auch ein Fuß in die Dorfpolitik zu kriegen. In vielen Gemeinden, nicht nur in den östlichen Bundesländern, sondern längst auch in den ländlicheren Teilen Baden-Württembergs, versucht die AfD auf diese Weise Fuß zu fassen.

Nur mit großer Mühe gelingt es, in der Dorfgemeinschaft über die Vorgänge aufzuklären. Schließlich rüttelt eine eilig organisierte Kundgebung vor dem Rathaus in Öhningen am 4. Mai mit Politprominenz doch die Gemüter auf. Es ist eine für diese Verhältnisse große politische Demonstration mit rund 350 Teilnehmenden – laut Angaben der örtlichen Polizei die erste große Demo seit 1945. Der Bundestagsabgeordnete des Landkreises Konstanz, Andreas Jung (CDU), Lina Seitzl (SPD) und Ann-Veruschka Jurisch (FDP) sowie die Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Grüne, Nese Erikli, kommen an diesem Samstag trotz vollem Terminkalender. In leidenschaftlichen Reden waren sie sich – jenseits der Tagespolitik – einig: Wehret den Anfängen! Die Brandmauer müsse stehen. Auch die Warnungen der beiden Höri-Pfarrer, ein Katholik und ein Protestant, waren deutlich.

Die Vertreter des Bündnisses „Höri, Gemeinsam für Demokratie“ konnten den Teilnehmenden darlegen, wie viel Mühe sich die Gegenwind-Liste machte, nachdem Kritik gegen sie laut wurde. Sie hatten nämlich die Flyer des Bündnisses kurz vor der geplanten Kundgebung plagiiert und erneut in alle Briefkästen der Höri verteilt. Vielen fällt es zunächst schwer zu glauben, dass es sich bei der Initiative Gegenwind (IGW) um eine AfD-Tarnliste handelt. Überall im Dorf wird heftig debattiert, langjährige Freundschaften zerbrechen, Nachbarn streiten.

Ein Anliegen des Bündnisses ist es auch, die „echten“ Windkraftgegner_innen auf der Liste, die keine AfD-Sympathisanten sind, zu warnen. Mit ihrer Kandidatur tragen auch sie Verantwortung dafür, dass die AfD schließlich durch die Hintertür in den Gemeinderat einzieht. Doch der Name der AfD steht nirgends. Aber Justus Wolf und Torsten Otterbach ziehen schließlich in den Gemeinderat ein.

Es entsteht der Eindruck, dass den rechtsextremen Aktivisten jedes Streitthema recht ist, Hauptsache es spaltet und entzweit die lokalen Gemeinschaften. Übrigens hat sich bis heute keiner der insgesamt 18 Kandidatinnen und Kandidaten der Anti-Windkraft-Liste öffentlich von der AfD und deren völkischen und menschenverachtenden Positionen distanziert.

DOK Rechte Kräfte in der EU

Red. Michael Juretzek, Bremen

VOX bricht Regionalbündnisse

SPANIEN. In den Regionen Kastilien und Leon, Aragon, der Communidad Valenciana Extramadura und Murcia stellte VOX 12 Regionalminister in Koalition mit der konservativen PP. VOX-Führer Abascal erklärte, dass seine Minister „in die Opposition gehen werden“. Die Madrider Regierung hatte einen Plan zur Aufnahme 347 minderjähriger Flüchtlinge vorgelegt, der die oppositionelle PP zustimmte. Die Unterstützung sei eine „Übung in Solidarität mit den Kanarischen Inseln, die auch Spanien sind“, erklärte die PP. Auf den Kanaren befinden sich aktuell 3 000 jugendliche Asylbewerber. „Niemand, der für VOX gestimmt hat, und ich wage zu behaupten auch für die PP, würde eine Invasion illegaler Einwanderer zulassen“, hetzte Abascal in der gewohnt bedrohlichen Überhöhung des Anlasses. Die Partei war kürzlich von der EKR-Fraktion im EU-Parlament zur LePen/Orban-Fraktion „Patrioten für Europa“ gewechselt. Ton und Auftreten werden aggressiver. euractiv.de, 12.7.2024

ANO wechselt von Renew zu PfE

TSCHECHIEN. ANO („Aktion unzufriedener Bürger“) wurde bei der EU-Wahl mit 26,3% stärkste Kraft und entsendet sieben Mitglieder ins Parlament. Bisher war sie Mitglied bei der liberalen Renew-Fraktion. „Wir führen die Kampagne zur Bekämpfung der illegalen Migration, zur Änderung des Green Deal“, erklärte ANO-Vorsitzender A. Babis. Renew habe „einfach andere Positionen“ als ANO. Die findet er in der Fraktion „Patrioten für Europa“ besser aufgehoben. „Die ANO hat einen populistischen Weg eingeschlagen, der mit unseren Werten und unserer Identität unvereinbar ist“, und habe sich von den pro-europäischen Überzeugungen abgewandt, kommentierte Renew-Vorsitzende V.Hayer. euractiv.de, 21.6.2024

SNS blockiert Mindestlohngesetz

SLOWAKEI. Die Slowakische Nationalpartei (SNS) blockiert die in den Koalitionsverhandlungen vereinbarte Festlegung des Mindestlohnes. Sie sieht in dem von Arbeitsminister Tomas (Hlas, Stimme – Sozialdemokratie) vorgelegten Gesetz eine zu starke Belastung des Staatshaushalts. „Als Arbeitsminister muss ich mich dann fragen: Wenn die Koalition nicht in der Lage ist, für ihr eigenes Manifest zu stimmen, was ist dann ihr Zweck?“ Der Mindestlohn in der Slowakei beträgt aktuell 750 Euro. Das Mitteleuropäische Arbeitsforschungsinstitut (CELSI) hatte jüngst berechnet, dass der menschenwürdige Lohn auf 962 Euro gestiegen sei. „Wenn wir uns einige Grundnahrungsmittel wie Milch, Käse, Eier und Zucker ansehen, so sind die Preise um mehr als 30 % angestiegen. Dieser Anstieg war in der Slowakei höher als in Westeuropa“, erklärt das Institut. Besonders betroffen sind die 150 000 alleinerziehenden Mütter, berichtet die Union der Mütterzentren. Das Arbeitsministerium will bis 2027 den Mindestlohn auf 1 000 Euro anheben. Die Blockade der Nationalisten führte zu einer Vertagung der Entscheidung auf September.

euractiv.de, 26.6.2024; Radio Slovacia International: dersi.rtvs.sk/clanky/tagesthema/370119/analyse-slowakischer-mindestlohn-reicht-nicht-aus-um-finanziell-abgesichert-zu-sein

Armutsrisiko auf Höchststand

ITALIEN. Im Mai berichtete das italienische Statistikinstitut, dass die absoluten Armutsindikatoren das höchste Niveau der letzten zehn Jahre erreicht hat. Meloni hatte im EU-Wahlkampf mit der Verringerung des Armutsrisikos geworben. Die EU-Kommission analysierte, dass Melonis geplante Eingliederungshilfe die absolute Armut und die Kinderarmut erhöhen würde. Im Bericht von Save the Children gaben 11,6 % der Jugendlichen an, sich keine neuen Schuhe leisten zu können, selbst wenn sie sie bräuchten.

euractiv.de, 31.5.2024

Kommunalwahlen – linke Bündnisse erfolgreich

ITALIEN. In 57 Hauptstädten von Regionen und Provinzen – darunter den größten Städten Rom, Mailand, Neapel und Turin – regieren seit Juni Bürgermeister des Wahlbündnisses der Sozialdemokraten mit der 5-Sterne-Bewegung. Besonders empfindlich hat es die rechten Regierungsparteien in Perugia (Hauptstadt Region Umbrien) getroffen, wo sie ihre zehnjährige Vorherrschaft verloren. In Bari (Appulien) gewann der linke Kandidat mit 40 % Vorsprung. Meloni warf der Opposition „bürgerkriegsähnliche Töne“ vor. Die Vorsitzende der Sozialdemokraten Elly Schlein hatte nach den Wahlen gesagt: „Von Florenz bis Bari, von Campobasso bis Perugia, von Potenza bis Cagliari. Es ist unwiderruflich. Die Städte haben der regierenden Rechten eine Absage erteilt und eine klare Botschaft an Giorgia Meloni gesendet.“ Nachdem das Wahlbündnis schon bei den Regionalwahlen auf Sardinien erfolgreich war, erklärte G. Conte von der 5-Sterne-Bewegung: „Die Bürger honorieren die Projekte der Verständigung zwischen den Oppositionskräften. Das ist eine beruhigende Tatsache, die uns ermutigt, unter Wahrung unserer Vielfalt und unserer unterschiedlichen Identitäten weiter daran zu arbeiten, eine Alternative zu Melonis Regierung aufzubauen.“

faz.net, 27.6.2024; euractiv.de, 26.6.2024

EU-Kinderrechtsstrategie

Wichtige Schritte in einem dunklen Bereich europäischer Lebenswirklichkeit

Solidarisches Europa
Ein Kooperationsprojekt mit der Linken-Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ (ArGe)
Koordination: michael.juretzek@nord-com.net

Michael Juretzek, Bremen. Im Juni trafen sich Kindergarantiekoordinatoren aus 23 EU-Staaten, um sich über Maßnahmen zur Umsetzung der 2021 beschlossenen Kinderrechtsstrategie auf staatlicher und EU-Ebene auszutauschen. Da noch keine Kongressmaterialien vorliegen, wird hier die EU-Kinderrechtsstrategie vorgestellt.*

In der EU leben 82 Millionen Kinder (unter 18 Jahre). „Nach wie vor gibt es zu viele Fälle schwerer und regelmäßiger Verletzung von Kinderrechten. Kinder sind weiterhin Opfer verschiedener Formen von Gewalt und wirtschaftlicher und sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Ausrichtung, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung – oder der ihrer Eltern. Die Sorgen von Kindern werden nicht ausreichend gehört, und ihre Ansichten werden in Angelegenheiten, die für sie wichtig sind, häufig nicht genug berücksichtigt“, heißt es in der Einleitung. Kapitel 1 befasst sich mit der Verbesserung der Teilhabe von Kindern am politischen Leben. Mit der Internet-Plattform eu-for-children.europa.eu bietet die Kommission Kindern in allen in der EU gesprochenen Sprachen die Möglichkeit, sich lokal, national und auf EU-Ebene zu vernetzen und Kontakt zu den EU-Institutionen aufzunehmen. Ende Juni fand ein erstes Treffen von 10- bis 17-Jährigen in Brüssel statt, auf dem ein Arbeitsplan für 2025/26 beschlossen wurde.

Der zweite Schwerpunkt widmet sich der Bekämpfung der Kinderarmut und den Themen Gesundheit und Bildung. Ausgehend von einem Anteil von 22,2% (2019) aller Kinder in der EU, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, stellt die Strategie fest, dass besonders diese Kinder unterdurchschnittlich in frühkindlichen Betreuungseinrichtungen vertreten sind und eine erhöhte Schulabbrecherquote aufweisen. Die Mitgliedstaaten, in denen die Armutsquote über dem EU-Durchschnitt liegt, werden verpflichtet mindestens 5 % der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds für die Verringerung der Kinderarmut aufzuwenden. Die EU-Kommission hat ein Schulobst-, Schulgemüse- und Schulmilchprogramm zur gesunden Versorgung von Schülern entwickelt. Unter dem Begriff „verstärkte Jugendgarantie“ wird angestrebt, „dass allen jungen Menschen ab 15 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder die Schule verlassen haben, eine Arbeitsstelle, eine Ausbildung, ein Praktikum oder eine Lehrstelle angeboten wird“. (Seite 7)

Im Kapitel über die Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder und der Gewährleistung ihres Schutzes beklagt die Strategie, dass es einen Mangel an Daten zur Gewalt gegen Kinder sowohl auf nationaler und auf EU-Ebene gibt. Dies Problem soll dringend gelöst werden und darüber hinaus ein Europäisches Zentrum zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern eingerichtet werden. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, falls immer noch nicht erfolgt, Rechtsvorschriften zum Verbot jeglicher Körperstrafen in allen Formen zu erlassen und für ihre Durchsetzung zu sorgen. Das vierte Kapitel setzt sich eine kindgerechte Justiz zum Ziel. Kinder geraten nach der Trennung oder Scheidung ihrer Eltern, als Opfer von Straftaten, nach Flucht oder bei verübten Gesetzesverstößen in Kontakt mit der Ziviljustiz. Im Jahr 2020 betraf ein Drittel aller europaweiten Asylanträge Kinder. Obwohl das Familienrecht in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, soll sich die EU an Fortbildungsmaßnahmen für in der Justiz Tätige zu kindgerechter Sprache und am Kindeswohl orientierten Entscheidungen beteiligen. Als Schlüsselmaßnahme der EU-Kommission wird eine „verstärkte Umsetzung der Leitlinien für eine kindgerechte Justiz von 2010 in Zusammenarbeit mit dem Europarat“ (Seite 17) angestrebt.

Unter „Digitale und Informationsgesellschaft“ berichtet die Strategie: „Fast ein Drittel der Mädchen und 20% der Jungen stießen im vergangenen Jahr (2020) einmal monatlich auf verstörende Inhalte.“ Internetbetreiber sollen verpflichtet werden, entsprechende Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Das letzte Kapitel „Die globale Dimension“ weist auf die Möglichkeit hin, über Handels- und Investitionsabkommen über die EU hinaus Einfluss auf die Bekämpfung von Kinderarbeit zu nehmen. Darüber hinaus soll die EU darauf drängen, dass Drittländer regelmäßig nationale Listen gefährlicher Berufe aktualisieren, die keinesfalls von Kindern ausgeübt werden sollen.

Die Strategie wirft ein Licht auf einen sehr düsteren Bereich europäischer Lebenswirklichkeit. Mit ihren Zielsetzungen hat die EU gerade erst begonnen, sich diesen Themen zuzuwenden. Es ist zu hoffen, dass sie ihrem Schlusssatz gerecht wird: „Die Kommission wird die Umsetzung der Strategie auf EU- und auf nationaler Ebene überwachen und auf dem jährlichen Europäischen Forum für die Rechte des Kindes über die Fortschritte berichten.“

* commission.europa.eu/document/86b296ab-95ee-4139-aad3-d7016e096195_de, Abb.: eu-for-children.europa.eu

Körperstrafe in der Kindererziehung

In der Antike galt Züchtigung als notwendiges Erziehungsmittel. Aristoteles rät, ein unfolgsames Kind solle „entehrt und geschlagen werden“. (Politik, VII, 17)
In römischen Schulen kamen Lederriemen (scutica), Ruten (ferula), Birkenruten (virga) und Peitschen (flagellum) zum Einsatz.
Neues Testament, Hebräer 12,6: „Denn wen der Herr liebt, den züchtigt er; er schlägt mit der Rute jeden Sohn, den er gern hat. Haltet aus, wenn ihr gezüchtigt werdet. Gott behandelt euch wie Söhne. Denn wo ist der Sohn, den sein Vater nicht züchtigt? Würdet ihr nicht gezüchtigt, wie es doch bisher allen ergangen ist, dann wäret ihr nicht wirklich seine Kinder, ihr wäret nicht seine Söhne.“

Quelle: Wikipedia „Körperstrafe“, de.wikipedia.org/wiki/K%C3%B6rperstrafe, Bild (ebd.) Schulische Prügelstrafe in Preußen 1842: de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Theodor_Hosemann_Pr%C3%BCgelstrafe_1842.jpg

EGB-Generalsekretärin Esther Lynch zu EU-Wahlen:

Mitspracherecht in der Arbeitswelt wirkt gegen Rechtsextremismus

Esther Lynch, seit 2022 Generalsekretärin des EGB. Bild: Wikipedia

Gewerkschaftsführer aus ganz Europa fordern „Haltet die extreme Rechte draussen"

Rosemarie Steffens, Langen. Die Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), Esther Lynch, möchte die Ergebnisse der Europawahl als Weckruf verstanden wissen, der Europa davon abhält, „schlafwandelnd in Richtung Katastrophe zu schreiten", und sagt, „die wachsende Unterstützung für antidemokratische, arbeiterfeindliche Parteien verlangt eine Reaktion".

Die Aktionen der extremen Rechten auf europäischer und nationaler Ebene zeigten, wie sie die Rechte von Menschen ins Visier nehmen, weil sie Frauen sind, weil sie jemanden („Falschen") lieben oder wegen ihrer Hautfarbe. „Gewerkschaften stehen den Zielen der extremen Rechten, die immer die einfache Lösung suchen und die Schwachen zum Sündenbock machen, diametral entgegen," so die EGB-Generalsekretärin. Sie appelliert, sich endlich der wahren Ursache des Übels zu widmen – der wirtschaftlichen Unsicherheit. Laut Eurobarometer sind Armut, soziale Ausgrenzung und öffentliche Gesundheit die größten Sorgen der Wähler in Europa, dicht gefolgt von der Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes.

Bis 2030 könnten in Mittel- und Osteuropa rund 160 000 Arbeitsplätze im Kohlesektor verloren gehen, in der Lieferkette sogar bis zu dreimal so viele. Lynch fordert eine Richtlinie für einen gerechten Übergang, die garantiert, dass Arbeitnehmer von neuen, hochwertigen grünen Arbeitsplätzen in ihrer Region profitieren, bevor alte Arbeitsplätze abgebaut werden. „Dies wird in allen Mitgliedstaaten erhöhte öffentliche Investitionen erfordern – was wiederum bedeutet, dass die EU einen neuen Investitionsfonds bereithalten muss, wenn die Aufbau- und Resilienzfazilität im Jahr 2026 ausläuft."

Die Hans-Böckler-Stiftung stellte kürzlich in zehn EU-Staaten fest, dass Beschäftigte, die mit ihren Arbeitsbedingungen und dem Gehalt unzufrieden waren und wenig Mitspracherecht bei ihrer Arbeit hatten, eher negativ zur Demokratie eingestellt und anfälliger für rechtsgerichtete Narrative über „Migranten" waren. Bezahlung, Arbeitsbedingungen, Autonomie, Flexibilität und intrinsische Belohnungen sind alle Bestandteile der Arbeitsplatzqualität.

Stress und Burnout am Arbeitsplatz nehmen seit mehr als einem Jahrzehnt zu und haben laut dem Gallup-Jahresbericht 2024[1], der 116 Länder umfasst, ein Rekordhoch erreicht. „Geben wir den arbeitenden Menschen mehr Kontrolle über ihr Leben zurück, indem wir ihre Fähigkeit zu Tarifverhandlungen stärken" fordert Lynch. „Die letzte Kommission machte einen positiven Anfang, indem sie erkannte, dass die Zerstörung der Tarifverhandlungen während der Sparpolitik die Unsicherheit verschärft hatte." Mit der Mindestlohnrichtlinie unternahm sie Schritte, diesen Trend umzukehren. Mit der Richtlinie über Plattformarbeit wurde auch die Anerkennung der negativen Folgen zunehmender Prekarität zum Ausdruck gebracht.

Lynch betont: „Die Mehrheit der Wähler hat für ein demokratisches Europa gestimmt. Es besteht also kein Bedarf ... für Hinterzimmerdeals mit irgendeinem Teil der extremen Rechten." Die Unterstützung der Arbeitnehmer für Europa wird jedoch nachlassen, wenn die wahren Prioritäten der arbeitenden Bevölkerung nicht erfüllt werden.

Zitate u. Foto aus EGB-Pressemitteilung 25.06.2024 in EGB-Newsletter Juni 2024; 1 Gallup-Jahresbericht 2024: State of The Global Workplace. www.etuc.org/en/pressrelease/keep-out-far-right-0

Umfrage des WSI in zehn EU-Ländern zu Arbeitsbedingungen und Demokratie

Michael Juretzek, Bremen. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung hat Ende 2023 15 000 Erwerbspersonen aus zehn EU-Ländern befragt. In ihrem Pressedienst stellt das WSI die Ergebnisse vor.

„Von der Studie gehen drei Botschaften aus: Erstens zeigt sie, dass schlechte Arbeitsbedingungen und das sich daraus ergebende Potenzial für Frust sowie Benachteiligungs- und Ohnmachtserleben in allen untersuchten Ländern ein Nährboden für die Entstehung anti-demokratischer Einstellungen sind, die dann von rechten Parteien mobilisiert werden können. Zweitens stärken gute Arbeitsbedingungen das Vertrauen in die EU und das selbst in den Ländern, in denen EU-ablehnende Parteien regieren oder bis vor kurzem regiert haben. Drittens stärken Transformationssorgen extrem rechte Parteien. Progressive Kräfte in der EU sollten daher ein Interesse daran haben, diese Transformationsprozesse sozial gerecht zu gestalten." (S. 2)

Zu den Aussagen „Ich fühle mich bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergangen" und „In meinem Betrieb kann ich offen über Betriebsräte und Gewerkschaften sprechen, ohne Nachteile befürchten zu müssen." äußern die Forscher:

„In Deutschland und Schweden äußern Befragte mit mehr Teilhabemöglichkeiten im Job spürbar seltener eine Wahlpräferenz für Parteien der extremen Rechten, in Spanien sind vor allem die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen ... mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit, extrem rechte Parteien zu wählen, assoziiert." (S. 5) „Ganz anders ist das Bild in Ungarn, Polen und Italien, wo Rechtsparteien an der Regierung sind oder bis vor kurzem waren. Dort zeigt sich der gegenteilige Effekt: Je höher die Zufriedenheit mit der Demokratie, desto höher die Wahlabsicht für eine extrem rechte Partei." (S. 3) In Ländern, in denen rechte Regierungen die nationalen Institutionen prägen konnten und Medienhoheit besitzen scheinen wirtschaftliche Staatsbürgerrechte und „gute Arbeitsbedingungen auch gewisse systemstabilisierende Effekte haben zu können ... ." (S. 5)

Der Bericht vermutet ein ernstes Problem:

„Das mache deutlich, dass Menschen ein unterschiedliches Verständnis von Demokratie haben und auch der Demokratiebegriff von rechten oder totalitären Regimen erfolgreich für sich instrumentalisiert werden kann." (S. 4)

Die Bejahung der Frage „Inwieweit sind Sie besorgt, dass die Digitalisierung sich negativ auf Ihren Arbeitsplatz und Ihre Karriereaussichten auswirken könnte" führte in Niederlanden, Schweden und der BRD zu einer höheren Wahlpräferenz für Parteien der extremen Rechten.

„Diese Transformationssorgen sind vor allem unter Befragten mit geringen Einkommen relevant, da sie hier in allen erfassten Ländern besonders verbreitet sind." (S. 6)

Abschließend:

„Inwieweit sind Sie besorgt, dass die Maßnahmen der Regierungen gegen den Klimawandel sich negativ auf Ihren Arbeitsplatz und Ihre Karriereaussichten auswirken könnten." Ergebnis: „Konkret zeigt sich in fünf Ländern (Deutschland, den Niederlanden, Polen, Frankreich und Schweden), dass Befragte mit Transformationssorgen, also der Angst vor negativen Auswirkungen auf die eigene Arbeit aufgrund von Digitalisierung oder der politischen Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels, eine signifikant erhöhte Wahlpräferenz für extrem rechte Parteien haben" (S. 6)

Quelle: https://www.wsi.de/de/pressemitteilungen-15991-befragung-zur-eu-wahl-in-10-lande rn-60951.htm